Nr. 2 März/April '93 8. Jahrgang Einzelpreis 5 DM 1P 4356 F

die randschau

Zeitschrift für Behindertenpolitik





Schwerpunkt:

RASSISMUS/ BIOLOGISMUS

EDITORIAL

RASSISMUS - Modethema für die einen, verzweifelte Benennung sozialer Wirklichkeit und gesellschaftlich-politischer Strukturen für die anderen. Welten dazwischen. Die Täter werden öffentlich zu Opfern gemacht, die Opfer zu Tätern. Auf der Basis einer allgemeinen wie politischen Verharmlosung rechter Gewalt können sich die Täter stark fühlen, als "Vollstrecker eines Mehrheitswillens".

Behindertenfeindlichkeit und Rassismus. Welche Gemeinsamkeiten, welche Unterschiede gibt es? Müssen behinderte Menschen jetzt beweisen, daß sie wie andere angegriffene Personen bzw. Gruppen ebenso von Rassismus betroffen sind? Oder geht es einfach darum, einen Zustand zu benennen, bei dem Behinderte schlicht vergessen werden?

Gewalt gegen behinderte Menschen ist nicht neu. Neu ist allerdings die Dimension. Behinderte Menschen werden angepöbelt, bedroht, angegriffen, verletzt und getötet. U.a. mit Sätzen wie: "In einem sauberen Deutschland haben Behinderte nichts zu suchen." Unbegreiflich die Tatsache, daß Menschen überfallen werden können und andere vorbeigehen, zusehen, tatenlos bleiben, nicht eingreifen, inzwischen jedoch bittere Realität.
Diese Realität macht Angst. Potentiell ist heute jeder Mensch, der die vermeintliche Normalität in Frage stellt, von rechter Gewalt bedroht. Die Zeit der relativen Sicherheit, des "nie wieder" ist vorbei. Die Geschäftsführerin der LEBENSHILFE Remscheid allerdings befand, die Zeit sei noch nicht reif, für ihre Schützlinge auf die Straße zu gehen.

In dieser randschau-Nummer kommen viele Diskussionen, die während der letzten Monate innerhalb der Krüppelszene stattgefunden haben, zum Ausdruck. Überlegungen zu den Begriffen RASSISMUS und BEHINDERTENFEINDLICHKEIT, über Gemeinsamkeiten dahinterstehender Macht- und Gewaltverhältnisse und über das, was trennt. Koloniale Ausbeutung und die biologistische Zuschreibung von Wertigkeiten - die wie vor 100 Jahren als naturgesetzlich (heute heißt es: genetisch) gelten -, das sind die tragenden Säulen von Rassismus. Auf dem letzten bundesweiten Krüppeltreffen in Bad Sarow diskutierten wir darüber mit Birgit Rommelpacher. Sie spricht in Bezug auf behinderte Menschen vom anthropologischen oder eugenischen Rassismus.

Thomas Schmidt geht in seinem Beitrag auf die Verwendung der Begriffe ein: Rassismus oder Biologismus? Für Beides findet er Argumente. In dem Artikel KRÜPPELINNENLAND IST NIRGENDWO geht es dagegen mehr um die eigene Standortbestimmung, die über die prinzipielle Negativ-Zuschreibung von Behinderung erst einmal erschwert ist.

Eine andere Ebene in diesem Schwerpunkt sind mögliche Hintergründe der Angriffe und Überfälle auf behinderte Menschen, Formen struktureller Gewalt, die systematische Ausgrenzung behinderter Menschen in dieser Gesellschaft, die Behandlung in den Medien und die Frage: Was kann man tun?

Das Nachdenken darüber steht noch am Anfang, sowohl was den Umgang mit der eigenen Angst angeht wie eine mögliche Zusammenarbeit mit anderen Gruppen.
In der nächsten randschau wollen wir uns nocheinmal schwerpunktmäßig mit RASSISMUS und FASCHISMUS beschäftigen. Die Redaktion freut sich - wie immer - über Beiträge dazu.

Ursula Aurien

ABO - ABO - ABO

Neue Postleitzahlen
Ab dem 1.7.93 werden die neuen PLZ gelten, Grund genug besorgt zu sein, zumal wir noch nicht wissen wie wir die Umstellung unserer AbonnentInnendatei organisieren. Deshalb ist zu befürchten, daß die nächste Ausgabe Euch etwas verspätet erreicht. Alle Menschen, die uns ihre Postfachadressen mitgeteilt haben, sollten der Abt. Abo & Vertrieb am besten umgehend ihre neuen PLZ mitteilen.

FÖRDER-AbonnentInnen
Es gibt schon einige Menschen, die uns wohlgesonnen sind und der randschau immer wieder Geld spenden. Dafür Danke! Jedoch wäre es noch genialer, wenn Ihr Euch entschließen könntet, der randschau jährlich einen bestimmten festgelegten Betrag zu überweisen, mit dem sich rechnen läßt. Wir haben uns vorgestellt, Förder-Abos können von 50,- DM aufwärts (Grenzen sind nach oben hin nicht gesetzt) festgelegt werden. Wer Interesse hat uns solcherart zu unterstützen, melde sich ebenfalls.

Abo-Rechnungen
Diejenigen, die unberechtigterweise eine Rechnung von uns erhalten (denn auch wir sind nicht fehlerfrei), sollten sich bei uns melden! Wir können dies dann klären.

die randschau, Abo & Vertrieb, Mombachstr. 17, W-3500 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78 Fax: 0561 / 89 65 32

INHALT

neu erschienen:

INTEGRATION IM OSTEN?!

Gemeinsame Erziehung von Kindern mit und Ohne Behinderungen in Ost-Berliner Kitas u. Schulen. Erfahrungen und Berichte, zusammengestellt von betroffenen Eltern. Die Broschüre kann beim Herausgeber, dem Berliner Behinderten Verband e.V., Arbeitsgruppe "Bildung für Alle" bestellt werden. **Tel. 030/274 14 46, Fax 030/274 13 95**

Aufruf

Das Programm "**Behindertenbewußtsein in Aktion**" (Disability Awareness in Action) in London hat sich die Verbesserung des Bewuptseins über Behinderung zum Ziel gesetzt. Briefe, Gedichte, Cassetten, Tagebücher, Bilder oder Cartons sollen ein Bild über die Lebensbedingungen behinderter Menschen vermitteln. Die Beiträge sollen an die engl. Organisatoren und die Vereinten Nationen weitergegeben werden.
Beiträge an: Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben, c.o. Ottmar Miles-Paul, Kurt-Schumacher-Str. 2, 3500 Kassel

Wunschzettel: Datenbank für Neugeborene

Die "gründliche und umfassende Erhebung sämtlicher Fehlbildungen (wäre) bsonders attraktiv und sinnvoll", aber die "Einrichtung eines bundesweiten flächendeckenden Fehlbildungsregisters" sei derzeit weder finzanzierbar noch praktikabel und politisch nicht durchsetzbar. Neun Männer und eine Frau, darunter Professoren wie Holzgreve aus Münster und Sperling aus Berlin, erarbeiteten einen Entwurf, der jetzt den Vorständen der Landesärztekammern zur Stellungnahme vorliegt. Die "Empfehlung zur Erhebung von Fehlbildungen", herausgegeben vom wissenschaftlichen Beirat der Bundesärztekammer, sieht als provisorische Alternative ein "Verbundkonzept zur systematischen Ehebung von Fehlbildungen" vor, "das bestehende Informationsquellen ausschöpft und an wichtigen Punkten ergänzt." Ein Datensammlungs-Modellversuch mit drei Kliniken in Mainz soll auf zehn weitere Kliniken ausgeweitet werden. So würden "differenzierte Fehlbildungserhebungen bei ca. 50.000 Neugeborenen" pro Jahr möglich. Dazu kämen evtl. die Ergebnisse einer "systematischen Untersuchung pränatal und perinatal verstorbener Kinder" plus die Ergebnisse der rund 50.000 Chromosomenanalysen jährlich.
Flächendeckend sollen z.B. bisher nicht bekannte Gifte entdeckt werden. Die Rede ist weiter von einem "erheblichen Informationsdefizit über das Fehlbildungsgeschehen" in der Bundesrepublik und von "möglichen genetischen Gefährdungen der Gesamtbevölkerung".
Das "Verbundkonzept" - noch nicht flächendeckend, aber offenbar attraktiv genug. Was sich 1969 auf der Marburger Tagung GENETIK UND GESELLSCHAFT noch wie graue Theorie anhörte, die flächendeckende Erfassung aller behinderten Neugeborenen, scheint in greifbare Nähe zu rücken.

U.A. Quelle: Susanne Heim: Datenbank für Neugeborene. in GID 84, Febr. 93

+letzte meldung +++ letzte me

AKTION - Grundgesetzänderung auf dem Prüfstand - Behinderte befragen UnionspolitikerInnen

(O.M.-P.) Nachdem sich eine Vielzahl von Behindertenverbänden und zehntausende von behinderten Menschen während der letzten Monate für ein Benachteiligungsverbot für Menschen mit Behinderungen im Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes stark gemacht haben, muß in der Endphase vor der Abstimmung über die Aufnahme der Rechte Behinderter in eine neue gesamtdeutsche Verfassung am 17. Juni der Druck noch verstärkt erheblich werden. Deshalb rufen der Initiativkreis 'Gleichstellung Behinderter' und die Interssenvertretung 'Selbstbestimmt Leben' Deutschland - ISL e.V. alle engagierten Behindertenorganisationen aus, am **14. Juni um 15.00 Uhr Aktionen vor den örtlichen CDU oder CSU-Büros** durchzuführen, um von den CDU/CSU Abgeordneten ein klares Statement zu bekommen, wie sie sich zu dieser, für viele behinderte Menschen sehr wichtigen Frage stellen und sie zu ermahnen, dafür einzutreten, daß die CDU/CSU bei dieser historischen Entscheidung für unsere Rechte stimmt.
Nachdem sich die Berichterstatter der SPD in der Verfassungskommission bereits für die Aufnahme eines Benach-eiligungsverbots für Behinderte in Artikel 3 ausgesprochen haben, liegt es nun entscheidend an der CDU/CSU, ob die notwendige 2/3-Mehrheit erreicht werden kann. Besonders im Hinblick darauf, daß die Verfassungskommissionsmit-glieder der CDU/CSU bei der Anhörung zu dieser Frage vor der Verfassungskommission am 15. Januar nicht einmal anwesend waren und sich damit der Diskussion entzogen haben, tut eine Mahnwache vor so vielen CDU/CSU-Büros wie möglich dringend Not, um sie auf diese Weise nochmals hautnah mit dieser Frage zu konfrontieren. ...

Die Information der Presse und eine Voranmeldung bei den Parteibüros wird empfohlen, um so klare Stellungnahmen wie möglich zu bekommen. Diejenigen Organisationen und Initiativen, die sich an dieser Aktion in ihren Städten beteiligen wollen, werden gebeten, sich bei **ISL e.V., Ottmar Miles-Paul, Tel.: 0561 / 1 86 67** zu melden, damit dies in einer bundesweit verbreiteten Presseerklärung veröffentlicht werden kann."

Proteste gegen Anstalten in den USA

Am 9. Mai 1993 hat die USA die bisher größte Demonstration von ADAPT - Amerikanische Behinderte für eine angemessene Persönliche Assistenz - erlebt. Ca. 2.000 behinderte Menschen haben am Capitol für ihre Rechte demonstriert, wobei Justin Dart einer der Hauptredner war. Im Anschluß an die Kundgebung demonstrierten die TeilnehmerInnen zum Weißen Haus, wo sie Kreuze durch den Zaun in den Rasen steckten, die die vielen Toten, die bisher in Heimen zu Tode kamen und dort noch sterben werden, symbolisieren sollten.
Am 10. Mai marschierten die ADAPT Mitglieder im Capitol auf und demonstrierten dort für mehrere Stunden bis die Polizei begann Verhaftungen vorzunehmen. Sie riefen immer wieder 'Hoch die Persönliche Assistenz - Nieder mit den Heimen!' Insgesamt wurden 114 Personen bei diesem Protest verhaftet.

Kleinanzeigen:

elektr. Lesegerät für 500,- DM abzugeben. **Tel. 0911/28 44 59**

Nissan Prairie, 7/88, 105 PS, 84.000 km, Automatik, Servolenkung, Radio-Cassette, 9-fach bereift, Handgasgerät: Bruns (klappbar), Preis: DM 10.900,- **Tel.: 06585/1262**

Der Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter - fab e.V. will **zwei Halbtagsstellen** mit schwerbehinderten MitarbeiterInnen in Kassel besetzen. Es soll einmal die persönliche Assistenz (**Behinderte als Arbeitgeber** ihrer Pflegekräfte) und zum anderen ein Angebot **"Betreutes" Einzelwohnen** umgesetzt werden. Vergütung nach BAT IV b.
Rückfragen an fab e.V. z.Hd. Uwe Frehse, Kurt-Schuhmacher-Straße 2, 3500 Kassel, Tel.: 0561 / 77 97 55 oder 0561 / 804 27 64

Mobiler Hilfsdienst sucht für neues Projekt dringend behinderte/n Mitarbeiter/in.
Erwartet wird: abgeschlossene Ausbildung im sozialpädagogischen Bereich.
Tätigkeitsprofil: Beratung für behinderte Personen, Helfer/innen/anleitung, Hilfestellung bei Organisation von Betreuungen, Mitarbeit und Aufbau einer Behinderten-Selbsthilfegruppe.
40 Stunden Woche.
Schriftliche Bewerbungen erbeten an:
Mobiler Hilfsdienst, Pradlerstraße 10, A-6020 Innsbruck

Sterbehelfer machen weiter

Die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) hat einen neuen Vorstand. Nach der Verhaftung des nunmehr ehemaligen Präsidenten der DGHS, Hans-Henning Attrot, aufgrund seiner Dealertätigkeiten im Zyankalibereich, haben sich somit Hoffnungen die Gesellschaft würde sich nunmehr selbst entsorgen zerschlagen. Für die Selbstauflösung fanden sich unter den 60 Delegierten am Samstag den 8. Mai in Augsburg keine Mehrheiten. Stattdessen wurde der Göttinger Uni-Professor, Hermann Pohlmeier, durch Attrot aus dem Knast heraus unterstützt, zum neuen Präsidenten der DGHS gekürt. Pohlmeier, der gemeinsam mit Attrot noch 1990 ein Buch in Regensburg unter dem Titel "Sterbehilfe in der Gegenwart" veröffentlichte will die Linie des Ex-Präsidenten Atrott augenscheinlich fortführen. Dennoch soll es ruiger um die Gesellschaft werden, die durch die Skandale der letzten Zeit (nur) 5.000 Mitglieder verlor und deren Mitgliederzahl nach eigenen Angaben jetzt bei 55.000 liegt. Als erste Amtshandlung werden die umstrittenen Sterbehilfebroschüren vom Markt genommen, da sie nicht sicher seien und Menschen unter zur-Hilfe-Nahme des Heftchens nicht gestorben seien. Es bleibt jedoch zu erwarten, daß die DGHS auch weiterhin öffentlich in Erscheinung treten wird, nunmehr jedoch pseudo-seriös gewandelt.

PERSONEN

Franz Kniel, Rollstuhlfahrer aus Mölsheim in der Nähe von Ludwigshaven kritisierte in der Tageszeitung 'Rheinpfalz' vom 17.4.93 Lobbyforderungen zur behindertengerechten Verbesserung in den Städten mit den Worten: *"Ich sehe darin eine Diskriminierung. Ich will dieselben Bedingungen vorfinden, wie nichtbehinderte Menschen auch. Das ist für mich die totale Gleichheit aller."* So lehnt Kniel, von der 'Rheinpfalz' als Vorsitzender der örtlichen Rollstuhl-Sport-Gemeinschaft charakterisiert, die behindertengerchte Ausgestaltung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs mit den Worten ab: *"Nein, danke. Auf den Öffentlichen Nahverkehr kann ich verzichten!"* Der passionierte Autofahrer empfindet Behindertenparkplätze als diskriminierende Schikane, tritt für die Abschaffung aller Behindertenembleme und Vergünstigungen für Behinderte ein und sieht schließlich noch im Umgang mit Nichtbehinderten "Bitte" und "Danke" als "Schlüsselwörter". Eins drauf setzt er jedoch noch wenn er meint, Bordsteinkanten müssten nicht unbedingt abgeflacht werden, denn: *"Wir Rollstuhlfahrer sind ausgebildet, solche Hindernisse eigenständig zu überwinden."*. Kniels Äußerungen würden ja in die Rubrik Papierkorb gehören, wäre der Anti-Lobbyist nicht auch noch Mitglied im Vorstand der 'Fördergemeinschaft der Querschnittgelähmten in Deutschland e.V.', bei dem er die Kasse führt. Die Fördergemeinschaft, die mit den Worten wirbt *"Wir helfen querschnittgelähmten Menschen!"* ist zugleich Herausgeber des Nachrichtenmagazins der Querschnittsgelähmten 'paraplegiker'.

Judith Heumann, als amerikanische Behinderten- und Bürgerrechtlerin vielen bundesdeutschen Aktiven bekannt, ist von US-Präsident Bill Clinton zur Staatssekretärin im amerikanischen Bildungministerium berufen worden. Die Berufung der engagierten Streiterin, die u.a. zu den Mitbegründerinnen der amerikanischen 'Independent living'-Bewegung zählt und als Co-Direktorin beim 'World Institute on Disability arbeitete, wurde von den demokratischen Kongreß-Abgeordeneten allgemein begrüßt. Glückwünsche für ihren 'Marsch durch die Institutionen' erhielt sie auch von deutscher Seite, von der 'Interessengemeinschaft 'Selbstbestimmt Leben' - ISL e.V..

Betrifft: Krüppel und Kinder

Diejenigen von uns, die bereits Kinder haben, werden das Problem kennen; diejenigen, die erst planen, eine Familie zu gründen, werden wohl noch damit in Berührung kommen.

Die Rede ist von der Schwierigkeit, ÄrztInnen, Hebammen und Krankenhäuser zu finden, die bereit sind, Schwangerschaft und Geburt bei behinderten Frauen/Paaren zu begleiten und eventuell dabei sogar etwas Erfahrung vorweisen können. Behinderten Mütter berichten immer wieder, daß sie die jeweils"erste" für ihren Arzt/ihre Ärztin waren, oft wird auch von großen Unsicherheiten seitens dieser berichtet, was allzuoft noch bedeutet, daß an Spezialkliniken wie z.B. Querschnittzentren verwiesen wird, Schwangerschaft bei behinderten Frauen somit noch mehr zur Krankheit gemacht wird als es ohnehin schon auch bei nichtbehinderten Frauen der Fall ist.

Diesen Mißstand zu beheben ist ein Zeitung aus England angetreten. "Disability, Pregnancy & Parenthood International" (Behinderung, Schwangerschaft & Elternschaft International), kurz DPPI möchte zum einen das Organ für den internationalen Erfahrungsaustausch zwischen behinderten Eltern sein, zum anderen möchte die Zeitschrift aber auch Informationsquelle für ÄrztInnen, Hebammen und andere Interessierte sein. So gibt es zum einen Erfahrungsberichte von behinderten Müttern, zum anderen werden auch Projekte in diesem Bereich vorgestellt, wie etwa eines, in dem Geburtsvorbereitung für blinde Frauen durchgeführt wird. Darüberhinaus gibt es ganz praktische Hinweise, z.B.Richtlinien zur Begleitung der Schwangerschaft behinderter Frauen von kanadischen Hebammen entwickelt worden sind oder Artikel, die sich der Frage widmen, wie bestimmte Komplikationen, die bei einigen Behinderungen auftreten können, am besten vermieden werden können.

Jede und jeder, der etwas zum Thema beizutragen hat, ist willkommen, eine Artikel zu schreiben. DPPI hat nur einen Nachteil: es ist nur in Englisch erhältlich. Wem das nichts ausmacht und neugierig geworden ist, kann jederzeit ein Probexemplar bestellen bei:
Disability, Pregnancy and Parenthood International, Arrowhead Publications, 51 Thames Village, London W4 3UF, England

Noch ein Hinweis zum Schluß: DPPI ist auch auf Kassette erhältlich. Ein Jahresabo für NichtengländerInnen kostet 25 engl. Pfund, die Bezahlung geht problemlos per Euroscheck.
Swantje Köbsell, Bremen

RESOLUTION

***Des Europaparlament verabschiedete folgende Resolution zur Gewalt gegen Behinderte** (Antrag v. 19.4.93)*

Das Europäische Parlament
A. unter Hinweis auf die Zunahme gewalttätiger Angriffe gegen behinderte Menschen in Europa, wie z.B. den Totschlag des Sehbehinderten Bruno Käppi durch zwei Skinhaeds Mitte Dezember 92 in der deutschen Kleinstadt Siegen
B. unter Hinweis darauf, daß die Gewalttäter in der Regel nationalsozialistische oder rechtsextremistische Parolen und Symbole verwenden
C. unter Hinweis auf ein skandalöses Urteil in der Bundesrepublik Deutschland, das ein Reiseunternehmen zur Zahlung einer Entschädigung an nichtbehinderte Reiseteilnehmer verpflichtete, weil in ihrem Hotel auch behinderte Menschen Urlaub machten

1. verurteilt schärfstens die Übergriffe auf behinderte Menschen und fordert eine großzügige Entschädigung der Opfer
2. verurteilt alle Versuche, das Leben von Behinderten als "minderwertig" zu diskriminieren und ihre körperliche Integrität zu verletzen
3. fordert die Kommision auf, ein aus Behinderten aus den Mitgliedstaaten zusammengesetztes Forum einzurichten, dessen Aufgabe es ist

* das Ausmaß der behindertenfeindlichen Übergriffe zu untersuchen
* einen jährlichen Bericht über die Situation Behinderter in den Mitgliedstaaten zu erstellen
* die Möglichkeiten für eine den US-amerikanischen Regelungen entsprechende Anti-Diskriminierungsgesetzgebung zu überprüfen

4. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

Antidiskriminierung an der Uni Mainz

(Pressetext) Die Studentenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz hat auf Vorschlag des autonomen Behindertenreferats des Allgemeinen StudentInnenausschusses (AStA) und der Interessengemeinschaft behinderter Studierender Regelungen gegen die Ausgrenzung Behinderter bei ihren Aktivitäten verabschiedet.
Entsprechend einer Idee eines Anti-Diskriminierungsgesetzes, wie es in den USA existiert, werden bestimmte Maßnahmen vorgeschrieben. So müssen alle Veranstaltungen des AStA und der Fachschaften in rollstuhlgängigen Räumen stattfinden, alle Publikationen müssen in für blinde Menschen benutzbarer

Form verfügbar sein. Für Gehörlose müssen bei Bedarf GebärdendolmetscherInnen eingesetzt werden.
Damit diese Regelungen keine unverbindlichen Absichtserklärungen bleiben, stehen behinderten Studierenden die Möglichkeit der Einsetzung von Sanktionen offen. So können den verantwortlichen Stellen bei Nicht-Einhaltung dieser Vorschriften die Finanzierung der jeweiligen Projekte aus studentischen Geldern verweigert werden. Somit soll sichergestellt werden, daß keine studentischen Gelder der verfassten Studierendenschaft für Maßnahmen ausgegeben werden, die behinderte Menschen ausgrenzen.
Diese Regelungen wurden vom Studierendenparlament und dem zentralen Fachschaftsrat der Uni Mainz ohne Gegenstimmen angenommen.
Weitere Informationen für NachahmerInnen bei: autonomes Behindertenreferat, AStA, Staudingerweg 21, W-6500 Mainz, Tel.: 06131/39-4814, Fax: 06131/371857
Nicht aufgenommen in die Resolution wurden die im Antrag der GRÜNEN-Abgeordneten Roth und Langer enthaltenen Hinweise auf "die gefährlichen Auswirkungen der Debatte um die "Euthanasie", die vor allem die Tötung schwerst-behinderter Neugeborener und die Abtreibung behinderter Embryos legitimiert" (D.) sowie der Hinweis auf staatliche Regelungen, z.B. in der Bundesrepublik und den Niederlanden, zur Legalisierung der Sterilisation geistig Behin-derter ohne deren Einwilligung (E.)

"Sehr geehrte Damen,

die Reise nach Reinbek können Sie sich sparen", mit diesen Worten beginnt ein Brief mit Datum vom 23.4.93, den die Bremer Krüppelfrauengruppe vom Leiter des Rowohlt-Verlages erhielt. "Ihre Unterschriftensammlung wird nicht entgegengenommen, da das Buch aus Gründen, über die ich Ihnen keine Rechenschaft schuldig bin, nicht erscheinen wird. Mit freundlichen Grüßen, Dr. Michael Naumann".
Damit hatte die von der Krüppelfrauengruppe seit Dezember durchgeführte Unterschriftenaktion gewissermaßen ihr Ziel erreicht: Kuhse/Singers "Should the Baby Live" wird - zumindest im Rowohlt Verlag - nicht veröffentlicht. Natürlich glauben wir nicht, daß es allein unser Erfolg ist, aber der zeitliche Zusammenhang zwischen unserer Ankündigung, mit großer Presse die gesammelten Unterschriften zu übergeben sowie der Ankündigung einer Diskussionsveranstaltung in Hamburg am selben Tag zum Thema "Rowohlt gegen Behinderte" (organisiert von Autonom Leben) und dem Zurückziehen des Rowohlt-Verlages ohne Angabe von konkreten Gründen lassen doch gewisse Spekulationen zu ....

Aus Journalistenmund (... aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen...) war zu erfahren, daß angeblich ein anderer Verlag jetzt die Rechte für das Buch erwerben wird. Wir können uns also vermutlich nicht "auf unseren Lorbeeren ausruhen", sondern müssen eventuell bald wieder in Sachen Kuhse/Singer aktiv werden. Aus diesem Grunde werden wir auch die mehr als 5000 Unterschriften, die inzwischen bei uns eingegangen sind, weiterhin parat halten.
Wir müssen noch ein Gerücht dementieren: der bei Rowohlt für das Buch zuständige Lektor Hermann Gieselbusch, der für eine Flut von unsäglichen Briefen an Rowohlt- bzw. Kuhse/Singer-KritikerInnen verantwortlich zeichnet, ist nicht entlassen worden. Er selbst hat das Gerücht als "reines Wunschdenken" bezeich-net, in dem "eine geradezu gewaltbereite Aggressivität zum Ausdruck" komme. (Brief an die Autorin vom 12.5.93)

Ansonsten wird in der Presse das Gerücht verbreitet, daß Rowohlt die Veröffentlichung wegen Gewaltandrohungen zurückgezogen habe, leider ohne sich näher darüber auszulassen, wer denn nun eigentlich womit gedroht hat. "Daß Verlagschef Michael Naumann, nicht gerade als ägstlich bekannt ... vom Vertrag zurückgetreten und zu keinem öffentlichen Kommentar zu bewegen ist, legt Spekulationen nahe: Drohungen der schlimmsten Art. Und in Folge die Abwägung zwischen Meinungsfreiheit und Verantwortung für Leib und Leben mehrerer Dutzend Mitarbeiter" (Anna Mikula in: Die Woche, Nr 19/93). Aber immerhin erscheint der Verlag dadurch als Märtyrer, der der Gewalt der "Gegner der Redefreiheit" weichen mußte. In den offiziellen Verautbarungen von Rowohlt-Seite wurde mit keinem Wort auf die inhaltliche Kritik an dem Buch eingegangen.
Wir werden wohl nie erfahren, was den Verlag nun wirklich zum Rückzug bewogen hat. Wir möchten aber von dieser Stelle sagen, daß uns die breite Resonanz aus den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen und Gegenden Deutschlands aufs angenehmste überrascht hat, zumal viele von sich aus darüber hinausgehende Appelle an den Verlag gerichtet haben, doch aus den bekannten Gründen auf die Veröffentlichung zu verzichten. Wir würden zu gerne wissen, wie viele Briefe Rowohlt in Sachen "Stoppt die Veröffentlichung von 'Should the baby live'" bekommen hat!

Wir bekommen immer noch Zuschriften, die letzten 83 Unterschriften bekamen wir von Herrn Gieselbusch (!) zugesandt, da sie "bei Rowohlt ja nun fehl am Platze" seien. Wir danken für die freundliche - wenn auch etwas späte - Unterstützung unserer Aktion! Ansonsten freuen wir uns weiterhin über jede Unterschrift, zeigt doch jede von ihnen, daß es viele gibt die unsere Haltung teilen.

UNSER LEBENSRECHT IST NICHT DISKUTIERBAR!!!

LESERBRIEF

Betr.:
"Wo sind unsere Utopien geblieben?"

Ich bin regelmäßiger Leser der "randschau" und ich möchte mich zum Schwerpunkt der letzten Ausgabe äußern. Ich denke, daß man zunächst einmal Träume braucht, um über-haupt Ziele erreichen zu können.
Ich selbst lebe seit 30 Jahren bei meiner Familie, bin schwerstbehindert, d.h., mein Körper ist durch eine spastische Lähmung auf Minimalfunktion reduziert. Zum Glück kann ich gut sprechen. Ich will mit diesen Gedanken zum Ausdruck bringen, daß auch ein Mann in meiner Situation seine Träume hat und Ziele. Ich träume von einer eigenen Wohnung und will diesen Traum auch verwirklichen.
Weshalb verfolge ich dieses Ziel? Ich kann nicht erwarten, daß meine Eltern auf Dauer in der Lage sind, meine Pflege zu übernehmen. Erst recht möchte ich dies meinen Schwestern nicht zumuten, denn sie haben eigene Lebens-vorstellungen, und diese sollen sie auch ver-wirklichen. Ich denke, daß ich trotz meiner schwersten Behinderung in der Lage bin, ein selbständiges Leben zu führen. Natürlich muß ich auf diesem Weg noch sehr viel lernen. Mit anderen Worten: Es wird sicherlich nicht einfach, dieses Ziel zu verwirklichen. Bis jetzt habe ich noch meine Familie, die mir bei den Alltagsproblemen hilft, wie z.B. beim Gang zu den Behörden. Ich will mein Leben so eigen-ständig wie möglich führen. Natürlich geht es mir in diesem Bericht nicht nur um meine eigene Gleichberechtigung, vielmehr möchte ich mit diesem Artikel eine Diskussion auslösen, denn vielen Eltern fällt es schwer, ihre behinderten Kinder loszulassen. Vielleicht kann ich mit solchen Eltern ins Gespräch kommen. Ich möchte kein Patentrezept entwickeln, ich halte es jedoch für enorm wichtig, daß diese Diskussion geführt wird.
Heute können viele behinderte Menschen zwischen zwei mangelhaften Alternativen wählen: Sie können sich einerseits für das Elternhaus entscheiden, andererseits können wir den Weg ins Pflegeheim antreten. Beide Möglichkeiten erscheinen mir jedoch nicht aus-reichend. In den meisten Heimen hat der Behin-derte selbst viel zu wenig zu sagen, er hat da-durch auch keine Möglichkeit, sein Leben eigenständig zu gestalten. Um hier einem Miß-verständnis gleich vorzubeugen: Ich verlange nicht die Abschaffung sämtlicher Heime, ich verlange jedoch, daß jeder behinderte Mensch eine Auswahlmöglichkeit hat, um dann zu entscheiden, was ist das Beste für mich? Viele Personen glauben heute immer noch, schwerstbehinderte Menschen müßten bevor-mundet werden, sie stellen uns immer noch als schwach und inkompetent dar! Wir selbst wissen aber auch, was wir zu leisten imstande sind! Viele Zentren können uns auf dem Weg in die Selbständigkeit unterstützen, deshalb sind die Zentren für selbstbestimmtes Leben lebensnotwendig!

Ich will an dieser Stelle meine Utopie noch ein-mal zusammenfassen: Ich wünsche mir behin-derte Menschen, die auf allen Ebenen für ihre Gleichberechtigung kämpfen. Sei es in der Politik oder in anderen Gesellschaftsgruppen. Ich wünsche mir, daß behinderte Menschen grundsätzlich um ihre Anerkennung kämpfen, das heißt für mich, daß sie nicht zu allem ja sagen, sondern jeder Mensch muß sein eigenes Leben entwickeln. Ich weiß, aus eigener Erfahrung, daß dies mit sehr vielen Schwierig-keiten verbunden ist. Aber nur, wenn man sich diesen Schwierigkeiten stellt, führt man letztendlich ein glückliches Leben!

Hartmut Reder, Langenzenn

Ethnischer und eugenischer Rassismus -

Aspekte kultureller und psychologischer Dominanz

Im Folgenden möchte ich einige Überlegungen zum Begriffsgehalt von "Rassismus" vorstellen, die ich schon auf der Tagung des FORUMS DER KRÜPPEL- UND BEHINDERTENINITIATIVEN in Bad Sarow am 3.4.93 referiert und mit den TeilnehmerInnen diskutiert habe. Insofern fließt diese Diskussion bereits in den Artikel ein. Mein eigener Hintergrund ist in erster Linie die Rassismus- und Antisemitismusforschung und die feministische Psychologie.



Foto: Ursula Aurien, Berlin

Die Eskalation rassistischer Gewalt in Deutschland in den letzten 2-3 Jahren hat, wie wir inzwischen alle wissen, nicht nur Flüchtlinge, MigrantInnen und schwarze Deutsche getroffen, sondern auch Behinderte, Schwule und Lesben, Obdachlose und "Linke", sofern sie sich als Anti-Rassisten exponiert haben.
Darüberhinaus setzte sich diese Gewalt auf die bereits "normale" sexistische Gewalt auf, die es bei uns zum Alltag gemacht hat, daß Frauen vergewaltigt, mißhandelt und umgebracht werden.

Die Frage ist nun, was ist das Gemeinsame in dieser Gewalt?

In den USA wurde für dies Gemeinsame der Begriff "Hate-Crimes" geprägt, Haß-Verbrechen. In diesen Verbechen kommt in erster Linie ein Haß zum Ausdruck gegenüber einer bestimmten Gruppe von Menschen. Der Täter will also mit seinem Angriff nicht nur den jeweiligen individuellen Menschen treffen, sondern er/sie fungiert gleichzeitig als VertreterIn ihrer/seiner Gruppe.

Auch steht hier für den Täter weniger sein indvidueller Vorteil im Vordergrund, wie z.B. bei einem Raubüberfall, sondern diese Verbrechen sind Teil eines Konzepts, Ausdruck einer Weltanschauung, die häufig sogar in Gruppen vorher besprochen und geplant werden. Die Gruppe rüstet sich dementsprechend auf und zwar innerlich wie äußerlich: Es werden Waffen beschafft, sie heizen sich mit entsprechender Musik ein und senken ihre Hemmschwelle mit Alkohol.
Natürlich gibt es auch die individuelle Spontanaktion. Aber auch sie ist nicht einfach Ausdruck ungezielter Spannungsabfuhr, in der sich nur ein diffuser Protest gegen Entfremdung und Verunsicherung äußert, wie in fast allen Diskussionen zur rassistischen Gewalt gemutmaßt wird. Diese Taten sind nicht in erster Linie espressive sondern instrumentelle Akte, wie wir in der Psychologie sagen. Sie haben nicht einfach ihren Sinn in sich selbst, indem Gefühls- und Triebspannung ausagiert werden, sondern mit ihnen soll etwas gezeigt und bewiesen werden.

Worauf zielt nun diese Gewalt? Gezeigt werden soll mit diesem Gewalthandeln, daß die Täter sich eine weiße, heterosexistische patriarchale Gesellschaft wünschen, in denen nur die Leistungsfähigen, Angepaßten und Erfolgreichen die Macht und das Sagen haben und beweisen wollen sie, daß sie diejenigen sind, die dazu gehören.
Angegriffen werden alle, die diesen Vorstellungen widersprechen und sie tatsächlich oder scheinbar in Frage stellen. Sie werden auf "ihren Platz" verwiesen an den Rand der Gesellschaft oder ganz aus ihr hinaus.

In der öffentlichen Diskussion stehen nun nahezu ausschließlich diese Gewalttäter mit ihren Problemen im Vordergrund. Auf ihre Befindlichkeit und Lebenslage konzentriert sich das Interesse. Dabei wird die Aussage, die in ihrem Handeln steckt, weitgehend ignoriert. Es geht nicht darum, was und wen die Jugendlichen mit ihren Aktionen vertreten und auch nicht, wen sie damit treffen. Der Inhalt der Gewalt ist uninteressant. Sie wird auf ihre expressive Funktion reduziert, als Ausdurck von Jugendproblemen und diffusem Unbehagen.
Tatsächlich aber verstehen sich die Jugendlichen vielfach als Vollstrecker des Mehrheitswillens. Sie glauben nur das auszuführen, was die meisten denken. Und in diesem Glauben wurden sie ja von der Politik, der Polizei und Justiz wie auch von der Bevölkerung vielfach unterstützt.
Dieser Zusammenhang wird nicht gerne wahrgenommen. Lieber wird das Problem als spezifisches Jugend-

problem aus seinem gesellschaftlichen Kontext isoliert. Und dann muß auch nicht mehr gefragt werden, gegen wen sich eigentlich diese Gewalt richtet.

Die gängige Argumentation hat also eine doppelte Funktion: Zum einen entlastet sie die Gesellschaft, indem sie ihren eigenen Anteil an den Gewalttaten verschweigt. Zum anderen ignoriert sie die Betroffenheit der so verfolgten Gruppe. Sie drückt sich damit vor der Verantwortung, die Angegriffenen zu schützen und auch deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß eine solche Verfolgung von Minderheiten bei uns nicht legitim ist. Demgegenüber werden z.B. in einigen Staaten der USA Haß-Verbechen stärker bestraft als andere, weil es dabei eben um einen Angriff auf eine ganze Gruppe und eine Verletzung des gesellschaftlichen Normensystems insgesamt geht.

Wenn wir nun genauer hinschauen, wie diese Gesellschaftsordnung beschaffen ist, die mit diesem Gewalthandeln durchgesetzt werden soll, so wird sofort deutlich, daß sie mit einem Begriff allein nicht hinreichend beschrieben ist: Sexismus und Heterosexismus spielen dabei ebenso eine zentrale Rolle, wie Rassismus und ökonomische Herrschaft sowie rechtes Gedankengut im Sinne autoritär-nationalistischer Vorstellungen. In einem solchen Konzept spielen offensichtlich mehrere Herrschaftsdimensionen zusammen, die keineswegs aufeinander ohne weiteres zurückzuführen sind. Die Geschichte zeigt uns vielfältige Unterschiede in Herkunft und Funktion dieser verschiedenen Herrschaftsformen. Dementsprechend haben wir uns unsere Gesellschaft wohl eher als ein Geflecht unterschiedlicher Dominanzverhältnisse vorzustellen, als ein System, das sich nach einem einzigen Hauptwiderspruch übersichtlich sortieren läßt.

In unserem Zusammenhang interessiert nun vor allem die Frage, inwieweit Gewalt gegenüber ethnischen Minderheiten und die gegenüber Behinderten dieselben oder verschiedene Hintergründe und Ursachen haben. Und inwiefern für beide Ausgrenzungsformen der Begriff Rassismus angemessen ist.

Der ethnische und eugenische Rassismus

Der "klassische" Rassismus ist in unserem Sprachgebrauch der koloniale/ethnische Rassismus. Mit dem Begriff soll auf den Zusammenhang von kolonialer Ausbeutung und Rassismus verwiesen werden.
Der moderne Rassismus entstand in der Tat im Zusammenhang mit der kolonialen Unterwerfung der Welt durch die Westeuropäer, denn im Zuge dieser Eroberungen gerieten sie in erhebliche Legitimationsschwierigkeiten: Einerseits propagierten sie gerade ihr neues Credo von der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit aller Menschen, zum anderen handelten sie nun mit der kolonialen Unterwerfung und Versklavung eklatant gegen diese als universell deklarierten Prinzipien. Voltaire ist hierfür ein krasses Beipiel: Er, der vehement die Werte der Aufklärung vertrat, verdiente selbst sein Geld mit Sklavenschiffen von Afrika nach Nord- und Südamerika und war außerdem ein erbitterter Antisemit.

Diese ungeheure Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit mußte in irgendeiner Weise überbrückt werden. Hier war nun die Wissenschaft zur Stelle, die nachzuweisen versuchte, daß diese Menschen auch keine andere Behandlung verdienten, da sie "primitiv", faul und dumm seien. Diese "minderwertigen" Eigenschaften wurden der ganzen Gruppe gleichermassen zugeschrieben, d.h. sie wurden als angeboren und weiter vererbbar beschrieben, also gewissermassen in die Gene eingepflanzt. D.h. es wurden äußerliche körperliche Merkmale wie vor allem die schwarze Haut als Anzeichen für innere Eigenschaften angenommen.

Interessant in dem Zusammenhang ist, daß auch andere Diskriminierungsformen im Zuge dieser Entwicklung biologisiert wurden. So basierte z.B. der vormoderne Antijudaismus darauf, daß die Juden deshalb verfolgt wurden, weil sie den "falschen" Glauben hatten. Wenn sie sich taufen liessen, war das "Problem" erledigt. In der Neuzeit aber wurde dieser christliche Antijudaismus zum Antisemitismus. D.h. die Juden wurden als der "semitischen Rasse" zugehörig beschrieben. Nun half auch die Taufe nicht mehr, sondern das Jüdisch-sein wurde als etwas vererbbares begriffen, es ging gewissermassen ins Blut über. D.h. der moderne Rassismus hat zum Kern die Biologisierung, die quasi-biologische Begründung von Diskriminierung und Ausbeutung. Diese biologisierende Sichtweise veränderte dann auch die Begründung bereits vorher existierender Unterdrückungsformen.

Das trifft sicherlich auch auf die Unterdrückung von Menschen mit köperlichen Behinderungen und Besonderheiten zu, die in der Vormoderne eher religiös begründet wurde, was dann in der Neuzeit von einer wissenschaftlich biologisierenden Argumentation abgelöst wurde.

Das Gemeinsame an den verschiedenen Rassismen ist also die Zuschreibung bestimmter Eigenschaften, die als biologisch verankerte begriffen werden, d.h. in erster Linie als unveränderbare und erbliche Eigenschaften. In diesem Sinn spricht man heute auch vom Neo-Rassismus, dann wenn etwa kulturelle Unterschiede als unveränderbare und über Generationen hin festgeschriebene begriffen werden.
Das zweite Element des Rasssimus über diesen Biologismus hinaus ist, daß er diese Unterschiede in eine Hierarchie menschlicher Wertigkeit bringt und dabei selbstredend denen den ersten Platz einräumt, die diese Theorie formulieren. Insofern ist Rassismus immer interessensgeleitete Theoriebildung, die in ihrer Formulierung bereits vorhandene Machtverhältnisse abbildet und sie weiter verankern möchte.

In diesem Sinn ist die Diskriminierung Behinderter als Rassismus zu begreifen. Ein Blick in die NS-Geschichte macht diesen Zusammenhang auch unmittelbar deutlich: Es ging beim NS-Rassismus ja nie "nur" um die Ausmerzung "Artfremder", sondern auch immer um die "Aufartung" der eigenen Rasse. D.h. die angestrebte Vorherrschaft einer "Rasse" gegenüber einer anderen bedeutet immer auch den Zwang zur "Optimierung" des eigenen Erbguts, um diese Vorherrschaft nach innen wie nach außen gleichermassen zu rechtfertigen.

Aber im Unterschied zum ethnisch/kolonialen Rassismus bestand die Diskriminierung und Ausgrenzung Behinderter auch in den vormodernen Gesellschaften. Insofern hat sie eine andere Geschichte und damit auch eine andere Funktion: Es geht und ging bei der Ausgrenzung Behinderter nicht in erster Linie um deren ökonomische Ausbeutung, um die maximale Verwertung ihrer Arbeitskraft, sondern viel eher darum mit ihrer Ausgrenzung die Herrschaft des gesellschaftlichen Wertesystems weiter zu verfestigen. D.h. die Behinderten sollten geradezu vorgeführt werden als Beispiele von Nicht-Tauglichkeit, um zu demonstrieren, daß nur bestimmte Menschen das Recht und den Zugang zur Macht in der Gesellschaft haben und zwar diejenigen, die die hier herrschenden Werte optimal zu "verkörpern" scheinen.
Demenstprechend steht beim ethnisch/kolonialen Rassismus die ökonomische Ausbeutung im Vordergrund, beim eugenischen die Marginalisierung.

Gleichwohl besteht ein enger Zusammenhang zwischen ökonomischer Ausbeutung und Marginalisierung, denn je randständiger eine gesellschaftliche Gruppe ist, desto leichter ist sie auch auszubeuten. Und wiederum werden Gruppen, die ökonomisch ausgebeutet werden, meist auch an den Rand der Gesellschaft gedrängt.
Dennoch sind diese Unterdrückungsformen nicht identisch. Z.B. wenn Behinderte in geschützten Werkstätten

ausgebeutet werden, so ist die Tatsache überhaupt, daß sie in Sondereinrichtungen abgedrängt worden sind, eine zentrale Voraussetzung dafür.

Genauso trifft die Marginalisierten das auf wirtschaftliche Vernutzung fixierte Denken besonders hart: Sie sind diejenigen, denen ständig vorgworfen wird, wieviel sie der Gesellschaft kosten. Ein solches Denken kulminierte in der deutschen NS-Geschichte in dem Versuch, einen "Nettoertragswert" des Menschen zu errechnen, also einen Wert, in dem sich angeblich die Differenz zwischen dem, was ein Mensch der Gesellschaft kostet und dem, was er erwirtschaftet, ausdrücken soll.
Die Reduktion des Menschen auf einen wirtschaftlichen Faktor ist die Un-Menschlichkeit der Moderne. Darin drückt sich der unerbittliche Herrschaftswillen der ökonomisch Dominanten aus: Sie bestimmen, wer in unserer Gesellschaft "Wert" hat. Nur der wirtschaftlich Erfolgreiche zählt. Nur er hat ein Recht auf politische und gesellschaftliche Macht. Und wer sich diesem Wertesystem nicht anpasst, wird geächtet und ausgestossen.

Der eigentliche "Nutzen" des eugenischen Rassismus besteht für die dominante Mehrheit also darin, in der Ausgrenzung der Minderheit sich selbst in ihrem Wertesystem und Doninanzanspruch zu bestätigen. Im Vordergrund stehen demnach die kulturelle Ausbeutung, die die Überlegenheit des herrschenden Wertesystems auf Kosten von bestimmten marginalisierten Gruppen demonstrieren will. Diese wird getragen und ergänzt durch die psychologische Ausbeutung, indem jede/r Einzelne sich auf Kosten des "anderen" aufwertet und diese Überlegenheit zur Optimierung seines Wohlbefindens nutzt.

Mechanismen der Ausgrenzung

Im Folgenden will ich nun einige Mechanismen genauer betrachten, die eine solche psychologische und kulturelle Dominanz herstellen und aufrecht erhalten. Ich gehe dabei zunächst von den Forschungen der feministischen Psychologie aus, die zahlreiche Ergebnisse vorgelegt hat, wie Dominanz in allen Bereichen der formellen und informellen Beziehungen reproduziert wird. D.h. es geht eben nicht allein um die Frage, wie ökonomische Machtverhältnisse aufrecht erhalten werden, sondern wie so etwas wie ein "kultureller Imperialismus" (Iris Young) tagtäglich reproduziert wird; so etwa in der Sprache, in der nonverbalen Kommunikation, in jeder sozialen Interaktion, aber auch im Selbstverständnis von Wissenschaft, der Rechtsprechung, der Medien etc.

Ich kann hier nur einige Beispiele aufgreifen. Mit ihnen möchte ich auch die Frage zur Diskussion stellen, ob und inwieweit diese Mechanismen über die verschiedenen Formen der Unterdrückung hinweg vergleichbar sind.

1. Problemverschiebung

Wir finden in den Lehrbüchern der klinischen Psychologie und Psychotherapie eine Vielzahl von Beschreibungen sogenannter Angsterkrankungen, von denen vor allem Frauen betroffen sind. Es gibt keine psychische Diagnose, die so scharf zwischen den Geschlechtern trennt, wie die Angst - mehr noch als die Depression.
Die korresponierende Diagnose zur Angst, die Gewalt, sie werden wir vergeblich suchen: Sie existiert nicht als klinische Diagnose. Angst wird als Problem gesehen und als psychische Störung behandelt, Gewalttätigkeit hingegen scheint normal zu sein, hier ist sich die Psychologie mit den allermeisten Männern einig.
Dementsprechend finden wir auch unter der Rubrik sexuelle "Perversion" nirgendwo deren häufigste Erscheinungsform, nämlich die Vergewaltigung. Umso mehr können wir über den weiblichen Masochismus lesen. D.h. Gewalt ist normal. Die Folgen der Gewalt wie Angst und Selbstaufgabe sind das Problem. Sie sind zu therapieren.
Damit wird nicht nur das patriarchale Normsystem weiter fortgeschrieben, sondern auch das Selbstverständnis der Betroffenen geformt: auf der einen Seite gemeingefährliche und selbstdestruktive Normalitätsvorstellungen bei den Männern, und andererseits angepaßte und selbstentwertende Selbstbilder bei den Frauen.

Ein ähnliches Phänomen finden wir beim ethnischen Rassismus: Die MigrantInnen haben, so kann man in den einschlägigen Untersuchungen lesen, vielfältige Probleme, wenn sie hierher kommen. Sie erleiden einen Kulturschock, leben im Zwiespalt, d.h. in der ständigen Gefahr psychischer Destabilisierung. Ein abschreckendes Arsenal von Problemkonstellationen wird hier aufgeführt. Umso erstaunlicher, daß der Rassismus der Mehrheitsgesellschaft so gut wie nie als Belastungsfaktor auftaucht.
Und vor allem, dieser Rassismus scheint auch kein Problem für die Mehrheitsgesellschaft selbst zu sein. Die ganze Menschenverachtung, Gewalttätigkeit und Paranoia, die hier ausagiert wird, gehört offensichtlich zum "gesunden" Menschen bei uns dazu.
Analoge Formen der Problemverschiebung gibt es sicherlich auch bei den Behinderten: Sie sind es, die "ihre Probleme" bearbeiten müssen. Die Nicht-Behinderten mit ihren Verkrampfungen, gewalttätigen Phantasien und Ausgrenzungsstrategien scheinen "gesund" und "normal" zu sein.
Mit der Folge, daß bei den Angehörigen der Mehrheit sich kein Problembewußtsein entwickelt, sondern sie vielmehr von irrealen Gefühlen der Überlegenheit und Normalität geprägt werden, die letztlich auch eine Entfremdung von sich selbst zur Folge haben.
Auf seiten der Minderheiten hingegen wird das Selbstbild durch übermässige Problematisierungen belastet und damit die soziale Diskriminierung mit Hilfe psychischer Selbstentwertung weiter verstärkt. Insofern kann man hier von psychologischer Ausbeutung sprechen, indem die Mehrheit ihre Problematik auf



Foto: Ursula Aurien, Berlin

die Schwächeren verschiebt und damit notwendigen Selbstkonfrontationen ausweicht.

2. Umkehrung

Die Umkehrung geht noch ein Stück weiter als die Problemverschiebung. Sie schiebt die Probleme nicht nur auf die Schwächeren ab, sondern macht sie auch noch dafür verantwortlich. Dabei wird die bestehende Machthierarchie durch eine umgekehrte Hierarchie der Verantwortung ersetzt.
Einer solchen Umkehrung begegnen wir ständig, wenn vor allem die Frauen, insbesondere aber die Mütter, für alles psychische Leid auf dieser Welt verantwortlich gemacht werden.
Noch krasser ist diese Umkehrung von Macht und Verantwortung im Fall des sexuellen Mißbrauchs: Das gängige Erklärungsmuster geht davon aus, daß das eigentliche Opfer, das kleine Mädchen, die Hauptverantwortung trage, da sie den Vater verführt hat. Die Mutter wird in zweiter Linie für das Geschehen verantwortlich gemacht, hat sie doch nicht genügend ihre Tochter geschützt und vermutlich vorab bereits den Mann sexuell frustriert. Der Vater nun wird zum eigentlichen Opfer: Er gilt als derjenige, der viele Probelme hat, sei es sexuell, psychisch oder sozial. Er ist, so wird gleich meist vermutet, sicherlich selbst auch einmal Opfer von Gewalt in seiner Kindheit gewesen. Sein Verhalten läßt sich insofern sehr wohl verstehen. Offen bleibt bei diesem Erklärungsmuster, warum Frauen, die in ihrer Kindheit sicherlich mindestens ebensoviel Gewalt erfahren haben, nicht auch später zu Täterinnnen werden.

D.h. den Mächtigen gehört unsere Anteilnahme und unser Verständnis, während wir bei den Schwächeren schnell mit einer moralischen Verurteilung bei der Hand sind. Die Machthierarchie wird also durch eine umgekehrte Hierarchie der Verantwortung abgestützt.

Und dieses Reaktionsmuster finden wir ebenso beim ethnischen Rassismus, wo die Minderheiten dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Mehrheit Probleme hat. Sie sind es, die Angst machen. Es ist "das Fremde" das die Einheimischen zu überwältigen droht. Und diese Angst gilt dann als hinreichender Grund für Rassismus und Gewalttätigkeit. Sie scheint alles zu rechtfertigen. So wie wenn das Recht auf Angstfreiheit über jedem anderen Menschenrecht stünde.
Für Behinderte wird das in jeder alltäglichen Interaktion deutlich, in der sie mehr oder weniger unterschwellig dafür verantwortlich gemacht werden, daß sich die Nicht-Behinderten unwohl fühlen. Sie müssen dann dafür sorgen, daß ja keine Peinlichkeiten entstehen. Ihnen wird die Verantwortung zugeschoben und damit verbunden die Aufgabe, die Situation zu ändern.



Foto: Hans B. Engel, Wuppertal

Kundgebung der Demonstration am 27.2.93 in Wuppertal unter dem Titel: 'Wir machen den Mund auf - Behinderte gegen Rechtsradikalismus

Bei genauerer Betrachtung läßt sich erkennen, daß in der Problemverschiebung wie Umkehrung letztendlich eine Beziehungsverweigerung steckt. Der/die Andere wird nicht als Subjekt mit eigenen Interessen, einer eigenen Lebensrealtiät und Sichtweise wahrgenommen, sondern vor allem in Bezug auf die Interessen der Dominanten gesehen. Sie werden für deren Selbstwahrnehmung funktionalisiert. Dies ist ein dritter zentraler Mechanismus psychologischer und kultureller Ausbeutung.

3. Die Selbstzentrierung

Auch dieser Mechanismus ist aus der feministischen Forschung hinlänglich bekannt, hat doch Simone de Beauvoir in ihrem grundlegenden Werk "Das Andere Geschlecht" sehr umfassend dargestellt, wie Frauen als "Das Andere" in Kunst, Wissenschaft und Religion konstruiert werden. Sie sind die Koketten, die Mütterlichen, die Verführerischen, die Gefährlichen etc. Ein ganzes Panorama tut sich auf, bebildert mit den Gestalten männlicher Phantasie. Die Frauen selbst aber kommen hier nicht zu Wort. Sie haben möglichst "nichtssagend" als Projektionsfläche für männliche Ängste und Erlösungsphantasien zu dienen.

Diese Funktionalisierung des Anderen für eigene Selbstinszenierungen begegnet uns nun wieder akutell vielfach in der Debatte um die "Angst vor dem Fremden". Die Fremden, so die These einer breiten psychologischen Literatur, sind nicht da draußen, sondern sie sind in uns. Die Angst vor ihnen ist die Angst vor uns selbst. D.h. wir müssen uns erst mit uns selbst und unserem eigenen Unbewußten beschäftigen, bevor wir wirklich "dem Fremden" begegnen können.

Verdrängt werden von der Mehrheitsgesellschaft all die Wünsche, die ihrem Funktionieren entgegenstehen: Der Wunsch nach Ungebundenheit und Freiheit, ebenso wie der Wunsch nach Geborgenheit und passiver Verwöhnung. Dem Bedürfnis nach Versorgtwerden steht das harte "Selbst ist der Mann" entgegen, der alles alleine sich selbst zu verdanken hat und mit Tüchtigkeit und Disziplin alle Abhängigkeiten und Verwöhnungsswünsche abspaltet. Diese Selbstdisziplinierung und Härte gegen sich, wendet sich in Haß all denen gegenüber, die angeblich in den Tag hineinleben, sich um nichts zu sorgen haben und nur die "Hand aufhalten " müssen und reichlich bekommen. Der aggressive Neid ist hier unverkennbar. Insofern wäre es sicherlich sinnvoll, wenn diese unterdrückten Bedürfnisse erkannt und der Haß auf "die Fremden" als ein Produkt dieser Selbstunterdrückung erkannt würde.
Meist bleibt aber die psychologische Analyse bei der Forderung nach dieser Selbtreflexion und Aufklärung stehen. Was hier selbst verdrängt wird, ist die Frage nach dem Warum der Verdrängung. Warum sind so viele bereit, so elementare Bedürfnisse zu unterdrücken und sich selbst zu disziplinieren? Warum machen soviele freiwillig an ihrer eigenen Unterdrückung mit?

Und auch hier können wir aus der Geschlechterpsychologie eine Menge lernen: Die Disziplin und der Erfolgsdruck, unter dem die meisten Männer von Kindheit an stehen, scheint sich für die meisten wohl zu lohnen. Auch wenn die Sensibleren unter ihnen über Defekte in ihrer Persönlichkeitstruktur klagen, darüber, daß ihnen vieles sozial und emotional versperrt sei, so ist das für kaum einen Mann Grund genug, seine Situation zu ändern. Gesellschaftliche Macht und Ansehen scheinen reichlich für die beklagten Defizite zu entschädigen.

D.h. die psychologischen Analysen, die Rassismus als eine Angst vor den Fremden analysieren, indem die eigenen verdrängten Anteile, das "Unheimliche" uns im anderen begegnet, sind an dem Punkt verkürzt, an dem nicht die Rolle materieller und sozialer Privilegien mitgedacht wird. Nur dann ist zu verstehen, warum die Selbstdisziplinierung so eine große Rolle bei uns spielt und warum vor allem diejenigen Aggressionen provozieren, die Werte wie Autonomie und Leistungsfähigkeit in Frage stellen.

Folgerichtig werden bei solchen rein psychologischen Analysen auch nicht die Machtbeziehungen zwischen den Mehrheiten und Minderheiten angesprochen, ja es hat den Anschein, daß diese Psychologisierung dazu dient, diese Erfahrungen auszublenden. So wird z.B. in der Analyse von Julia Kristeva, einer französischen Psychoanalytikern, die mit ihrem Buch "Fremd sind wir uns selbst", viel Anklang gefunden hat, nie gefragt, ob das Unbehagen der Franzosen bei der Begegnung mit ImmigrantInnen aus Nordafrika nicht auch etwas mit der Kolonialgeschichte Frankreichs zu tun hat. Ob diese "Angst" nicht nur aus verdrängten Impulsen, sondern auch aus Überlegenheits- und Schuldgefühlen resultiert.

Sehr deutlich wird dieser Niederschlag der Geschichte bei uns z.B. im Verhalten und in den Gefühlen in der Begegnung mit Juden und Jüdinnen. Die meisten Deutschen empfinden dabei Beklommenheit und diffuse Schuldgefühle. Dieses Unbehagen kommt nicht von Ungefähr. In diesen Gefühlen kommt die Erinnerung an unserer Zugehörigkeit zu diesem Volk und seinen Untaten unbegriffen zum Ausdruck.

Wenn hingegen die Geschichte der Beziehung zwischen den Gruppen oder Völkern und auch die real existierenden Machtverhältnisse aus der Analyse ausgeklammert werden, werden die Begegnung zwischen den Dominanten und Diskriminierten zu einer Episode der Selbsterfahrung entwirklicht.
Dies löscht die andern als andere aus. Das Unbekannte wird auf das Unheimliche, das Verdrängte, reduziert. Ich erfahre ja nichts, was ich nicht schon wüßte, wenn ich nur furchtlos und gründlich mich selbst befragte. So bekommen diese Schilderungen zuweilen den Charakter gigantischer Selbstinsenzierungen, indem das sog. Fremde zu nichts anderem mehr da ist, das Selbst in seiner Tragik zu spiegeln. Jede Fremderfahrung pervertiert so zur Selbsterfahrung.

Frantz Fanon, der schwarze Psychoanalytiker aus der Karibik, spricht in dem Zusammenhang von einem Superioriätskomplex der Weißen, die die Schwarzen dazu benützen, um ihr Selbst aufzublasen.

Im Falle des eugenischen Rassismus, ist es vor allem die Angst vor eigener Beeinträchtigung, die Angst vor sozialer Isolation, vor der eigenen Verletzlichkeit und vor Abhängigkeit. Diese Ängste werden in der Begegnung mit Behinderten aktiviert. Insofern wäre es in der Tat hilfreich, wenn sich die Nicht-Behinderten mit diesen ihren Ängsten befassen würden, anstatt sie an den Behinderten auszuagieren.
Aber das alleine ist es nicht. Wenn dem so wäre, könnten ja alle Nicht-Behinderten glücklich sein, wenn Behinderte für gleichberechtigte Lebenschancen kämpfen, denn jede/r muß damit rechnen, irgendwann einmal zum Pflegefall zu werden. Und im Kampf der Behinderten würden dann auch die Ängste der Nicht-Behinderten mit bearbeitet. Insofern gäbe es durchaus gemeinsame Interessen.

Der Solidarisierung mit den Behinderten steht aber die Gefahr entgegen, aus dem Kreis der Privilegierten ausgeschlossen zu werden. Insofern muß die eigene Angst vor Beschädigung mit allen Mitteln versucht werden abzuwehren, um sich der Zugehörigkeit zu den Leistungsfähigen, Mächtigen und Privilegierten zu vergewissern.
Wie sehr die Diskriminierung Behinderter mit der Absicherung und Verteidigung der bestehenden Ordnung zu tun hat, ist auch daran zu ersehen, daß Behinderte, die offensiv ihre Interessen vertreten und nicht um eine milde Gabe flehen, sehr viel mehr Abwehr oder gar Haß zu spüren bekommen.
Mit ihren Forderungen fordern sie die herrschende Hierarchie heraus, eine Hierarchie der Ungleichverteilung von Lebenschancen, in der die Nicht-Behinderten wie selbstverständlich ein Vorrecht beanspruchen. Solange die Behinderten diese Hierarchie anerkennen, indem sie nur um etwas bitten, das der andere gewähren oder verweigern kann, bestätigen sie ihn in seinem Vorrecht.

D.h. auch beim Geben und Nehmen wie in jeder Kommunikation geht es nie



Foto: Ursula Aurien, Berlin

nur um Inhalte sondern immer auch um die Frage der Machtposition, die damit bestätigt oder in Frage gestellt wird.
In die Beziehung Behinderte - Nicht-Behinderte spielt aber, ebenso wie im ethnischen Rassismus, nicht nur die individuelle und kollektive Absicherung der Dominanten eine Rolle, sondern sie wird zugleich überlagert von der Geschichte der Beziehungen zueinander. So geht die deutsche Geschichte auch immer in die Beziehungen ein. Die systematische Grausamkeit, die im Nationalsozialismus verwirklicht wurde, ist damit prinzipiell in den Bereich des Möglichen gedrungen. Diese Tatsache hinterläßt Spuren in der Psyche. So sind die Phantasien und Ängste von allen von uns auch mit den Bildern aus dieser Zeit des Nationalsozialismus besetzt - auf beiden Seiten. Wenn es damals möglich war, warum sollte es nicht wieder geschehen können? Insofern sind wir alle auch Nachkommen dieser Zeit, entweder der TäterInnen oder der Opfer.
Der einzige Weg daraus ist die immer wiederkehrende Konfrontation damit, das genaue Hinschauen. Das gilt nicht nur im Sinne der Aufarbeitung des NS sondern auch der Bewußtmachung der

in jeder Interaktion zu Tage tretenden Machtansprüche.

Antirassismus im umfassenden Sinn heißt also, diese Dominanzverhältnisse aufzubrechen. Und das ist in erster Linie nur möglich, wenn sich die Angehörigen der Dominanzkultur ihrer eigenen Vormachtstellung und Privilegierung bewußt werden. Wenn sie sich darüber klar werden, wie im Zuge der eigenen Sozialisation bestimmte Einstellungen, Vorurteile und Überlegenheitsgefühle Minderheiten gegenüber gelernt und eingeübt werden. Wenn sie erkennen, welche Funtkion diese Vorurteile für ihre eigene Selbstbestätigung haben und welche Wahrnehmungs-, Gefühls- und Beziehungsdefekte sie nach sich ziehen.

Dazu gehört selbstverständlich auch die Aufklärung darüber, wie in unserer Gesellschaft diese Dominanzverhältnisse ständig reproduziert werden, in den Medien, in der Politik, im privaten wie im Arbeitsbereich.

Allerdings wird diese Selbstreflexion wohl kaum in Gang gesetzt und ernsthaft geführt, wenn nicht die Minderheiten die Mehrheit dazu zwingen. Insofern brauchen wir starke autonome Organisierungen der Minderheiten, die ihre Forderung selbstbewußt artikulieren. Nur so können die Differenzen deutlich werden, die verschiedenen Lebenserfahrungen, Sichtweisen und Interessen. Ziel einer solchen Politik der Differenz wäre es, sich die Gegensätze wie die Gemeinsamkeiten bewußt zu machen, um auf dieser Basis jeweils den Interessensausgleich möglichst fair auszuhandeln und sich nicht dem "blinden" Wirken einer je schon etablierten Machthierarchie zu unterwerfen.

Birgit Rommelspacher, Berlin

Literatur:

Fanon, Frantz: Schwarze Haut, weiße Masken. Frankfurt: Syndikat, 1980
Herek, Gregory a. **Berrill**, Kevin (ed): Hate Crimes. Confronting Violence Against Lesbians and Gay men. London: Sage 1992
Kristeva, Julia: Fremde sind wir uns selbst. Frankfurt: Suhrkamp, 1990
Rommelspacher, Birgit: Der weibliche Masochismus - ein Mythos? In: Burgard, R. und Rommelspacher, B. (Hg): LeideUNlust. Fankfurt: Fischer 1992
Senatsverwaltung f. Jugend u. Familie (Hg): Gewalt gegen Schwule - Gewalt gegen Lesben. Ursachenforschung und Handlungsperspektiven im internationalen Vergleich. Dokumente lebisch-schwuler Emanzipation des Referats für gleichgeschlechtliche Lebensweisen Nr. 6, Berlin 1992
Young, Iris: Justice and the Politics of Difference. Princeton Univ. Press 1990

KRÜPPELINNENLAND IST NIRGENDWO

Krüppelfeindlichkeit als eine Form des Rassismus

Anlaß für dieses Papier sind verstärkte Gewalttätigkeiten gegen Minderheiten, wie ImmigrantInnen und behinderte Menschen. Dies ist ein Versuch, unsere spezifische Betroffenheit als Krüppel bzw. Krüppelfrauen durch rechtsextremistische Gewalt herauszuarbeiten und unsere Position innerhalb antirassistischer Zusammenhänge zu bestimmen. Dies geschieht immer auf dem Hintergrund, daß wir KrüppelInnen, aber auch Angehörige der weißen, deutschen Mittelschicht sind. Wir wollen dabei deutlich machen, daß offene Gewalt gegen ImmigrantInnen ebenso wie gegen Behinderte kein isoliertes Phänomen ist, sondern im Zusammenhang mit Ausgrenzungsmechanismen gesehen werden muß, die für diese Gesellschaft prägend sind.



Krüppeltreffen in der Jugendherberge in Melsungen. Katrin Metz (l.).

Die Diskussion, ob Krüppelfeindlichkeit als eine Form von Rassismus gesehen werden kann, oder ob nicht vielmehr von Biologismus gesprochen werden muß, ist sicherlich noch nicht zu Ende geführt. Die Ursache dieses Problems liegt darin, daß unter Rassismus in erster Linie die Diskriminierung von Menschen aus anderen Kulturen verstanden wird. Auf der anderen Seite verdeutlicht die Verwendung des Begriffs Rassismus, daß Behindertenfeindlichkeit nicht nur ein individuelles Problem ist, sondern eine politische Dimension hat. So kann zwischen dem kulturellen und biologischen Rassismus unterschieden werden. Wir verwenden 'Rassismus' vorläufig als Arbeitsbegriff. Er ist hier sehr weit gefaßt; dementsprechend muß Antirassismus die Auseinandersetzung mit jeder Diskriminierung aufgrund von realer oder zugeschriebener Andersartigkeit beinhalten.
Wir sind keine homogene soziale Gruppe und lassen uns nicht auf unsere Eigenschaft als KrüppelInnen reduzieren; wir sind deshalb auch nicht allein als KrüppelInnen von Gewalt bedroht. Es geht uns auch darum aufzuzeigen, daß wir zugleich z.B. als Frauen, ImmigrantInnen oder auch nur Andersdenkende auf jeweils eigene Art von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen sind. Behinderte ImmigrantInnen sind nicht nur auf zwei Ebenen von Rassismus betroffen, sondern leben sicherlich in einer nochmals besonderen Situation, auf die wir mangels Erfahrungen in diesem Papier nicht eingehen können.

Bei der Berichterstattung über körperliche Übergriffe gegen verschiedene Minderheiten wird die alltägliche Gewalt gegen Frauen aller Schichten und Gruppen übersehen. Auch bei den aktuellen Gewaltakten spielt das Geschlecht der Opfer für die Öffentlichkeit nur eine Nebenrolle; dabei wird ignoriert, daß sich mit diesen Übergriffen die alltäglich erlebte Gewalt gegen Frauen potenziert. Das Geschlecht der Opfer von Übergriffen wird nur dann interessant, wenn sich dadurch das voyeuristische Interesse der Medienöffentlichkeit bedienen läßt. Die Vergewaltigungen sind dabei eine besondere Form der Machtdemonstration der Täter und der Demütigung der Opfer. Während die Bedrohung für behinderte Männer weitgehend neu ist, stellt sie für behinderte Frauen, wie auch für Immigrantinnen 'nur' eine neue Eskalationsstufe dar.

Die politische Dimension von Behindertenfeindlichkeit ist nach wie vor nicht allgemein anerkannt. Während in der Frauenbewegung immerhin seit einigen Jahren Rassismus als Folge von Zuschreibung analysiert wird, gilt Behinderung (und demzufolge auch die Ablehnung von Behinderten) immer noch als individuelles Problem.

Bei behinderten Menschen gibt es unabhängig von dem Land, in dem sie leben, eine lange Tradition der Vernichtung und Vermeidung.

Diese hat einen doppelten Bruch erfahren: Zum einen wird durch die Aufklärung ein Menschenbild gesellschaftsfähig, nach dem Behinderte ein Recht auf spezifische Hilfen zur Akzeptanz und zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen haben. KrüppelInnen haben also erst seit 200 Jahren ein 'Bleiberecht'. Zum anderen wird der Wert Behinderter an der Ursache gemessen. Kriegskrüppel sind immer Männer; ihnen wird aufgrund ihrer Opferrolle eine hohe gesellschaftliche Wertschätzung vor allem in Form von materieller Zuwendung und ideeller Anerkennung zuteil.

Durch die Entwicklung in der Biologie und deren gesellschaftlicher Umsetzung gibt es seit etwa 150 Jahren eine Denklinie mit unterschiedlichen Auswirkungen, die von der - nicht mehr opportunen - Vernichtung zur Vermeidung von Behinderten führt. Der Begriff der "Rassenhygiene", der aus diesem Denken hervorgegangen ist, ist dabei beliebig anwendbar; er umfaßt die 'religiöse Bedrohung' des Christentums durch das Judentum ebenso, wie die Bedrohung der 'Erbgesundheit' jedes/jeder Einzelnen durch Behinderung im biologischen Sinne. Behinderte sollen spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts in größerem Maßstab durch die Vererbungslehre verhindert werden. Mit der Beschränkung auf den körperlichen Defekt wird die politische Dimension von Behinderung - als Benachteiligung aufgrund von Abweichung - gezielt verschleiert. Auf diese Weise werden gesellschaftliche Verhältnisse biologisiert. So gilt Kriminalität nicht als Reaktion auf Armut, sondern als individuelle psychische Erkrankung, die vermeidbar ist.

Die Aufgabe der Vermeidung wird in erster Linie den Frauen zugeschrieben. Anfangs wird in den Eheberatungsstellen auf ihre Einsicht gesetzt, um dann später, anknüpfend an ein umfassendes Aussonderungssystem, mit Zwangsmaßnahmen zu reagieren (im Faschismus zunächst Sterilisation vor allem der Frauen, dann Massentötung). Die organisierte Massenvernichtung von Juden/Jüdinnen, Sinti und Roma, Behinderten, Homosexuellen und anderen Gruppen zeigt, daß es im faschistischen Staat um ein umfassendes Konzept zur Vernichtung des 'Anderen' ging. Der Faschismus ist kein 'Ausrutscher' der deutschen Geschichte, sondern die krasseste Realisierung bestimmter Denkmuster, die in veränderter Form in Teilen weiter bestehen. Die konkreten Ausprägungen sind dabei abhängig von den verinnerlichten sozialen Wertorientierungen jedes/jeder Einzelnen und der aktuellen Interessenlage gesellschaftlicher Machtgruppen. Während immigrierte ArbeitnehmerInnen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau unverzichtbar waren, ging es bei Behinderten zunächst nur um gesellschaftliche Teilhabe, also Zugang zu Bildung und Beruf. Jedes Wirtschaftssystem kann auf sie verzichten; lediglich in Zeiten von Arbeitskräftemangel wird auch die Arbeit von Behinderten gebraucht.

Menschen, die aus anderen Ländern kommen, erscheinen in reaktionären Ideologien als die "an den falschen Ort Verpflanzten". Sie konnten z. T. in ihrer früheren Heimat eine positive kulturelle Identität aufbauen, auch wenn diese in ihrem Zufluchtsland oft gar nicht mehr, oder nur noch in Nischen gelebt werden kann. Für Menschen, die aus politischen Gründen fliehen, beginnen die Erfahrungen von Diskriminierung, Gewalt und oftmals auch Folter jedoch nicht erst in der Immigration, sondern in ihrem Herkunftsland und sind der Grund für ihre Flucht. Behinderte werden in jedem kulturellen Umfeld als 'Betriebsunfall der Natur' angesehen, die es zu vermeiden gilt. Diese 'Betriebsunfälle' erscheinen immer als individuelle und isolierte Probleme. Es gibt keine ursprünglich gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhänge für behinderte Menschen.

Dieses Problem stellt sich für ethnische Minderheiten weniger, da ihnen in ihren Familien ihre kulturellen Zusammenhänge vermittelt werden können.

Ethnische Zugehörigkeit macht nur einen Teil der Identität aus. Sie ist einerseits für die Betroffenen zum psychischen Überleben in einer feindlichen Umgebung wichtig und bietet einen Ansatzpunkt zur Entwicklung von Widerstand gegen Unterdrückung, andererseits dient sie als Zuschreibung als die 'Anderen', die 'Fremden'. Ebenso wie der Rassebegriff kann die 'kulturelle Identität' zu einem ideologischen Konstrukt werden, um das jeweils 'Andere' scheinrational ausgrenzen und bei Bedarf abwerten zu können. Kulturelle Identität wird jedoch neben der ethnischen Herkunft auch durch andere Merkmale bestimmt (z. B. durch Geschlecht, sexuelle Orientierung, politische Überzeugungen und spezifische körperliche, geistige und psychische Einschränkungen). Es ist schwierig, an Stelle der deutschen Kultur beispielsweise von einer Kultur der Lesben oder Krüppel zu sprechen, da jeder Mensch über verschiedene Identitätsmerkmale verfügt. Der Vielfalt der möglichen kulturellen Identitäten entsprechen verschiedene Ebenen von rassistischer Gewalt.

Seit einigen Jahren erleben wir in unterschiedlichsten Bereichen eine neue Offensive mit dem Ziel, das Risiko 'Behinderung' endgültig auszuschalten. Während die Naturwissenschaft mit



Foto: Ulrike Riess, Calgary

Auf dem Krüppeltreffen in Melsungen mit zwei AutorInnen dieses Diskussionspapiers: Jutta Rütter (l.) und Thomas Schmidt (r.)

Humangenetik und Pränataldiagnostik auf dem Weg zur Optimierung des Menschen voranschreitet, konzentrieren sich Teile der Geisteswissenschaft darauf, die Ausmerzung des Unvollkommenen philosophisch, theologisch und juristisch zu begründen. Der Anpassungsdruck gegen KrüppelInnen erreicht damit eine besondere Qualität, auch gemessen an anderen Minderheiten. Therapie läßt sich in manchen Ausprägungen als radikale Form der Zwangsassimilation an die 'Normalität' begreifen. Behinderung soll nicht nur aus dem öffentlichen Raum verbannt, sondern gänzlich zum Verschwinden gebracht werden und mit ihr im Extremfall der/die Behinderte selbst. Opfer dieser Entwicklung sind behinderte Menschen, die zunehmend ihr Lebensrecht legitimieren müssen oder es von vornherein abgesprochen bekommen und Frauen, die als Gebärerinnen für ihre Kinder in 'Produkthaftung' genommen werden. Dabei werden behinderte Frauen auf ihre Behinderung reduziert. Als potentielle 'Risikoschwangere' wird ihnen implizit das Recht auf Mutterschaft abgesprochen. Sie müssen sich in besonderem Maße der expandierenden Medizin aussetzen, um jedes scheinbar berechenbare Behinderungsrisiko auszuschließen.
Frauen werden in der Regel nicht unter äußerem Zwang zu den Untersuchungen genötigt, sondern unterziehen sich ihnen oft freiwillig. Hauptgrund dieser Freiwilligkeit ist die Angst vor einem behinderten Kind. Bei der Vorstellung, ein behindertes Kind zu bekommen, werden die Eltern mit ihren eigenen Ängsten vor Behinderung, Einschränkungen und Leiden konfrontiert. Hinzu kommt die Angst vor Ächtung und sozialer Isolation, sowie gesellschaftlich produzierte Schuldgefühle. Gesellschaftliche Ausgrenzungsmechanismen führen auf der individuellen Ebene zur Abspaltung der eigenen behinderten und fremden Anteile. Hier zeigt sich eine besondere Problematik, die unsere Situation von der anderer, von Gewalt bedrohter Gruppen unterscheidet: Die mit Behinderung verbundenen Ängste sind existentiell, und sie sind nicht ausschließlich irrationaler Natur; die Möglichkeit, durch Unfall oder Krankheit selbst behindert zu werden, ist allgegenwärtig. Gegen die Ängste vor Behinderung läßt sich schwerer moralisch argumentieren als gegen dumpfen Fremdenhaß; ihre Verarbeitung ist ein Lernprozeß, der nicht von vornherein vorausgesetzt werden kann.
In der Debatte um das Lebensrecht Behinderter wird häufig das Eigeninteresse der Betroffenen ins Feld geführt, denen "soviel Leiden" nicht zuzumuten sei. Diese anmaßende Barmherzigkeit eignet sich hervorragend zur Rationalisierung der eigenen Ängste und lenkt zugleich von den ökonomischen Hintergründen von Eugenik und



Euthanasie ab; wer wird bei soviel Mitgefühl noch von Geld reden?
Das Wort vom "unzumutbaren Leiden" kann dabei subjektiv durchaus ehrlich gemeint sein; es ist Ausdruck der Verinnerlichung eines Wertesystems, in dem jede körperliche oder geistige Einschränkung nur als Leiden vorstellbar ist.
Trotzdem genügt es nicht, den ideologischen Charakter solcher Werturteile aufzudecken, denn auch diese haben einen rationalen Kern, mit dem wir leben müssen: Behindertsein ist nicht immer 'beautiful'. Die Abschaffung des Leidens ist aber auch durch die Abschaffung der Leidenden nicht möglich; Erfahrungen wie Krankheit Alter oder Tod gehören zur Lebensrealität, auch wenn sie in unserer Gesellschaft verdrängt werden. Es geht darum, diese Erfahrungen wieder in das Bewußtsein zu integrieren.
Wir haben es also schwerer als andere Minderheiten, unser Anderssein positiv zu bestimmen; Behinderung ist traditionell negativ definiert, als 'Defizit' und als Nichterfüllung herrschender Leistungs- und Schönheitsnormen.
Diesen Anpassungsdruck bekommen Krüppelfrauen in ganz besonderer Weise zu spüren. Die patriarchale Wertorientierung dieser Gesellschaft reduziert Frauen auf ihren Körper und macht es ihnen dadurch schwerer, beispielsweise körperliche Unvollkommenheit durch andere Fähigkeiten zu kompensieren.

Wenn es so etwas wie eine positive 'Krüppelidentität' geben kann, so muß sie sich auf ein gemeinsam zu entwickelndes Menschenbild und ein daraus resultierendes verändertes Gesellschaftsverständnis gründen.
Das einzige, was uns KrüppelInnen gemeinsam ist und auf das wir uns positiv beziehen können, ist unsere Verschiedenheit. Behinderung erscheint als ganz persönliche Eigenschaft, die Individualität ausmacht. Eine positive Identität könnte darauf aufbauen, unsere Unterschiedlichkeit, die verschiedenen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Einschränkungen, als etwas Eigenes und zugleich Bereicherndes zu begreifen.
Diese Verschiedenheit erzeugt jedoch zugleich eine Hierarchie unter den Behinderten, da jede Behinderung mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Anerkennung verbunden ist. Dies ist vielleicht das größte Hindernis auf dem Weg zu einer gemeinsamen Identität und damit auch zu solidarischem Handeln.
Ähnliches gilt auf einer anderen Ebene für das Verhältnis zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Randgruppen und die (Un)möglichkeit der gegenseitigen Akzeptanz und davon ausgehende gemeinsame Gegenwehr. Der Mechanismus des Teilens und Herrschens kommt hier voll zur Geltung. Gerade in Zeiten leerer öffentlicher Kassen werden die Verteilungskämpfe unter den ohnehin Benachteiligten härter. Der herrschende Diskurs vom 'Mißbrauch' sozialer Leistungen führt dazu, daß sich der Sozialneid nicht gegen die Besitzenden richtet, sondern gegen andere EmpfängerInnen von Transferleistungen. Wer auf Sozialleistungen angewiesen ist, gerät automatisch unter Mißbrauchsverdacht; dabei sind es immer die Anderen, die "auf unsere Kosten schmarotzen". Diese Strategie kann nur deshalb funktionieren, weil sie auf der individuellen Ebene ein tief verwurzeltes Bedürfnis bedient: Sich nach unten abzugrenzen und durch die Existenz noch Schwächerer doch 'irgendwie' als Teil der Gesellschaft fühlen zu dürfen. Dabei bestimmt sich die jeweilige Position in der Hierarchie zum einen nach dem Grad der Normabweichung, noch mehr aber nach der Produktivität. Die aktuelle Diskussion um die Pflegeversicherung nimmt diese Werthaltung auf und verstärkt sie zugleich. Wenn in der Öffentlichkeit Pflegebedürftige nur noch als Kostenfaktor wahrgenommen werden, wird damit - ob gewollt oder nicht - die Gewalt gegen 'unproduktive' Menschen ideologisch vorbereitet.

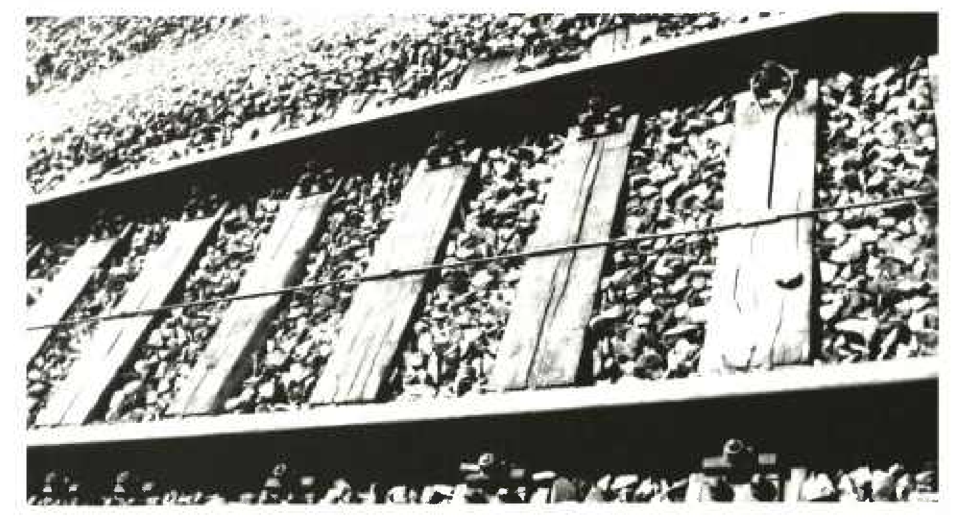
Der Versuch, gegen rechtsradikalen Terror gemeinsam vorzugehen, kann nur Erfolg haben, wenn es gelingt, diese Spaltungsmechanismen ins öffentliche und individuelle Bewußtsein zu heben.

Katrin Metz (Berlin), Jutta Rütter (Berlin), Thomas Schmidt (München)

"ICH WUSSTE GAR NICHT, DASS IHR AUCH 'NE RASSE SEID!"

Einige Gedanken zu Rassismus und Biologismus

"Ich wußte gar nicht, daß Ihr auch 'ne Rasse seid." Das war die Reaktion eines Bekannten, als ich ihm sagte, daß wir uns im Krüppelforum mit rassistischer Gewalt gegen Behinderte befassen. Mit seinem Befremden ist er nicht allein. Der Begriff "Rassismus" scheint im Zusammenhang mit Krüppelfeindlichkeit schwer vermittelbar. Auch in der Szene wird diskutiert, ob hier nicht eher von "Biologismus" gesprochen werden sollte. Dazu einige Überlegungen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder gar eine abschließende Antwort (wenn auch mit einer eindeutigen Tendenz).



Biologie als Leitwissenschaft

Die Biologie scheint auf dem besten Weg, zur Leitwissenschaft der 90er Jahre zu werden. Biologische Deutungsmuster für menschliches Sozialverhalten haben Konjunktur und werden öffentlich kaum noch hinterfragt. Kaum eine "Spiegel"- oder "Zeit"-Ausgabe, in der nicht irgendein Verhaltensbiologe seine Rezepte zur Lösung der Menschheitskrise anbieten darf (oder aber erklären, warum diese gar nicht lösbar ist: weil nämlich der Mensch so ist, wie er ist).
Diese Popularität verdankt sie nicht zuletzt ihrem Anspruch, dort Antworten zu geben, wo die Gesellschaftswissenschaften nur Fragen stellen. Sie gibt Orientierung, indem sie das Unerklärliche zu erklären vorgibt. Zum Beispiel die Tatsache, daß sich Menschen gegenseitig foltern und umbringen, nur weil ihre Hautfarbe oder Religion verschieden ist.
Zugleich bietet sie eine bequeme Legitimation für die eigenen Ressentiments rassistischer oder sonstiger Art. Wenn mein eigener Rassismus in den Genen sitzt, muß ich mich nicht mehr dafür schämen - schließlich kann nun mal niemand sein Erbgut austauschen. Indem die politisch orientierte Biologie behauptet, gesellschaftliche Vorgänge durch Rückgriff auf Verhaltensmuster aus dem Tier- und Pflanzenreich zu erklären, überschreitet sie die Grenze von der Wissenschaft zur Ideologie; die Biologie wird zum Biologismus.

Es sind zwei "Naturgesetze", auf welche die politische Biologie ihre Theorie der menschlichen Gesellschaft stützt: Da ist zum einen der "Selbsterhaltungstrieb der Population", der das menschliche Verhalten bestimmen soll. Nicht das Individuum mit seinen Bedürfnissen ist das Maß, sondern das "Ganze"; die Familie, die Dorfgemeinschaft, das Volk, die Rasse. Daß dabei Begriffe wie "Volk" und "Rasse" nicht infrage gestellt werden, liegt in der Logik; der Biologismus braucht diese Kategorien, denn ohne sie würde sein Weltbild in sich zusammenfallen. Wenn die "Arterhaltung" zum Grund allen Handelns gemacht werden soll, muß die Menschheit in "Arten" unterteilt werden und sei es noch so willkürlich. Völkisches Denken ist somit Voraussetzung und zugleich Produkt des biologistischen Menschenbildes. Da sich die "Selbsterhaltung der Rasse" in Abgrenzung gegen das "Fremde" vollzieht, erscheint auch der Krieg als notwendiges Übel.

In engem Zusammenhang mit der Lehre von der "Arterhaltung" steht die zweite Säule dieses Menschenbildes. Es ist die Vorstellung, daß jeder Mensch seinen angestammten Platz hat, den er nicht verlassen soll. Dies gilt in doppelter Hinsicht: sowohl geographisch als auch sozial. Der Mensch wird demnach in einen "Lebensraum" (oder moderner und unverfänglicher: "Kulturkreis") hineingeboren, der es ihm allein ermöglicht, nach seinen Bedürfnissen zu leben. In der Fremde dagegen wird er immer fremd bleiben, denn auch die Abwehr anderer Lebensformen gilt dem Biologismus als erbbedingt und daher unvermeidlich, da für die "Arterhaltung" notwendig.
Aber auch innerhalb des gesellschaftlichen Gefüges wird dem Menschen - in Analogie zum Tierreich - ein fester Platz zugewiesen. Die Annahme, daß Menschen von Natur aus unterschiedlich sind, ist im Biologismus immer mit einer Wertung verbunden. Menschliches Zusammenleben ist deshalb nur in einer hierarchisch gegliederten Ordnung vorstellbar, in der klar zwischen "oben" und "unten" unterschieden ist. Über die Stellung in der Hierarchie entscheiden die "natürlichen Anlagen". Das gilt auch und vor allem für das Geschlechter-

verhältnis: Wo der Mann zum Herrschen und die Frau zum Dienen geschaffen ist, erübrigt sich jede Debatte über die gesellschaftliche Rollenverteilung. Indem der Biologismus "erklärt", warum Gesellschaft auf Über- und Unterordnung gegründet sein muß, ist er auch ideologische Waffe gegen jede Gesellschaftsutopie.
Dabei gibt sich die politische Biologie scheinbar tolerant (jedenfalls, solange sie ihren wissenschaftlichen Anspruch aufrechterhält): Auch das andere Volk wird respektiert, wenn es bleibt, "wo es hingehört"; auch die unteren sozialen Schichten und die Frauen erfahren Anerkennung für ihren Beitrag zum Ganzen, solange sie keinen Anspruch auf Teilhabe anmelden.

Die Toleranz findet allerdings dort ihre Grenze, wo "die Natur verrückt gespielt" hat, bei Menschen, die dem Gesundheitsbegriff des Biologen nicht entsprechen. Und "gesund" ist, was der "Arterhaltung" dient: die heterosexuelle Fortpflanzung ebenso wie die Arbeitsfähigkeit im Dienste der Gemeinschaft. Schwule/Lesben und Krüppel sind nicht "gesund"; die biologisch geordnete Gesellschaft, in der jeder seinen Platz hat, bietet ihnen höchstens den Katzentisch an - oder die Gaskammer.
Der Biologismus ist rassistisch und krüppelfeindlich zugleich; jedoch hat seine Krüppelfeindlichkeit eine besondere Qualität. Während das fremde Volk durchaus als eigenwertig, aber eben "anders" anerkannt wird, gelten Krüppel dem Biologismus von vorneherein als "Betriebsunfall der Natur". Wo das Ganze alles, der Einzelne nichts ist, ist die Selektion von Menschen nach ihrer Nützlichkeit nur konsequent.
Der Biologismus läßt sich also als theoretische Begründung von Krüppel- wie auch Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit begreifen. Ob in diesem Zusammenhang auch von "Rassismus" gesprochen werden kann, hängt davon ab, wie dieser im Verhältnis zum Biologismus definiert wird.

Rassismus als formulierte Ideologie hat ein biologistisches Menschenbild zur Voraussetzung. Wenn Rassisten versuchen, ihren Fremdenhaß zu begründen, fällt ihnen meist wenig ein außer Sprechblasen, die auf biologistische Muster zurückgreifen ("Die passen nicht zu uns").
Was ist dann aber das Besondere an Rassismus? Rassismus könnte als militante und popularisierte Variante des Biologismus verstanden werden, die jede akademische Zurückhaltung aufgibt bei der Einteilung von Menschen und "Rassen" in "höher"- und "minderwertig". (Was uns Krüppel betrifft, könnte uns das allerdings ziemlich egal sein, denn das Prädikat "minderwertig" haben wir bereits im "wissenschaftlichen" Biologismus).

Ist Eugenik rassistisch?

Im gängigen Sprachgebrauch ist der Ausdruck "Rassismus" auf den Haß gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge beschränkt. Er ist die ganz handfeste Umsetzung des Gedankens von der "Arterhaltung". Dieser hat jedoch zwei Seiten: der militanten Abgrenzung nach außen entspricht die "Reinhaltung" nach innen, die Ausmerzung alles Schwachen und "Artfremden".
Aber sind Eugenik und Euthanasie wirklich "rassistisch"? Daß Behinderte oder Homosexuelle eigene "Rassen" seien, behaupten wohl nicht einmal die Rassisten selbst. Eine mögliche Antwort wäre: Rassismus im Sinne von Fremdenhaß ist zwar eine direkte, aber nur eine Folge unter anderen des biologistischen Weltbildes. Krüppel-, Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit sind auch Folge, aber etwas Eigenes, für das es bislang keinen Namen gibt - außer "Biologismus". Mit gleichem Recht ließe sich aber auch anders argumentieren: Die innere "Reinhaltung" ist untrennbarer Bestandteil des Rassismus, denn wer die Höherwertigkeit der eigenen "Rasse" behauptet, darf nicht zulassen, daß sie von innen heraus geschwächt wird. Rassismus ist folglich ohne Krüppel-, Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit nicht vorstellbar. Der "Rassismus nach innen" ist Voraussetzung für den nach außen gerichteten Fremdenhaß.

Krüppelfeindlichkeit kann also als Rassismus oder als Biologismus benannt werden; das Eine wie das Andere läßt sich von der Sache her begründen. Entscheidend ist, welcher Ausdruck besser als politscher Begriff geeignet ist.
Problematisch am Wort "Rassismus" erscheint mir, daß es das Denkmuster der Rassisten übernimmt: Wer gegen "Rassismus" oder "Rassenhaß" argumentiert, anerkennt im Prinzip die Existenz von "Rassen" und wendet sich nur gegen die Behauptung, daß diese von Natur aus in Feindschaft leben müssen.
Der Begriff "Biologismus" ist dagegen radikaler. Indem ich den Biologismus ablehne, weise ich die Anmaßung einer Naturwissenschaft zurück, die menschliche Gesellschaft nach ihren Kriterien zu erklären. Ich kritisiere also nicht nur die äußerliche Erscheinungsform, sondern das gesamte zugrundeliegende Weltbild. Das ist schwierig, aber notwendig. Schwierig ist es, weil die bundesdeutsche Gesellschaft seit ihren Anfängen auf einem biologistischen Konsens beruht. Dies zeigt sich z.B. in der völkischen Definition der deutschen Volkszugehörigkeit in Artikel 116 des Grundgesetzes. Der deutsche Obrigkeitsstaat, der die Diktatur überdauert hat, begründet sich wesentlich aus der Lehre von der Naturgegebenheit von Herrschaft. Das biologistische Weltbild anzugreifen, bedeutet also auch, die Grundlagen dieser Gesellschaft, wie etwa Nationalismus und Konkurrenzprinzip, infragezustellen. Wer das tut, macht sich allerdings unbeliebt.

Den Rassismus anzuprangern, ist dagegen immer noch vergleichsweise ungefährlich. Das Wort tut niemandem weh, denn Rassist will ohnehin (fast) niemand sein. ("Ich habe nichts gegen Ausländer, aber ...") Der Begriff ist in der Öffentlichkeit eindeutig negativ besetzt; daran ändert auch nichts, daß die offizielle Sprachregelung lieber den - verharmlosenden und im Grunde selber rassistischen - Ausdruck "Ausländerfeindlichkeit" verwendet. Das ist seine Stärke und Schwäche zugleich. Weil nicht mehr erklärt werden muß, daß Rassismus etwas Verwerfliches ist, hat dieses Wort eine stärkere Wirkung als etwa "Behindertenfeindlichkeit".
Gleichzeitig droht es aber im Zuge der allgemeinen Empörung über den rechten Terror zu verflachen. Seit jeder Familienvater, der etwas auf sich hält, nach Sonnenuntergang zur antirassistischen Lichterprozession pilgert, ist der Begriff zum folgenlosen Gemeinplatz geworden. Mit ihm läßt sich bestenfalls verbal auf ein paar Glatzen eindreschen, aber kaum noch die Grundstruktur einer Gesellschaft kritisieren, die Gewalt hervorbringt. Ebenso groß scheint mir die Gefahr, in den Moralismus des "offiziellen" Antirassismus abzugleiten: Ein guter Mensch ist kein Rassist, und weil ich ein guter Mensch bin, habe ich auch ein Herz für Krüppel.

Zweifellos ist es für uns wichtig, immer wieder den Zusammenhang von Fremdenhaß und Intoleranz gegen andere Minderheiten bewußt zu machen. Das Wort vom "Rassismus" wird aber, so fürchte ich, immer nur in seiner engeren Bedeutung verstanden werden (die darin enthaltene "Rasse" legt dies ja auch nahe). Eine Politik, die allein den so verstandenen Rassismus bekämpft, läuft Gefahr, Krüppelfeindlichkeit als Randproblem lediglich mitzuschleppen oder gar als weniger schlimm, da "irgendwie verständlich" abzutun. (Die Erfahrungen mit Antifa-Gruppen sind in dieser Hinsicht nicht immer ermutigend.) Biologismus bezeichnet dagegen das Gemeinsame von Rassismus und Krüppelfeindlichkeit; eine Haltung, die sich als anti-biologistisch begreift (und auch so nennt), könnte - vielleicht - am ehesten klarmachen, daß es das Eine ohne das Andere nicht geben kann.

Sicher bleibt es auch bei dieser Wortwahl ein Problem, sich verständlich zu machen. Der Ausdruck "Biologismus"

IMPRESSUM

Herausgeber:
"krüppeltopia" e.V. - Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderter, Mombachstraße 17, 3500 (ab 1.7.: 34127) Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78

Ressorts & Redaktionsadressen

Anzeigenverwaltung:
Redaktion Berlin, Ursula Aurien, Barbarossastraße 24, W-1000 (ab 1.7.: 10779) Berlin 30, Tel.: 030 / 2 18 43 76

Abo & Vertrieb:
Redaktion Kassel, Jörg Fretter, Mombachstraße 17, W - 3500 (ab 1.7.: 34127) Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78; Fax 0561 / 89 65 32

Redaktion Essen, Ulrike Lux, Huttropstraße 41, W - 4300 (ab 1.7.: 45138) Essen 1, Tel.: 0201 / 27 49 16

Ständige MitarbeiterInnen:
Ursula Aurien (Berlin), Ulrike Lux (Essen), Michael Knuffmann (Krefeld), Thomas Schmidt (München), Jörg Fretter (Kassel) **V.i.S.d.P.**

Die Cassettenausgabe der randschau wird betreut durch Valeska Wnuck, Brentanostraße 50, W - 3500 Kassel

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns natürlich über unverlangt eingesandte Beiträge und Infos. Um uns die Bearbeitung auf dem PC zu erleichtern, nehmen wir am liebsten Texte, die unformatiert auf WORD (alle Ver-sionen) geschrieben wurden. Als Speicherrmedien bitte nur 3,5" und 5,25" Disketten verwenden.

ABO Preise:
Preis für 5 Ausgaben 25,- DM (1 Doppelnummer) / Ausland 35,- DM / auf Cassette 30,- DM / Cassette & Schwarzschrift 40,- DM / Einzelpreis 5,- DM / (Doppelnummer 7,- DM)

Bankverbindung:
Stadtsparkasse Kassel (BLZ: 520 501 51) Konto-Nr.: 1009 422 Stichwort "krüppeltopia" e.V./die randschau

Auflage: 2.500

Titelfoto: Ursula Aurien, Berlin

Satz:
LaserPrint, Elfbuchenstr. 5, Kassel

Druck:
COPY-Team, Holl.Str. 36-38, Kassel

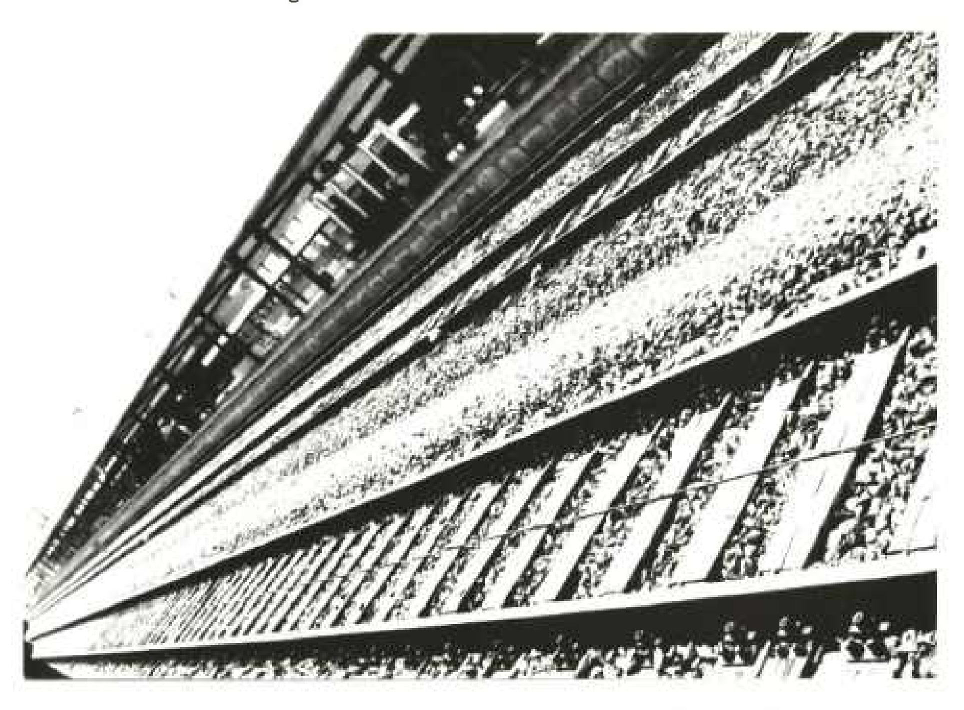
Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Auslieferung im Sinne des Vorbehals. Wird die Zeitschrift nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Darstellung des Grundes zurückzusenden.

wird außerhalb von Insiderkreisen bislang nur selten verwendet. Einen neuen Begriff in die öffentliche Debatte einzuführen, ist immer ein Risiko, zumal, wenn er sich negativ auf eine derart populäre Wissenschaft wie die Biologie bezieht. Vielleicht ist es auch Selbstüberschätzung zu meinen, wir Krüppel könnten im Alleingang die Begriffsbildung beinflussen. Ich denke trotzdem, daß es einen Versuch wert wäre; aus Gründen der argumentativen Klarheit und damit unser Widerstand gegen Diskriminierung so radikal verstanden wird, wie er gemeint ist.

Der "subjektive Faktor"

In der Krüppelszene scheint sich trotzdem die Tendenz durchzusetzen, weiterhin von Rassismus zu sprechen. Wie gesagt, gibt es auch dafür gute Gründe; ich denke allerdings, daß es wichtig wäre, sich auch über mögliche tieferliegende Motive klarzuwerden, welche die Entscheidung für eine bestimmte Wortwahl beeinflussen. Dazu abschließend eine Vermutung, die vielleicht provozieren wird und die ich nicht beweisen kann, die aber deshalb nicht falsch sein muß.
Die Bezeichnung von Krüppelfeindlichkeit als "rassistisch" hat wohl auch etwas mit unserer Sprachlosigkeit gegenüber der eigenen Geschichte zu tun. Indem wir das, was uns heute bedroht, als "Rassismus" verstehen, schließen wir uns an eine Tradition von Verfolgung und Widerstand an, die nicht unsere eigene ist. Bedeutet das aber nicht die Übernahme der herrschenden Geschichtsschreibung? Denn während der Genozid an den Juden heute in der Öffentlichkeit weitgehend unbestritten ist (von offenen Nazis abgesehen), wird der Massenmord an Behinderten immer noch eher beiläufig und teils widerwillig als Teil des NS-Terrors anerkannt.
Wenn wir uns als Leidtragende des Rassismus begreifen, dann ist dies vielleicht auch Ausdruck des Wunsches, endlich als "vollwertige" Nazi-Opfer akzeptiert zu werden. In der Sache scheint es mir dennoch fragwürdig; die Krüppelmorde im 3. Reich wurden eher durch den (biologistischen) Wahn vom gesunden Herrenmenschen begründet als durch direkten Rassismus.

Vielleicht ist es auch noch etwas anderes: die Ahnung, daß der Kampf gegen Eugenik und Euthanasie für sich allein aussichtslos ist, da der gesellschaftliche Konsens gegen "medizinisch" legitimierte Morde bzw. Selektion noch wesentlich brüchiger ist, als gegen ethnisch motivierte Gewalt. Weil sich außer uns kaum jemand ernstlich darüber aufzuregen scheint, müssen wir uns demonstrativ in Erinnerung bringen: "Auch wir sind vom Rassimus betroffen."



Um nicht falsch vestanden zu werden: Natürlich geht es mir keinesfalls darum, die Solidarität mit anderen bedrohten Gruppen in Frage zu stellen. Mir scheint es aber wichtig, Krüppelfeindlichkeit als einen eigenen Skandal zu begreifen, der mit anderen Formen von Diskriminierung in engem Zusammenhang steht, aber nicht einfach identisch ist und dafür auch einen Begriff zu finden (so wie es z.B. der Frauenbewegung mit dem Wort "Sexismus" gelungen ist). Biologismus könnte dieser Begriff sein, weil er das Gemeinsame betont, ohne sich eine fremde Realität borgen zu müssen.

Thomas Schmidt, München

Angriffe gegen behinderte Menschen (Auswahl):

Halle /Neustadt, 24. Juni 1992:
Fünf hörbehinderte Jugendliche werden überfallen und zusammengeschlagen. Kein Passant hilft.

Quedlinburg, Juli 1992:
Rechtsradikale Jugendliche gehen "Spastis klatschen", ein Behindertenheim wird mit Steinen bombardiert. Die Jugendlichen in einer Diskussion: "Wenn die Ausländer erst mal weg sind, haben wir noch andere nutzlose Esser, z.B. Behinderte."

Großburgwedel, Anfang September 1992:
Ein behinderter Mann nimmt sich nach wiederholten Beschimpfungen und Angriffen das Leben.

Hannover, 24. September 1992:
Ein geistig behinderter Mann wird vier Tage lang festgehalten und gefoltert.

Mainz, Oktober 1992:
Ein Rollstuhlfahrer wird vor einer Buchhandlung von einem knutschenden Pärchen bedroht: "Wenn Du weiter so blöd zu uns rüber guckst, dann kitzle ich Dich mal." Der Mann folgt dem Rollstuhlfahrer in die Buchhandlung und spuckt ihm ins Gesicht: "Auf Dich könnte ich richtig scheißen."

Großburgwedel, Oktober 1992:
Behinderte Bewohner der Pestalozzi-Stiftung werden zusammengeschlagen. Betreuer, die zu Hilfe kommen wollen, werden mit Messern bedroht.

Ottweiler, Oktober 1992:
Ein kurzgeschorener Mann mit Hakenkreuz-Tätowierung legt an einem Heim für geistig behinderte Menschen an mehreren Stellen Feuer. Ein Pflegeschüler, der eingreifen will, wird verletzt.

Hannover, Anfang November 1992:
Eine behinderte Frau wird beschimpft. Tritte gegen den Rollstuhl.

Frankfurt, November 1992:
Zwei junge Männer schleichen sich von hinten an einen gehbehinderten Mann und schlagen ihm die Krücke aus der Hand. Der Mann stürzt, die beiden Angreifer rennen mit der Krücke weg.



Hannover, Dezember 1992:
Vor dem Landtag wird ein Rollstuhlfahrer angepöbelt und angegriffen: "Hey Du Krüppel, wie siehst Du denn aus?" Tritte gegen den Rollstuhl und - nachdem der Mann zu Boden gestürzt ist, in seinen Unterleib. Der Rollstuhl wird gegen eine Wand geschleudert. Keiner der zahlreichen Passanten, die vorbeigehen, hilft.

Bremen, Dezember 1992:
Die Mutter eines behinderten Kindes bekommt Drohanrufe und anonyme Briefe: "Wir räuchern Euch aus! Dein Kind ist als erstes dran. Sieg Heil."

Siegen, Mitte Dezember 1992:
In einem Einkaufszentrum wird ein sehbehinderter Mann getreten und geschlagen. Wenig später stirbt er an den Verletzungen.

Hamburg, Januar 1993:
Eine Rollstuhlfahrerin erhält anonyme Anrufe: "Wir sind überall und bald bist auch Du dran. In einem sauberen Deutschland können wir so was wie Dich nicht brauchen."

Wuppertal, 5. Februar 1993:
Ein geistig behinderter Mann wird von einem Jugendlichen aus der rechtsextremen Szene beschimpft und geschlagen: "Ein Behinderter hat in Deutschland nichts zu suchen."

Die Bundesvorsitzende der LEBENSHILFE, Annemarie Griesinger, berichtet von Mord- und Bombendrohungen gegen Schulen für behinderte Kinder. Nichtsdestotrotz verbietet die **Geschäftsführerin der LEBENSHILFE Remscheid** einen Auftritt der Musikgruppe "The Lenny's" mit der Begründung: **"Die Zeit ist noch nicht reif, für unsere Schützlinge auf die Straße zu gehen."**

Quellen:
* Redemanuskript zur Wuppertaler Demonstration "Behinderte gegen Rechtsradikalismus" vom 27. Februar 1993
* Dokumentation des nieders. Behindertenbeauftragten: Deutschland im Herbst - Zunehmende Gewalt gegen behinderte Menschen. Mai 1993

Foto: Ursula Aurien, Berlin

"Unrechtsbewußtsein nimmt Gewalt nicht als Schicksal der Opfer, nicht als Handlungszwang der Täter hin. Unrechtsbewußtsein heißt: Auf Erkennbarkeit, Benennbarkeit und Bekämpfbarkeit von Gewaltverursachern zu bestehen und die Gewaltverhältnisse als ebenso unzumutbar wie von Menschen veränderbar zu begreifen."

Christina Türmer-Rohr, zit. nach Hans Hengelein in: Deutschland im Herbst. Dokumentation s.u., S. 18.

"... nur wird jetzt das 'normale' Maß überschritten"

Gewalt gegen Behinderte

"Jetzt werden sogar Behinderte angegriffen!" Empörung steckt hinter diesen Worten. Zu Recht, denn natürlich ist es nicht in Ordnung, wenn behinderte Menschen angegriffen werden. Aber was bedeutet "sogar" (oder "auch")? Unter der Überschrift "Rechtsradikalismus" bzw. "Rechtsextremismus" berichten die Medien über Angriffe auf AsylbewerberInnen, AusländerInnen, Juden/Jüdinnen, jüdische Friedhöfe und Gedenkstätten. Überfälle auf Behinderte erscheinen - wie sie selbst - als etwas Besonderes; ein Zusammenhang mit rechter Gewalt wird nur mühsam, wenn überhaupt, hergestellt. Ist Gewalt gegen behinderte Menschen etwas anderes als Gewalt gegen AsylbewerberInnen, AusländerInnen, Sinti und Roma, Juden/Jüdinnen, Schwule, Lesben oder Obdachlose? Offenbar wie ein Blitz aus heiterem Himmel werden behinderte Menschen "jetzt auch" bedroht, angegriffen, überfallen. Natürlich, Gewalt gegen Behinderte geht 'zu weit', aber geht es nicht bei jedem anderen genauso 'zu weit'? Warum also die Unterscheidung?

Bezüglich der Angriffe gegen behinderte Menschen muß von einer neuen Dimension und einer verschärften Bedrohung gesprochen werden. Ob die Täter dabei explizit ein rassistisches bzw. eugenisches Denk-Raster im Kopf haben, oder ob sie 'einfach so' einen Schwächeren angreifen, macht kaum einen Unterschied; gemeinsamer Nenner und Meßlatte aus rechter Sicht ist der simple Slogan vom 'guten Deutschen'. Wer nicht in diese Schublade paßt, hat gute Chancen, mindestens verprügelt zu werden. Wie das Opfer sich verhält, ist dabei sekundär, es reicht die Existenz des Anderen in seiner zugeschriebenen Abweichung. Den rechten Denkern ist das nichts Neues, die Eugenik paßt hervorragend in das rassistische Welt- bzw. Menschenbild.

Es geht insofern auch nicht um etwas grundlegend Neues. Im Gegenteil, es geht um die brutale Zuspitzung einer Logik, die in der Ausgrenzung die 'Normalität' sieht; die 'Integration' wie



Foto: Ursula Aurien, Berlin

ein Bonbon anbietet, das erst verdient werden muß (und diees Bonbon ist längst nicht für jeden zu haben). Die Konsequenz dieser Logik bedeutet einerseits an Leistung orientierte Anpassung, andererseits und gleichzeitig Verhinderung (bekannter als Verhütung) bis hin zur Vernichtung. Die gesellschaftsfähige Variante dieser Logik erleben wir in den letzten Jahren in der massiven Werbung für genetische Forschung/Beratung und pränatale Diagnostik zum Zweck selektiver Abtreibung und in dem ebenso massiven Ruf nach Legalisierung der "Euthanasie" bis hin zur Tötung behinderter Neugeborener - das alles unter dem globalen Motto der Leid- (und Kosten-)vermeidung.

In diesem Rahmen muß von einer existentiellen Bedrohung gesprochen werden, die für behinderte Menschen vor 10 Jahren so noch nicht denkbar war. Damals ging es darum, die strukturelle Gewalt und Heuchelei der Wohl-Täter-Mafia aufzuzeigen und provokant dagegen anzugehen (beispielsweise mit den Aktionen gegen das UNO-Jahr der Behinderten). Spätestens seit der Auseinandersetzung um Peter Singer und Co. geht es um Widerstand gegen die Infragestellung des Lebensrechts behinderter Menschen. Auf der wissenschaftlichen Bühne wird seit Jahren die Vernichtung vorgedacht, im Rahmen eines vermeintlich wertfreien Dialogs steht behindertes Leben zur Disposition. Angeblich hat dieser Diskurs keine negativen Folgen für das Leben behinderter Menschen, begründet wird er jedoch u.a. mit "dringendem Handlungsbedarf".

Eine andere Ebene der Gewalt gegen behinderte Menschen findet in der Öffentlichkeit so gut wie keinen Niederschlag, obwohl (oder weil?) sie zum Alltag gehört. Vergewaltigungen - vor allem geistig behinderter Frauen - werden in der Regel stillgeschwiegen, soweit die Frauen sich überhaupt trauen, darüber zu reden. Kommt es - selten genug - zum Prozeß, werden sie vielfach als unglaubwürdig dargestellt, einmal, weil sie sich zum Teil nur schwer verständlich machen können und insoweit den Rahmen 'gerichtsüblicher Kommunikation' sprengen, zum anderen nach dem Motto: "Wer will denn die schon." Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Täter häufig im familiären Umfeld zu finden sind sowie im Bereich des Pflege- und Betreuungspersonals von Anstalten.

Strukturelle Gewalt in Form von Ausgrenzung aus dem 'normalen' Leben - sei es Anstaltsunterbringung, der Zugang zu Gebäuden, Verkehrsmitteln, zur Regelschule, zu Arbeitsplätzen usw.

- und Verweigerung von gleichen Rechten wird kaum als solche wahrgenommen, geschweige denn kritisiert oder gar ernsthaft in Frage gestellt. Anstaltsunterbringung gilt nach wie vor grundsätzlich nicht als Skandal, sondern aus Kostengründen als 'angemessen'. Und wer nimmt Anstoß daran, wenn behinderte Menschen zum Spenden-Objekt gemacht werden? Erst, wenn sich etwa ein Flensburger Richter dazu versteigt, behinderte Menschen als "Urlaubsmangel" und somit Grund für Schadenersatz zu qualifizieren, regt sich leise Empörung. Richter Rüdiger befand, daß dieses Urteil nicht gegen die guten Sitten verstoßen könne, weil der größte Teil der Bevölkerung dies eben nicht als einen solchen Verstoß empfinden würde. Zu befürchten ist, daß er hinsichtlich des 'Volksempfindens' recht haben könnte. Diese Beispiele ließen sich beliebig verlängern. Erwähnt sei noch die beliebte Ebene des "Ich will Dir doch nur helfen", womit keineswegs etwas gegen Hilfs-*Angebote* gesagt werden soll. "Ich will Dir doch nur helfen" stellt eine quasi-legale 'Vergewaltigung' dar: behinderte Menschen werden, ohne ihr Einverständnis abzuwarten, angefaßt, geschoben, über die Straße gezerrt usw. Im Beschwerdefall gelten sie als undankbar und aggressiv; die Gewaltausübung wird meist nicht einmal als 'Grenzverletzung' anerkannt.

Gewalt gegen Behinderte ist also keineswegs so tabu, wie es auf den ersten Blick scheint, nur wird jetzt das 'normale' Maß überschritten. Der öffentliche Umgang damit reduziert sich in der Regel auf die Darstellung als Einzelfall, Ohnmacht oder Angst werden besonders hervorgehoben und die Opfer damit alleingelassen. Die Frage nach Hintergründen, Zusammenhängen und Ursachen taucht selten auf und wenn, wird sie nur dürftig bearbeitet.
Sensations-Berichterstattung schadet nur, weil sie 'das Problem' individualisiert und die tatsächlichen Ursachen außer Acht läßt. Es kann aber auch nicht Sinn der Sache sein, Überfälle auf behinderte Menschen zu verschweigen, etwa, um die Angst der Opfer nicht zu verstärken. Vielmehr kommt es auf die Art und Weise, d.h., die Qualität der Berichterstattung an. Als relativ positives Beispiel muß die MONITOR-Sendung vom Dezember 92 gelten. Zu kritisieren wäre hier allerdings die unkommentierte Einblendung von NS-Filmmaterial. Peinlich auch, wenn, wie am Schluß der Sendung, der Lebenswille oder die Lebensfreude des Opfers betont wird und absurd, wenn behinderte Menschen sich - als Folge der "Euthanasie"-Diskussion - genötigt sehen, ihre Existenzberechtigung mit ihrer Freude am Leben zu rechtfertigen.

Fatal wäre es, den potentiellen Opfern nun als 'Lösungsmöglichkeit' anzubieten, doch zu Hause bzw. in der Anstalt zu bleiben. Das käme einer Ausgrenzung in der Ausgrenzung und völliger Isolierung gleich. Statt Individualisierung von Ohnmacht und Gewalt und einem möglichen Verweis auf das "sichere Heim" sind Gruppen nötig, in denen Strategien entwickelt werden können, mit der Angst umzugehen, nicht an ihr kaputtzugehen. Nachzudenken ist über die Frage, wie Solidarität möglich ist. Genauso wie es nötig geworden ist, z.B. AsylbewerberInnen zu schützen, wird es nötig sein, behinderte Menschen zu schützen. Auf der Straße oder wo immer sie bedroht sind. Die eugenische Schere im eigenen Kopf, die vielfältigen Ausgrenzungsmechanismen, in Frage zu stellen, erscheint wichtiger denn je.

Es ist notwendig, diese neue Dimension von Gewalt, sowie die 'alte' strukturelle Gewalt als politisch zu begreifen, als Ausdruck politischer Machtverhältnisse - eben nicht als Problem einzelner (behinderter) Menschen. Nachzudenken wäre weiter über das Verständnis eines Rassismus-Begriffs, in dem behinderte Menschen üblicherweise nicht vorkommen. Als ich während einer Veranstaltung einen entsprechenden Zusammenhang herstellte, wurde mir die "inflationäre" Benutzung des Rassismus-Begriffs vorgehalten. Trotzdem stellt sich die Frage, was wir unter Behindertenfeindlichkeit einerseits und Rassismus andererseits verstehen. Last but not least ist nachzudenken über die Abgrenzung diskriminierter Gruppen untereinander bzw. gegeneinander. Solidarität stellt sich nicht automatisch her. Es wird jedoch notwendig sein, sie herzustellen.

Ursula Aurien, Berlin

Anmerkung:
Der Artikel wurde im Rundbrief NETZWERK Selbsthilfe e.V., Nr. 60, v. 31.3.93 veröffentlicht.

Gewalt gegen Minderheiten oder Konsequenz der Normalität

Der folgende Text ist ein Redebeitrag im Rahmen einer anti-rassistischen Kundgebung in Essen am 5.12.1992

In den vorangegangenen Redebeiträgen wurde aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu den gewalttätigen Übergriffen Stellung genommen. Welche Dimensionen dies inzwischen angenommen hat, zeigen die Ereignisse der letzten Tage und Wochen. Neben Menschen, die auf der Flucht vor Verfolgung in ihren Heimatländern sind, neben den oft schon seit Jahren in Deutschland lebenden Ausländern, neben jüdischen Menschen und neben Roma/Sinti werden auch zunehmend Behinderte Opfer dieser rechtsorientierten Gewalt. Dokumentiert wurde erst kürzlich im ARD-Magazin Monitor die Zunahme von körperverletzenden Übergriffen gegenüber Behinderten und, dies sei bemerkt, es wurde damit nur die Spitze eines Eisbergs gezeigt. Die schon zur ständigen Rubrik avancierte Berichterstattung über Angriffe auf Asylunterkünfte bedarf der Ergänzung - der Überfälle auf Behinderteneinrichtungen. Unter dem Titel "Der Pöbel probt die Euthanasie" berichtete die Süddeutsche Zeitung vom 12./13. September 1992 über einen derartigen Angriff auf eine Schule für behinderte Kinder in Stendal (Sachsen-Anhalt).

Betroffen macht uns vor allem das Ausmaß der Gewalt, welches gegenwärtig zu Tage tritt. Aber machen wir uns nichts vor, das was wir heute sehen, ist der extreme Ausdruck einer Entwicklung, die schon viel früher begonnen hat. Wer berichtet denn über alltägliche Diskriminierungen und Anpöbeleien gegenüber Ausländern. Auch die Angriffe auf Krüppel haben eine Vorgeschichte, die mit dem Auslachen von Rollstuhlfahrern, SpastikerInnen oder Kleinwüchsigen ihren Anfang nahmen. "Kuck ma', die da, wie die geht." ist eine dieser Redensarten, mit denen wir uns tagtäglich konfrontiert sehen. Wir brauchen nur die Zeitung aufschlagen und da lesen wir, daß sich wieder mal eine Bürgerinitiative gegründet hat, um die Einrichtung einer Asylunterkunft zu verhindern. Vergleichbare Initiativen bilden sich auch, wenn Behinderteneinrichtungen in einer Wohnsiedlung errichtet werden. Sprecher solcher Initiativen meinen

dann, daß der Wohnwert ihrer Häuser vermindert wird, Ausländer/Behinderte werden zum ökologischen Problem erklärt, die die Umwelt belasten.

Aber mit der so modern gewordenen ökologischen Frage verfolgen bestimmte Kreise nur ihre eigenen Interessen. Wenn von Lasten geredet wird, dann geht es in der Regel knallhart ums Geld. Nicht erst seit der Wiedervereinigung werden systematisch Sozialausgaben gekürzt. Die deutsche Einheit und der Aufbau Ost ist unter den Politikern gegenwärtig nur ein beliebtes Argument, um immer größere Löcher ins soziale Netz zu reißen. Wir Krüppel/Behinderte kriegen dies schon länger zu spüren bei der Einschränkung ambulanter Hilfen z.B., die angeblich zu teuer seien. Integrative Ansätze wie der gemeinsame Schulunterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder haben in diesem Klima einen schlechten Stand. Immer noch gibt es nur eine Grundschule in Essen, die eine integrative Klasse besitzt. An eine Ausdehnung dieses Modells auf alle Stadtteile Essens ist nicht zu denken, genau so wenig wie eine integrative Förderung an den weiterführenden Schulen. Vielmehr plant die SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen auch die bestehenden Modelle zu kippen. Diese Kürzungsdiskussion findet bei ausländischen Menschen ihre Entsprechung etwa in den Debatten und Beschlüssen der Sozialhilfekürzung bei Asylbewerbern.

Nicht von ungefähr bilden Krüppel/Behinderte für die Sozialkürzer jedweder Coleur eine der Gruppen, die sehr stark von sozialen Einschränkungen betroffen ist. Vorherrschend ist noch immer die Meinung: Behindert sein heißt, hilfsbedürftig sein und damit abhängig sein von Leistungen der Sozialämter, Krankenkassen etc. Seit Jahren stellen wir fest, daß wir immer mehr unter Kosten/Nutzen Aspekten gesehen werden. Von der Last, die wir angeblich darstellen, bis zur Ballastexistenz ist es dabei nur ein kurzer Schritt. Zunehmend wird uns das Lebensrecht als solches abgespochen, indem darüber raisonniert wird, ob z.B. Schwerstbehinderte "menschliches Gemüse" seien, ob durch die Geburt eines behinderten Kindes das Glück einer Familie beinträchtigt und deshalb besser getötet wird.
Wohlgemerkt - es handelt sich hier nicht um rechte Gruppen, die wie in Stendal Anschläge auf Behinderteneinrichtungen verüben. Es handelt sich um etablierte Philosophen, Ärzte, Pädagogen und Juristen, die an Universitäten sitzen. Auch die Ruhrgebietshochschulen sind reich an diesen Vertretern, wie der Geistigbehindertenpädagoge Prof. Christoph Anstötz (Uni Dortmund), der Philosoph Dr. Dieter Birnbacher (Uni Essen) um nur einige Beispiele zu nennen. Den brutalen Angriff auf Behinderte lehnen diese Leute ab. Ethikkommissionen sollen nach einem dezidiert ausgearbeiteten Kriterienkatalog entscheiden, ob in bestimmten Fällen eine medizinische Behandlung eingeleitet oder fortgesetzt werden soll, wenn nicht, soll auch die Möglichkeit des Tötens gegeben sein. Sie wie auch ihre Überlegungen erinnern fatal an die Morde von geistig und psychisch Behinderten im 3. Reich. Auch damals entschieden sog. Euthanasie-Gutachter, samt und sonders angesehene Universitäts-Mediziner, über Leben und Tod.

Wenn so etwas verwirklicht wird, dann wird der Mord an Behinderten wieder zu einer gesellschaftssanitären Maßnahme, die unsichtbar ist, hygienisch sauber hinter Klinikmauern und wissenschaftlich legitimiert. Auch bei der Asyl-Diskussion sehe ich ähnliches. Welche Folgen haben denn bereits verabschiedete oder noch geplante Gesetzesänderungen wie das Asylbeschleunigungsgesetz oder der Deutsch-Rumänische Abschiebevertrag? Wer weiß schon, was mit abgelehnten Bewerbern geschieht, die in ihre Herkunftsländer zurückverfrachtet werden. Werden sie weiter diskriminiert und gar ermordet, es entschwindet unseren Blicken und alles hat seine rechtsstaatliche Ordnung.

Wenn ich heutzutage die Politiker sehe, die ihre Entrüstung über die Anschläge bekunden, dann kann ich mich des lEindrucks nicht erwehren, es geht ihnen nicht um die Menschen, die hier Zuflucht suchen, sondern um das Ansehen Deutschlands in der Welt - nach dem Motto: der Industriestandort Deutschland ist gefährdet. Es sieht so häßlich aus, wenn ständig von Brandstiftung, Sachbeschädigung, Körperverletzung und Mord berichtet wird. Aber nur, weil die verschiedenen Asylrechtsvorschläge ein geregeltes Verfahren der Einreise und Abschiebung angeben, heißt das nicht, daß die Machwerke keinen Rassismus enthalten. Der Rassismus ist nur verdeckter. Bei aller Kritik an den Morden in Mölln, an den Anschlägen auf Asylunterkünfte und zunehmend auch Behinderteneinrichtungen sollten wir auch den Rassismus und die Ausgrenzungsmechanismen in den Institutionen im Auge behalten.

Volker van der Locht, Essen

Gewalt gegen Behinderte

Seit einigen Monaten häufen sich Berichte über tätliche Angriffe und Überfälle auf Behinderte. Als Osteogenesis imperfecta-(OI)-Betroffener muß ich mich schon deshalb mit diesem Phänomen beschäftigen, weil für mich schon geringste körperliche Attacken katastrophale Folgen haben können. Aber auch andere Behinderte sollten sich davor hüten, dieses Phänomen zu ignorieren, oder es lediglich einer kleinen Gruppe von sogenannten "gewaltbereiten rechten Spinnern" zuzuschreiben, wie dies zur Zeit gerne von offizieller Seite getan wird.
Verständnis für die "armen, irregeleiteten" Täter, denen Zukunftsperspektiven, familiäre Geborgenheit und was noch alles fehlen und die deshalb ihren "Frust" an Schwächeren abreagieren, will und kann ich beim besten Willen nicht aufbringen. Solche Erklärungsmuster helfen mir als potentiellem Opfer wenig, und außerdem kann ich kein Verständnis für Leute entwickeln, die mir nach dem Leben trachten. Ich möchte auch keinen weiteren Betroffenheitsaufsatz zu diesem Thema schreiben. Davon gibt es zur Zeit wahrhaftig genug. Auch wenn viele Behinderte es nicht wahrhaben wollen, die Ursachen für die Gewalt und die daraus resultierende Bedrohung für uns liegen tiefer, weil sie ein Zeichen für das Verhältnis sind, das unsere nichtbehinderten Mitbürger tatsächlich zu uns haben.

Ist Gewalt gegen Behinderte wirklich so neu?

Es ist in diesem Zusammenhang u.a. von erheblichen Interesse, ob Gewalt gegen Behinderte in letzter Zeit tatsächlich derart zugenommen hat oder ob sich die Öffentlichkeit heute lediglich mehr damit beschäftigt. Wir sollten uns in diesem Zusammenhang überlegen, wo Gewalt tatsächlich anfängt.
Gewalt gegen uns gab es auch schon, bevor die Medien dieses Phänomen

entdeckt haben. Rollstuhlfahrer wurden auch früher schon nicht in Gaststätten und Kinos eingelassen. Prozesse gegen Reiseveranstalter, wegen der Anwesenheit von Spastikergruppen in Ferienhotels, gab es bereits vor zehn Jahren. Behinderte wurden schon immer von inkompetenten oder überforderten Behördenbediensteten in Heime gesteckt. Geistig Behinderte waren schon immer dem Hohn und Spott ihrer Mitmenschen ausgesetzt. Behinderte Kinder wurden auch früher schon - oft lebenslänglich - von ihren Eltern versteckt. Behinderte Frauen waren auch schon vor 1992 Opfer von Vergewaltigungen. Auch vor Singers Thesen wurden neugeborene behinderte Kinder ohne Behandlung liegen gelassen.

Die Gewalt beginnt nicht erst beim Mordversuch oder einer Vergewaltigung. Einen Menschen an einem menschenwürdigen Leben zu hindern, ist ebenfalls Gewalt. Diese alltägliche Gewalt wurde in der Vergangenheit und wird auch heute nicht als solche registriert, weil die Fälle meist nicht so spektakulär waren bzw. sind, daß sie genügend Stoff für die Medien hergeben würden. Daß die Öffentlichkeit heute mehr darüber erfährt, ist gut und wichtig. Ich habe allerdings erhebliche Zweifel, ob Art und Häufigkeit der Berichterstattung die Grundeinstellung unserer Mitmenschen dauerhaft ändern wird. Wir werden in den Berichten immer noch als die "armen, bedauernswerten Krüppel" dargestellt und kaum jemand bemüht sich, etwas tiefer zu graben und sich mit der Einstellung der "braven Bürger" uns gegenüber zu beschäftigen bzw. über die Ursachen dieser Einstellung nachzudenken. Gerade das Wissen um diese Einstellung könnte für Behinderte evtl. einmal überlebenswichtig werden.

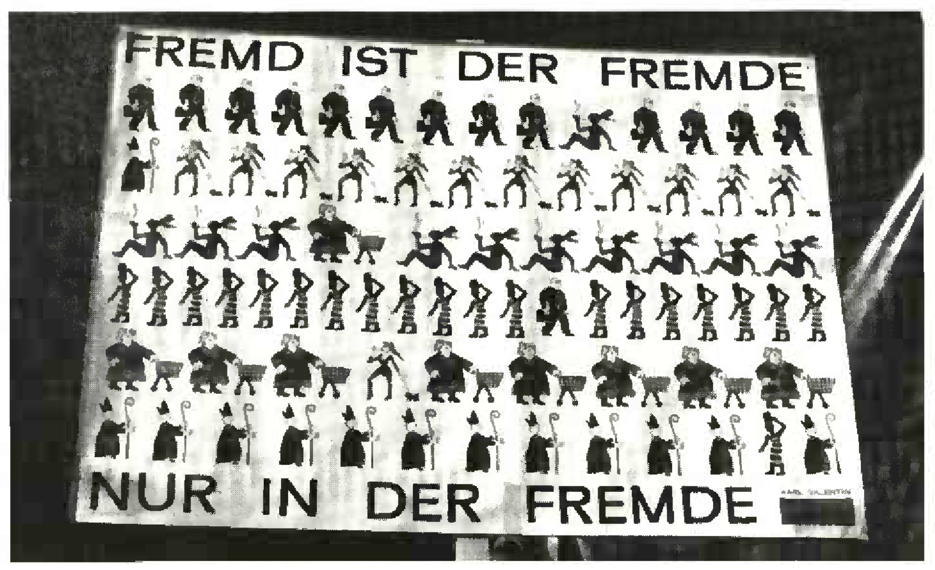


Foto: Ursula Aurien, Berlin

Wie sehen uns eigentlich unsere Mitmenschen?

Gesellschaftliche Einstellungen resultieren aus der Wahrnehmung. Nichtbehinderte nehmen uns in der Regel immer zuerst durch unsere oft andersartigen Lebensumstände und Bedürfnisse wahr. Das beginnt bei der Art unserer Fortbewegung, auf Krücken oder im Rollstuhl, bis hin zum daraus folgenden speziellen Toilettenhäuschen. Die Rampe am Rathaus, der Behindertenfahrdienst, die Pflegedienste, die "beschützende Werkstatt" und all die anderen Sondermaßnahmen und -einrichtungen bilden die Fixpunkte, durch die die nichtbehinderte Umwelt unsere Existenz hauptsächlich wahrnimmt.

Durch diese Wahrnehmungsweise und die Berichterstattung über die "guten Taten", die zu unserer Integration unternommen werden, werden Behinderte immer zuerst als gesellschaftliche Kostenfaktoren wahrgenommen. Das Bild vom "armen, hilflosen Krüppel", der Hilfe braucht und froh sein muß, wenn man sie ihm gewährt, hat sich in den letzten Jahren leider nicht sehr verändert. Nichtbehinderte machen mich in letzter Zeit, meistens indirekt, wieder häufiger darauf aufmerksam, daß meine Existenz eigentlich eine erhebliche Belastung für Staat und Steuerzahler sei. Welcher Behinderte wurde nicht schon mit dem Spruch genervt, daß in der Nachbargemeinde wieder ein Behindertenheim eingeweiht wurde und wieviel das wohl gekostet habe. Für Politiker und Funktionäre ist es stets ein willkommener Anlaß, bei der Eröffnung einer weiteren Sonder-Einrichtung darauf hinzuweisen, wie sehr man sich doch für uns einsetze und daß keine Kosten und Mühen gescheut würden, uns in die Gesellschaft zu integrieren. "Es wird doch viel für Euch getan", diesen Satz kennen wir wohl alle. Mit welchen Anstrengungen es zum Teil verbunden ist, diese vermeintlichen Annehmlichkeiten zu erkämpfen, will kein Mensch wirklich wissen, weil man sich ja dann näher mit seiner eigenen Einstellung gegenüber Behinderten beschäftigen müßte.

Ein weiterer Faktor, der die Einstellung Nichtbehinderter wesentlich beeinflußt, ist die Tatsache, daß sich Wissenschaftler, spätestens seit Herrn Singer, wieder laut über unsere Existenzberechtigung äußern. In Dissertationen beschäftigt man sich damit, daß die Gesellschaft "an jedem nicht geborenen Behinderten durchschnittlich 7,3 Millionen DM sparen" könne, was "bei 100.000 genetisch Geschädigten" 730 Milliarden bedeute (Spiegel 5/93). Spätestens hier bin ich als OI-Betroffener, dessen Behinderung genetisch bedingt ist, auch gemeint.

Unter diesen Umständen ist es auch nicht verwunderlich, daß sich die Forschung immer mehr mit der Vermeidung von Behinderung (Pränatale Diagnostik etc.) befaßt, anstatt mit der Verbesserung der Lebensbedingungen der lebenden Behinderten. Behinderung wird auch im wissenschaftlichen Diskurs mehr und mehr mit Leid, Not, Elend und vor allem mit Kosten verbunden. Obwohl der Diskurs streng wissenschaftlich geführt wird, gelangen Teile davon, meistens noch "unverdaut", bis an die Stammtische. Spätestens dort ist es vorbei mit der Wissenschaftlichkeit. Mischt man sich als Behinderter in die Stammtischversion dieses Diskurses ein, - der wissenschaftliche Diskurs findet sowieso ohne unsere Beteiligung statt - kommt meistens schnell die Antwort, daß man selbst natürlich nicht gemeint sei, was mich fatal an das Beispiel vom ausländischen Arbeitskollegen erinnert, den jeder hat und der ein prima Kumpel sei und der auch nie gemeint ist, wenn man gegen Ausländer hetzt. Es gehe ja "nur" um die, die sich überhaupt nicht selbst helfen könnten, für die der Staat für alles aufkommen müsse und die ja sowieso "nichts vom Leben hätten, weil es für sie nur eine Qual" sei. Spätestens hier sitzen Singer, Hackethal, Atrott und ihre Adepten mit am Stammtisch.

Konkurrenzneid

Durch die Art, wie uns die nichtbehinderte Öffentlichkeit wahrnimmt und wie man über unsere Existenzberechtigung diskutiert, stehen wir in einer Reihe mit anderen gesellschaftlichen Gruppen wie Alten, Sozialhilfeempfängern, Asylanten usw., die, je nach politischer Großwetterlage und Absicht, entweder als "Kostenfaktoren" (s. "Asylantenschwemme") oder als Beispiel guter Taten bedarfsweise hervorgeholt werden.

In Zeiten zunehmender wirtschaftlicher, politischer und moralischer Unsicherheit und Desorientierung erwecken derartige Darstellungs- und die daraus resultierenden Denkweisen sozialen Neid. Dieser Neid auf vermeintliche

Konkurrenz an den "Fleischtöpfen" ist übrigens nicht nur bei Nichtbehinderten anzutreffen. Auch von Behinderten höre ich oft genug, daß "für Asylanten, Ausländer, Asoziale usw. ja so viel Geld ausgegeben", aber niemand an uns Behinderte denken würde. Ich erspare mir hierzu einen weiteren Kommentar. Solche Denkweisen zeigen allerdings, daß die Kosten-Argumentation wirkt. Sozialneid, gepaart mit fortschreitender finanzieller und auch geistiger Verarmung unserer Gesellschaft sind Teil der Ursachen für die zunehmende Gewalt gegen Behinderte. Das Bild, das von uns in der Öffentlichkeit gezeichnet wird, fördert zumindest die Zunahme des Sozialneides.



Foto: Hans B. Engel, Wuppertal

Was können wir tun?

Die Forderung nach einem Anti-Diskriminierungs-Gesetz ist prinzipiell ein guter Ansatz. Es ist jedoch zu befürchten, daß ein solches Gesetz nichts an der Grundeinstellung der Bevölkerung ändern wird.
Seit den sechziger Jahren gibt es in den USA Gesetze gegen Rassendiskriminierung. An den Lebensumständen der Schwarzen hat sich bis heute trotzdem nicht viel geändert.
Wer ernsthaft glaubt, rechtsradikale Randalierer, unterstützt vom losgelassenen Mob, würden sich um Gesetze scheren, sollte spätestens seit Hoyerswerda, Rostock und Mölln klüger geworden sein. Verlassen wir uns auf die Ordnungshüter oder auf unsere Mitmenschen, dürften sich unsere Chancen im Alltag auch nicht wesentlich verbessern. Ich erinnere hier an den Fall der Rollstuhlfahrerin, die einen Überfall auf sich zur Anzeige brachte und zunächst seitens der Polizei darüber aufgeklärt wurde, froh zu sein, überhaupt noch zu leben. Der Überfall geschah am hellen Tage und in aller Öffentlichkeit. Niemand kam der Frau zu Hilfe. Diese Reaktionen wären wohl auch mit einem Anti-Diskriminierungs-Gesetz geschehen. Ein Gesetz, das die Rechte Behinderter klar und deutlich festlegt, wäre sicher ein Fortschritt in Bezug auf die Durchsetzung unserer Rechte gegenüber Behörden, Arbeitgebern etc., es wird allerdings nichts an der Grundhaltung der Nichtbehinderten uns gegenüber ändern.
Obwohl auch die Pädagogik nicht alles ändern kann, sehe ich größere Chancen für eine langfristige Einstellungsveränderung in integrativen Maßnahmen. Wenn behinderte und nichtbehinderte Kinder bereits im Kindergarten und in der Schule zusammenkommen, besteht wenigstens eine geringe Chance, daß sie als Erwachsene eine andere Grundeinstellung zueinander haben. Solange integrative Maßnahmen allerdings nicht die Regel sind, besteht auch in Zukunft die Gefahr, daß sie teilweise die Ursache dafür sind, daß wir hauptsächlich als "Kostenfaktoren" angesehen werden.
Ein weiteres, wenn auch kleines Beispiel ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Gäbe es einen behindertengerechten ÖPNV, wäre ein Großteil der Sonderfahrdienste überflüssig und Behinderte könnten an diesem Teil des Alltags teilnehmen. Es wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn Behinderte dann auch die gleichen Tarife zahlen würden. Damit wäre zumindest ein kleiner Teil des Sonderstatus, der das herrschende Bild vom "Sonderfall" weiter aufrechterhält, ausgeräumt.
Sämtliche integrativen Maßnahmen haben aber nur dann einen Sinn, wenn sie zu einer Selbstverständlichkeit werden und nicht, wie bisher, als "Wohltat" an uns dargestellt werden. Solange wir im derzeitigen Sonderstatus leben müssen, können wir lediglich versuchen, langfristig eine Einstellungsveränderung zu bewirken, indem wir unserer nichtbehinderten Umwelt tagtäglich selbstbewußt gegenübertreten, sie mit unserer Anwesenheit konfrontieren und damit zur Auseinandersetzung mit uns zwingen. Wenn man sich klar macht, wieviele behinderte Menschen nur allein in unserer Republik leben, sollte das nötige Selbstbewußtsein eigentlich vorhanden sein. Andere sogenannte Randgruppen haben gezeigt, daß massives und selbstbewußtes Auftreten, ohne ständiges Lamentieren, sehr wohl dazu führt, daß eine gesellschaftliche Gruppe ernst genommen bzw. toleriert wird.
Hierzu müßte allerdings endlich das "Betteln" um Anerkennung und das teilweise schon peinliche Ignorieren der eigenen Behinderung durch die Betroffenen selbst bzw. deren Funktionäre aufhören. Die Hackordnung zwischen den verschiedenen Behinderungsarten und den Verbänden müßte sich auflösen. Diskussionen darüber, ob geistig Behinderte gemeinsam mit Körperbehinderten an Sportwettkämpfen teilnehmen dürfen, was vorgekommen ist, dienen der Sache bestimmt nicht.
Wir müssen für uns selbst anerkennen, daß wir anders sind und uns selbst mit unseren körperlichen Unzulänglichkeiten akzeptieren. Wir sollten endlich damit beginnen, unsere Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und sie nicht Funktionären oder gar politischen Institutionen überlassen. Wir müssen eigene Lebensformen und damit auch eigene Formen konstruktiver Auseinandersetzung mit unserer nichtbehinderten Umwelt entwickeln. Die Krüppelbewegung ist ansatzweise in diesem Sinn aktiv. Andere Behindertengruppen und Organisationen sollten daraus lernen.
Wir werden damit zwar nicht verhindern, daß einigen von uns auch in Zukunft Gewalt angetan wird, das verhindern wir aber auch nicht, wenn wir weiterhin krampfhaft und unbedingt in allen Lebensbereichen mit den Nichtbehinderten mithalten wollen und darüber unsere spezifischen Lebensbedingungen und die daraus resultierenden Bedürfnisse weiterhin ignorieren. Nur die Behinderten selbst sind in der Lage, ihre tatsächlichen Bedürfnisse zu erkennen, zu artikulieren und sie durch eigene Initiativen zu verwirklichen.

Karlheinz Henn, Mühlheim a. Main

Weiter so Deutschland?! - Aber wohin???

(Neue) Gewalt in Deutschland

Obwohl in unserem Grundgesetz die Lebensrechte a l l e r Menschen (d.h. unberücksichtigt von Behinderungen) garantiert werden, erleben wir es gerade heutzutage immer häufiger und öfter, daß am Beispiel Einzelner sowie vor dem Hintergrund von Kosten-Nutzen-Analysen, immer weiter versucht wird, Menschenrechte "aufzuweichen". Auch die Politiker beteiligen sich an dieser "Menschenjagd", so daß sich der Druck auf einzelne Bevölkerungsgruppen weiter und weiter verstärkt. Anstatt an der Lösung von Sachfragen, die eigentlich die gesamte Bevölkerung angehen, intensiv zu arbeiten, wird in entwürdigender Weise schon seit langem über den sich immer noch weiter verschärfenden Pflegenotstand, die "Kostendämpfungs-Debatte im Gesundheitswesen", die Diskussionen über Euthanasie bzw. Eugenik oder den angeblichen Mißbrauch von Arbeitslosengeld, -hilfe sowie Sozialhilfe nachgedacht. Während es eigentlich zu den obersten Prinzipien eines "sozialen Rechtsstaats" gehören sollte, sozial schlechter gestellte Bürger durch die Solidarität der Besserverdienenden vor Schlimmerem zu bewahren, breiten sich Egoismus und Entsolidarisierung immer mehr aus. Bisher nicht erkannte oder unterdrückte Gefühle der Ablehnung gegenüber allem "Fremden oder Andersartigem" bahnen sich ihren Weg und ufern aus in brutalster Gewalt. Dabei machen sich gerade jene "Biedermänner" in der Bevölkerung, die schweigend bzw. tatenlos mitansehen, wie Schwächere anstelle der verantwortlichen Politiker "als Prügelknaben mißbraucht" werden, mitschuldig, indem sie die Gewaltanwendung tolerieren.

Zwar sind in der Bevölkerung Unmut, Ohnmacht und Erschütterung gewachsen, doch auch Gefühle der Resignation breiten sich allmählich aus. Wer einst meinte, daß es ausreichen würde, durch Lichterketten ein erstes Zeichen seines Widerstandes gegen Haß, Intoleranz sowie menschenverachtenden Rassismus (bzw. Biologismus) und Rechtsextremismus zu setzen, mußte sehr bald erkennen, daß Mensch durch die Medien für einen Werbefeldzug besonderer Art mißbraucht wurde; galt es doch vor allen Dingen jetzt, das Image der Deutschen im Ausland in für sie geeigneter Weise zu inszenieren, so daß auch die darüber berichtenden Sendeanstalten dabei noch ins rechte Licht gerückt werden konnten. Am eigenen Umgang derselben Medien mit der Darstellung von Gewalt, bspw. durch Reality-TV oder durch Spiel- bzw. Unterhaltungsfilme, hat sich aber m.E. in der letzten Zeit nur sehr wenig geändert; weiterer Nährstoff, u.a. bspw. für den Gewaltmißbrauch an den schwächsten, d.h. den wehrlosesten (behinderten) Familienmitgliedern wird bereitet.



Foto: Ursula Aurien, Berlin

Eine Regierung, die in der Vergangenheit kaum eine Gelegenheit ausließ, ausländische Machthaber an die Einhaltung der Menschenrechte zu erinnern, muß sich jetzt, wie ich meine, berechtigterweise vorwerfen lassen, daß sie bzgl. der Menschen im eigenen Lande mit "zweierlei Maß mißt".

Angefangen von Beschimpfung und Ausgrenzung über bewußt-/unbewußte Benachteiligung einzelner Minderheiten unserer Gesellschaft, erleben wir nun eine nicht abreißende Kette von Gewalttaten, die alles Bisherige, d.h. in den letzten 40 Jahren an Greueltaten Dagewesene, in den Schatten stellt. In dieses Szenario fügt sich auch das "Flensburger Urteil" "nahtlos" ein, bestätigt es doch schließlich nur einmal mehr den von Diskriminierungen verschiedenster Art geprägten Alltag behinderter, andersartiger, fremder Menschen "in diesem unseren Lande".

Obwohl es heißt, daß wir heute erst am Anfang einer großen Einwanderungsbewegung ärmerer Völker nach Europa stehen, bestimmen bereits jetzt Fremdenhaß, Neid und Intoleranz anstelle des Strebens nach sozialer Gerechtigkeit durch gegenseitige Rücksicht, sprich Mitmenschlichkeit, unseren Alltag. Oft genug erleben wir es, daß sich jeder ersteinmal selbst der "Nächste" ist.

Wie sieht es denn eigentlich mit unseren eigenen Ängsten gegenüber Fremden bzw. "Andersartigem" aus? - Haben nicht auch viele von uns bereits in früher Kindheit gelernt, daß wir uns vor "dem Schwarzen Mann" zu fürchten haben? - Haben Euch Eure Eltern nicht auch über etwaige Zusammenhänge zwischen dunklen (bösen) Gestalten sowie über kleine, häßliche und somit böse Gefahren unterrichtet?! Haben sie bereits ihren Standpunkt zur Akzeptanz behinderten Lebens entwickelt?

Wenn ich daran denke, daß meine Eltern damals, wie sie selbst erzählten, aus einem relativ unpolitischen Denken heraus, sowie vor dem Hintergrund des "Angst vor Schlimmeren-Verhaltens", bewußt oder unbewußt, einer verhängnisvollen Entwicklung mit Vorschub geleistet hatten, so frage ich mich, welche Einflüsse wir heute selbst und welche über das bisherige Maß hinausreichende Möglichkeiten wir nutzen können und müssen, um j e d e r für uns, u n s e r e n Einfluß geltend machen zu können. Trotz aller zweifellos berechtigten Angst dürfen wir es uns m.E. nicht nehmen lassen, von Anfang an, Zivilcourage und Menschlichkeit ersteinmal vor zu"leben", bevor wir sie bei den "Anderen" vergeblich erwarten. Gegenüber jenen zu uns imigrierten Menschen haben wir auf alle Fälle den

"Vorteil", über authentische Erfahrungsberichte unserer Eltern verfügen zu können. Auf ihren "Einfluß" gründet sich schließlich auch unsere eigene Einschätzung über die "Anderen", und natürlich können wir unsere eigene, u.U. auch diskriminierende Einschätzung gegenüber den vermeintlich Anderen nicht losgelöst davon betrachten. Wenn wir uns bewußt machen, welche Einflüsse allein schon durch unser Elternhaus unser aller Menschenbild mit geprägt haben, brauchen wir uns m.E. auch nicht zu wundern, daß es mehr als 40 Jahre engagierter "Behindertenarbeit" der traditionellen Behinderten-Verbände (in den alten Bundesländern) nicht zu leisten vermochten, Lebensperspektiven und Rechte behinderter Bürger als selbstverständlich und somit als positiv zu empfinden und darzustellen.

Nur wenn es Mensch gelingt, die eigene Persönlichkeit als unverzichtbaren Teil der Gesellschaft zu sehen und sich selbst, über das Maß seiner angeblichen "Defizite" hinaus, durch seine verschiedenartigsten, höchst persönlichen Eigenschaften, d.h. "Stärken", als dazugehörig zu begreifen, kann es m.E. gelingen, auch dem Rest der Menschheit den eigentlichen Sinn s e i n e s Lebens im Zusammenleben mit all den A n d e r e n klarzumachen und überzeugend darzustellen; alte Denkmuster gilt es zu überwinden.

DOKUMENTATION

18.12.92

Betr.: Berichterstattung über Rechtsradikalismus im letzten Jahr, "Flensburger Urteil" diffamiert Behinderte

Im zuendegehenden Jahr 1992 hat der Rechtsradikalismus in Deutschland enorm zugenommen. Die Übergriffe auf Ausländer und Flüchtlinge haben sich in erschreckend hohem Maß gehäuft. Wir, die Azubis (und Mitarbeiter) der Berufsbildungsstätte für Behinderte der Karlshöhe Ludwigsburg meinen, daß dies nur die Spitze des Eisberges ist.
Angriffe auf Flüchtlinge, Ausländer, antisemitische Anschläge und Übergriffe und auch in zunehmendem Maße Übergriffe auf Behinderte, sind für uns mehr als genug Anlaß, uns von rechten Gewalttätern zu distanzieren. Wir haben Angst! Es geht nicht nur um unseren eigenen Schutz, sondern vielmehr darum, daß kein Flüchtling, kein Ausländer, kein Behinderter, kein Homosexueller, kein Obdachloser, kein alter und kranker Mensch und kein andersdenkender in Deutschland Angst haben muß, von Rechtsradikalen und ihren "schweigenden und wegschauenden Helfern" angegriffen oder diskriminiert zu werden.

Wir solidarisieren uns mit den Opfern rechtsradikaler Übergriffe und verurteilen jegliche Art von Gewalt und Diskriminierung.

Die Auszubildenden der Karlshöhe Ludwigsburg

gezeichnet:
Wohngruppen Westen, Osten und Wohnheim

"EUTHANASIE" IN HOLLAND

Der folgende Artikel von Chris Rutenfrans erschien im Okt. 92 (NR. 81 /S.15/16) im GEN-ETHISCHEN INFORMATIONSDIENST (GID). Er wurde vor der im Februar 93 in den Niederlanden erfolgten gesetzlichen Legalisierung der Tötung auf Verlangen verfaßt. Angesichts der aktuellen "STERBEHILFE-EUPHORIE" halten wir es aber nach wie vor für wichtig, die Bedenken und Einwände von Rutenfrans darzustellen. Aus Platz-Gründen erscheint der Artikel leider erst in dieser Randschau-Nummer.

Mit der "Singer-Debatte" ist auch in Deutschland ein Thema wieder offiziell diskutabel geworden, das aufgrund der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus lange Zeit in Verruf geraten war: die "Euthanasie". Diejenigen, die die Tötung behinderter Neugeborener und die sogenannte Sterbehilfe für Schwerkranke legitimiert wissen wollen, verweisen gern auf die liberalen Regelungen in Holland. Dort, so heißt es, sei die Diskussion unvoreingenommen und frei von moralischem Ballast vergangener Verbrechen. Immer mehr holländische Ärzte bekennen offen, ihre Patienten getötet zu haben und ernten Billigung, Verständnis, Lob (siehe GID 76). Der niederländische Kriminologe Chris Rutenfrans beschreibt, wie die "Euthanasie" in Holland allmählich in den medizinischen Alltag integriert - und bürokratisiert - wird. Jährlich werden etwa fünf Prozent aller Menschen, die in Holland sterben, Opfer der "Euthanasie", ohne daß sie zuvor den Wunsch nach "Sterbehilfe" geäußert hätten.

Seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Niederlande das erste und einzige Land in der westlichen Kultur, in dem das Töten von Patienten durch Ärzte, obwohl es gesetzlich verboten ist, in der Praxis erlaubt ist. 1991 führte die Remmelink-Kommision *(eine staatliche Kommision, benannt nach ihrem Leiter, einem in Holland sehr bekannten Rechtsanwalt, d. Red.)* eine Untersuchung über die "Euthanasie"-Erfahrungen von Ärzten in Holland durch. Insgesamt sterben jährlich etwa 130.000 Menschen in Holland. Die Untersuchung ergab, daß pro Jahr 9.000 Menschen einen Arzt bitten, sie zu töten. In 2.300 Fällen wird diesem Wunsch nachgegeben. Außerdem töten Ärzte jährlich etwa 1.000 Kranke, die nicht um den Tod gebeten haben. Schließlich sterben 22.500 Menschen, weil ihnen eine lebensverlängernde medizinische Behandlung nicht gewährt oder weil sie abgebrochen wird. In 16.700 Fällen geschieht dies ohne das Wissen oder den Willen des Kranken. Bei etwa einem

Drittel dieser Menschen wird die Behandlung nicht aus medizinischen Gründen unterlassen oder beendet, sondern mit dem Ziel, ihr Leben zu verkürzen. Dies bedeutet, daß das Leben von fast 6.000 Patienten durch unterlassene Hilfeleistung beendet wird. Die Zahl der Fälle, in denen "unfreiwillige Euthanasie" praktiziert wird, liegt damit bei 7.000.
Die Entscheidung, eine medizinische Behandlung zu beenden oder gar nicht erst anzufangen, kann natürlich gerechtfertigt sein - wenn nämlich diese Behandlung medizinisch gesehen sinnlos ist. Es ist zum Beispiel sinnlos, eine schmerzhafte Chemotherapie fortzusetzen, wenn man sicher ist, daß man damit den Krebs nicht zurückdrängen kann. In den letzten Jahren wird es jedoch in manchen Medizinerkreisen in Holland für akzeptabel gehalten, eine Behandlung zu unterlassen, weil man das Leben eines Patienten sinnlos findet. Eine Kommission der größten niederländischen Ärztevereinigung, KNMG (Königlich Niederländischer Verein zur Förderung der Medizin) hielt es zum Beispiel für erlaubt, Neugeborene zu töten, wenn ihr Leben "nicht zu leben" sei. (Die Formulierung "lebensunwert" wurde bewußt vermieden, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß hier ein Werturteil gefällt wird.) Dabei wurden folgende Kriterien zugrundegelegt: Der Umfang des Leidens sollte eingeschätzt werden, die Fähigkeit zur Kommunikation, die Möglichkeit, selbständig und unabhängig von medizinischer Hilfe zu existieren, die Fähigkeit zu hören, zu sehen, zu lesen, zu schreiben und zu arbeiten sowie die Lebenserwartung. Meiner Meinung nach sind diese Kriterien so allgemein und subjektiv, daß man fast jedes Leben als "nicht zu leben" beschreiben kann.
In Holland werden diese Kriterien jedoch in der medizinischen Praxis angewandt. Jährlich werden 300 Neugeborene durch aktives Handeln oder durch Unterlassung getötet. Vor einigen Jahren ist bekannt geworden, daß einem Neugeborenen mit Down-Syndrom eine einfache Darmoperation auf Wunsch der Eltern versagt wurde, mit der Absicht, das Kind sterben zu lassen. Der Oberste Gerichtshof hat diese Entscheidung gebilligt.

Vorübergehende Todeswünsche

Gegner der "Euthanasie" als einer normalen medizinischen Handlung haben vor Jahren schon gewarnt, die medizinische Tötung auf Wunsch eines Patienten werde zur medizinischen Tötung ohne die Äußerung eines derartigen Wunsches führen. Ihre Befürchtung hat sich bestätigt. Die "unfreiwillige Euthanasie" liegt bereits im Wesen der "freiwilligen Euthanasie" begründet. Schließlich kann man sich fragen, inwiefern eine Bitte, getötet zu werden, wirklich aus freiem Willen geäußert wird.
In erster Linie kommt der Wunsch, getötet zu werden, von ernsthaft Kranken, die Angst und Schmerzen haben. Diese Menschen sind weniger frei als Gesunde. Außerdem sind sie oft wechselnden Gemütszuständen unterworfen. Im ersten Moment möchten sie tot sein, und im folgenden Moment möchten sie das genau nicht sein. Die Gefahr ist groß, daß Menschen schließlich gegen ihren Willen getötet werden, weil der Arzt auf einen vorübergehenden Todeswunsch des Patienten eingeht.
In zweiter Linie ist die Gefahr gegeben, daß bei "Euthanasie"-Wünschen die Betroffenen nicht selbst entscheiden, sondern daß eigentlich andere über sie bestimmen. Der Wunsch, getötet zu werden, kann nämlich auf Druck von Menschen zustande gekommen sein, die auf die eine oder andere Art ein Interesse am Tod des Betroffenen haben. Aus der einzigen bisher in holländischen Krankenhäusern durchgeführten Studie über "Euthanasie" geht hervor, daß die Familie viel eher und öfter den Wunsch äußert, den Patienten töten zu lassen als der Patient selbst.
Die rechtliche Anerkennung der "Euthanasie" kann dazu führen, daß Familienmitglieder, zum Beispiel aus Mitleid oder weil sie den ewigen Krankenhausbesuch leid sind, durch eine mehr oder weniger subtile Art und Weise einen derartigen Druck auf den Patienten ausüben, daß dieser - scheinbar freiwillig - den Wunsch äußert, von einem Arzt getötet zu werden.
Auch Ärzte könnten den Wunsch nach "Euthanasie" hervorlocken. Sie können dem Patienten durch eine geschickt gewählte positive oder negative Aussage himmelhohe Hoffnungen machen oder ihn in tiefste Trauer stürzen. Außerdem ist die Beziehung zwischen Arzt und Patient ein sehr ungleiches Machtverhältnis. Das Verschwinden der religiösen Metaphysik hat den Arzt zum neuen Hohepriester gemacht. Er weiß, was das Beste für den Patienten ist. Wenn er "Euthanasie" für das Beste hält, können nur wenige Patienten Widerstand dagegen leisten. Ein Internist hat darauf hingewiesen, daß er, wenn er wollte, alle seine Patienten zu der Bitte zwingen könnte, ihrem Leben ein Ende zu machen: "Das einzige, was ich zu tun bräuchte, ist, viel Zytostatika *(Stoffe, die Zellwachstum und Zellteilung hemmen, insbesondere bei Tumorzellen, d. Red.)* spritzen, Schmerzen ignorieren und vor allem wenig Zeit für den Patienten aufwenden."



Anti-Sterbehilfeaktion auf der Rehabilitationsmesse REHA '88

Hauptsache, das Formular ist richtig ausgefüllt

Die Regierung hat entschieden, das gesetzliche Verbot der "Euthanasie" aufrecht zu erhalten. Die Zustimmung des niederländischen Parlaments steht noch aus, gilt aber als sicher. Ärzte, die "Euthanasie" praktiziert und dabei die sogenannten Sorgfaltsanforderungen erfüllt haben, werden aber von der Staatsanwaltschaft nicht angeklagt. Das bedeutet, daß "Euthanasie" strafflos bleibt. Die Sorgfaltsanforderungen lauten folgendermaßen:
1. Der Arzt muß aufgrund einer "wohlüberlegten Bitte" oder eines dauerhaften Verlangens getötet haben, eventuell dokumentiert durch eine vorherige schriftliche Erklärung des Betroffenen selbst.
2. Der Betroffene muß an einer Krankheit leiden, die aus medizinischer Sicht unheilbar ist.

3. Das Leiden muß vom Betroffenen als unerträglich oder ernsthaft erfahren werden; die Sterbephase braucht noch nicht begonnen zu haben.
4. Der Betroffene muß die Situation, in der er sich befindet und die Alternativen, die für ihn zur Verfügung stehen, sehr gut realisieren, so daß davon gesprochen werden kann, daß er/sie wirklich entscheidungsfähig ist.
5. Eine andere gute Lösung, um die Situation zu verbessern, darf nicht vorhanden sein.
6. Die Entscheidung zur "Euthanasie" muß in Absprache mit einem anderen Arzt erfolgen.

Diese Kriterien sehen sehr gut aus. In der Praxis sind sie jedoch schwierig zu kontrollieren und werden auch kaum kontrolliert. Die Staatsanwaltschaft überprüft nur, ob das Formular korrekt ausgefüllt ist. Wie zu erwarten war, ist der Tod aus Mitleid bürokratisiert worden.

Hinzu kommt, daß - natürlich - nur Ärzte, die die genannten Anforderungen erfüllt haben, die "Euthanasie" bei der Staatsanwaltschaft anzeigen. Alle anderen schweigen.

Indem die medizinische Tötung akzeptiert wird, steht es den Ärzten fast völlig frei, ihre Patienten zu töten oder nicht. Kontrolle ist kaum möglich und wird nicht ausgeübt. "Euthanasie" ohne das Wissen des Patienten geschieht häufiger als die sogenannte "freiwillige Euthanasie". Mir erscheint es besser, alles zu tun für die Schmerzbekämpfung und für ein gutes Verhältnis mit und eine gute Sorge für Alte, Behinderte und Kranke, anstatt Energie in die Propaganda für und die Praktizierung von "Euthanasie" zu stecken. Der ungarische Schriftsteller György Konrad hat geschrieben: "Rechtfertigungen, welchen Menschen man töten darf und welchen nicht, sind Ideologien ... Ich schlage vor, daß jede Form des Tötens Mord ist." Wenn man die "Euthanasie" einmal akzeptiert hat, in welcher Form auch immer, ist es unmöglich, den Geist wieder in die Flasche zu stoßen.

Chris J. C. Rutenfrans, Niederlande

Die Tötung 'behinderter' Neugeborener soll in den Niederlanden legitimiert werden

Im Februar 1993 verabschiedete das niederländische Parlament rechtliche Regelungen für Euthanasiehandlungen. Die "PatientInnentötung auf Verlangen" bleibt zwar weiterhin strafbar, aber wenn sich die ÄrztInnen an bestimmte Vorschriften halten, wird keine staatsanwaltschaftliche Ermittlung eingeleitet - sie bleiben straffrei. Im Schatten dieser Euthanasie-Diskussion veröffentlichte die 'Niederländische Vereinigung der Kinderärzte' im November 92 den Bericht "Doen of laten?" (Tun oder Lassen?). In diesem Bericht werden Richtlinien vorgeschlagen, die auch die 'Tötung ohne Verlangen' offiziell legalisieren sollen. Die Regelungen richten sich gegen behinderte Neugeborene und gehen in der Substanz weit über das hinaus, was hierzulande in dem Maßnahmekatalog der Einbecker Erklärung diesbezüglich gefordert wird. Bereits unter den jetzt geltenden Regelungen werden in Holland ca. 400 - 500 Tötungen von Neugeborenen amtlich gemeldet. Die Gesamtzahl dürfte allerdings um einiges höher sein, da viele Ärzte die Meldeprozeduren scheuen und lieber eine 'Totgeburt' verzeichnen, als sich dem - in der Praxis unwahrscheinlichen - Risiko der Strafverfolgung auszusetzen.

Kern des niederländischen Entwurfs ist die Umdefinierung von (intensiv-) medizinischen Maßnahmen als "lebensverlängerndes medizinisches Handeln", wenn die Neugeborenen behindert sind: Für diese soll hiernach etwa die künstliche Ernährung (Magensonde) bereits als "lebensverlängernde Maßnahme" gelten.

In der Auflistung medizinischer 'Handlungsalternativen' wird die (zukünftige) Abhängigkeit von medizinischer Behandlung zum zentralen Kriterium eines nicht "selbständig lebbaren Lebens" bzw. einer zu erwartenden "schlechten Lebensqualität". Hierbei wird in Verdrehung von Tatsachen argumentiert, daß mit dem Nichtbeginn bzw. dem Abbruch der Behandlung automatisch der Sterbeprozeß einsetzen würde. Aus der Tatsache, daß Neugeborene diese Nichtbehandlung oftmals noch längere Zeit überleben, wird allerdings nicht auf die Fehlerhaftigkeit medizinischer Prognosen geschlossen, sondern - im Gegenteil - die aktive Tötung durch Medikamente "zur Milderung und Verkürzung der Leiden" gerechtfertigt.

Bereits im Dezember 92 wurde dieser Entwurf als offizieller Bericht des Verbandes akzeptiert. Im Gegensatz zur 'Euthanasie' ist die 'Tötung ohne Verlangen' in Holland nicht so breit in der Bevölkerung akzeptiert. Aber weder in der Öffentlichkeit noch in den Fachverbänden gibt es eine organisierte Opposition. Die Euthanasie-BefürworterInnen sitzen bis in die Spitze des Gesundheitsministeriums hinein in Schlüsselpositionen und verstehen ihre Argumentationsfeldzüge stets mediengerecht zu inszenieren.

Hans-Jürgen Jonas, Köln

Literatur:

Nederlandse Vereniging voor Kindergeneeskunde (Hrsg): Doen of laten - Grenzen van het medisch handelen in de neonatologie. Utrecht 1992

DATES

1.-3. Juni 1993 - SEXUELLE AUSBEUTUNG BEHINDERTER MÄDCHEN UND FRAUEN, Neu-Anspach im Taunus, mit Aiha Zemp und Velia Stoppa (Schweiz) Für behinderte Frauen und (nb) Mitarbeiterinnen/Helferinnen, die in der Aufklärungsarbeit gegen sexuelle Ausbeutung von behinderten Menschen multiplikatorisch tätig werden wollen. Kosten: 250,- DM. Veranstalter: **Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter - bifos** Anmeldungen (bis 5. Mai) **z.Hdn. Gisela Hermes, Kurt-Schumacher-Str. 2, 3500 Kassel**

18.-20. Juni 1993 - Seminar: "Wo kriegen wir die Kohle her?" - Finanzierung - Fundraising - Spenden - Sponsoring. Für Mitarbeiter aus Projekten, die die aktive Geldbeschaffung vorantreiben wollen, m. Hans-Dieter Weidosch. TN-Preis: 75,-DM. **Anmeldeschluß 1.6.93. Veranstalter bifos (Adresse s. a.a.O.)**

14. - 28. Juni 1993 - 2-wöchiger **FRIEDENSMARSCH** von Paris und Beirut über Wien nach Belgrad. Ein Zeichen gegen Gewalt und Intoleranz. Veranstalter: die französische Organisation von Körperbehinderten GIHP und Disabled Peoples' International. **Infos: Tel. 0033 1 43 95 05 96 Fax 0033 1 45 40 40 26**

25. - 27. Juni 1993 bundesweites Treffen der Krüppel- und Behinderteninitiativen in der JH Melsungen. Thema: Rassismus/Biologismus. TN-Betrag: 35,00 DM. **Anmeldung bei: Annette Helbig, Nelkenstraße 26, 6800 Mannheim 31.**

25. - 27. Juni 1993, Tübingen, SELBSTVERTEIDIGUNG FÜR FRAUEN MIT BEHINDERUNGEN mit Lydia Zijdel (Amsterdam), Kosten: 160,- DM. Veranstalter: Koordinationstreffen Tübinger Behindertengruppen, sofort anmelden, **Tel. 07071/26969**

9.-11. Juli 1993 Seminar: "ChefIn sein ist nicht so schwer" - Behinderte Menschen als ArbeitgeberInnen für ihre AssistentInnen. Für behinderte Menschen, die auf Pflegekräfte angewiesen sind und diese selbst anstellen wollen. Teamer: Uwe Frehse, Kassel und NN. (Trainer für Personalführungskurse). TN-Betrag: 100,00 DM. **Anmeldeschluß 25.6.93. Veranstalter: bifos (Adresse s. o.)**

28. - 31. Oktober 1993, Köln Grenzen überwinden - SELBSTBESTIMMT LEBEN Kongreß von und für Menschen mit Behinderung. Veranstalter: BV für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., **Tel. 0211/62 66 51**

Wie Täter zu Opfern werden

Tagung 'Vom Recht auf Anderssein

27./28. April 1993. Maternus-Haus Köln. Der Tagungstitel "Vom Recht auf Anderssein" verspricht Aufmüpfigkeit und Widerspruch. Der Untertitel rückt den Eindruck wieder gerade: "Anfragen von Selbsthilfegruppen an pränatale Diagnostik und humangenetische Beratung". Eingeladen zum tete a tete zwischen Humangenetikern und Betroffenen (wer immer sich da angesprochen fühlen mag) haben die Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte und der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte.

DIALOG lautet die Zauberformel, die wie ein magisches Wort zwei Tage lang alles zusammenzuhalten scheint. Nach zwei Tagen hat der Dialog seine Pflicht erfüllt er kann als solcher in die jeweilige Geschichte eingehen. Auf der abschließenden Pressekonferenz sind die Damen und Herren Humangenetiker nicht mehr vertreten.

Kann humangenetische Beratung bzw. pränatale Diagnostik Akzeptanz von Behinderung herstellen oder erhöhen? Niemand der anwesenden VertreterInnen aus den Reihen der Veranstalter/ Vorbereitungsgruppe sieht sich in der Lage, diese Frage mit ja zu beantworten. Im Gegenteil, humangenetische Beratung und pränatale Diagnostik fordern zu einer Bewertung von behindertem Leben geradezu heraus, mit der Folge einer automatischen ENTwertung. Wilma Kobusch, die bei der Vorbereitung mitmachte und auch in einer Podiumsrunde "Leben auf dem Prüfstand? - Prävention und Menschenwürde" vertreten ist, bescheinigt den Humangenetikern gar die "Unschuld von Waffenhändlern". Dann stellt sich natürlich die Frage, in welche Richtung der so heftig beschworene Dialog gehen soll.

KEIN DIALOG MIT DEN SELEKTIONSDIAGNOSTIKERN. Unübersehbar ist die Forderung auf einem Transparent am Eingang zum Maternus-Haus zu lesen. Diejenigen, die am Morgen des 27. April ins Haus, sprich zur Tagung wollen, müßten schon die Augen zumachen, wollen sie diese Aussage nicht zur Kenntnis nehmen. "Prof. Dr. Kinderglück" und "Prof. Dr. Glücksbaby" wollen dazu noch wissen, ob sie denn ihren Genetik-Paß dabei hätten. Noch kann keineR damit dienen.

Boykott bzw. Absage der Tagung lautet im Vorfeld die Forderung des bundesweiten Anti-Euthanasie-Forums. In seinem 'Kölner Manifest' heißt es: "Humangenetik und Pränataldiagnostik sind selektive Erfassungstechniken. Ihr Ziel ist die Aufspürung aller 'angeborenen Fehlbildungen' und 'Defekte'". Auf dem Hintergrund finanzieller Kürzungen und Streichungen, dem gleichzeitigen Ausbau von Humangenetik und Pränataldiagnostik und der "akademisch organisierten Euthanasie-Debatte und wissenschaftlich sich nennender Tötungsdiskurse sowie der alltäglich zunehmenden rassistischen Gewalt gegen Einbindung von KritikerInnen als eine Methode der Akzeptanzschaffung durchaus eingeplant!"

Von der grundsätzlichen Unvereinbarkeit eines Dialogs zwischen Humangenetik und 'Betroffenen' einmal abgesehen, richtet sich der Protest insbesondere an die Adresse von Wolfgang Holzgreve, Leiter des Bereichs pränatale Medizin an der Universitäts-Frauenklinik Münster, BefürworterInnen wie KritikerInnen der Pränataldiagnostik wohl bekannt. Holzgreve zeichnet u.a. mitverantwortlich für eine Empfehlung der Bundesärztekammer, worin die flächendeckende Erfassung behinderter Neugeborener angestrebt wird (vgl. Meldung im Magazinteil). Er hat mitnichten eine "Durchsiebung aller Schwangeren" im Sinn, betont er, das was er wirklich möchte, ist: immer mehr helfen. Die Einbindung der 'Betroffenen' in die machtvolle Normsetzung für menschliches Leben ist das, was den Damen und Herren HumangenetikerInnen noch fehlt. So findet es Herr Holzgreve verständlicherweise schade, wenn 'Betroffene' nicht mitdiskutieren wollen, sich dem miteinander gar gänzlich verweigern. Auch von Veranstalterseite wird betont, wie wichtig dieses miteinander sei.

Fotos: Ursula Aurien, Berlin

Holzgreve im Dialog, daneben Lebenshilfe-Vertreter Krebs und der Moderator Radtke (v.l.n.r.)

Behinderte trägt die Praxis von Humangenetik und Pränataldiagnostik dazu bei, daß behinderten Menschen faktisch das Lebensrecht entzogen wird! ... Statt den unverändert selektiven Charakter der Diagnostiktechnologie als menschenverachtend und abschaffenswert zu kennzeichnen, wird mit der Forderung nach einem 'Recht auf Anderssein' das Problem individualisiert. Darüber hinaus wird den SelektionsdiagnostikerInnen die Gelegenheit gegeben, sich mit Sätzen wie der "rein individuellen Hilfestellung für Ratsuchende" in Szene zu setzen und den Mythos vom bevölkerungspolitisch "neutralen Angebotscharakter der Technik" zu entfalten. Dabei ist die Dahinter steckt offensichtlich ein unerschütterliches Vertrauen in den guten Willen der Humangenetikerzunft. Es reicht offenbar, wenn jeder einzelne seinen Willen zu helfen bekundet - Holzgreve ist da nicht untypisch.

Mit der Geschichte der Eugenik, mit einem strukturellen Ansatz von Auslese und Aussonderung, mit einer tödlichen Wertsetzung für behinderte Menschen, mit den aktuellen Tendenzen der Bioethik (dazu wird Michael Wunder referieren) haben die Humangenetiker und Pränataldiagnostiker nichts zu tun. Im Gegenteil: Niemand kümmert sich so um die Behinderten wie wir, klagt eine Sozialarbeiterin, die in der Humangenetik arbeitet. Die

Bioethik gehöre nicht zum Bereich der Humangenetik, dazu könne man keine Stellung beziehen, heißt es lapidar an anderer Stelle. Dagegen fällt es der Humangenetik zu “objektive Informationen über eventuelle Behinderungen zu geben” (Resolution zur Tagung “Dialog zwischen Selbsthilfegruppen und Humangenetikern” v. 29.11.-1.12.1991 in Bonn).



Foto: Ursula Aurien, Berlin

Was die einen sagen, brauchen die anderen nur zu glauben. Man muß sich gegenseitig helfen, lautet das Motto. Und so setzen etliche Selbsthilfe-gruppen, Betroffene, Verbände, Eltern ihre ganze Hoffnung ausgerechnet in die Technik (und ihre Betreiber), die die Nachfrage zur Auslese erst möglich gemacht hat und weiter vorantreibt.

Zwar verweigern sich viele behinderte Menschen diesem ungleichen Spiel und stören so die Harmonie der Gutgläubigkeit. Dafür erhalten die HumangenetikerInnen jetzt prominente Rückendeckung von dem Psychiater Klaus Dörner. Großes Mitgefühl und Verständnis äußert Dörner für seine Kollegen. Die Verbände hätten es nicht geschafft, die Humangenetiker in ihrer Hilflosigkeit zu erreichen. Immer wieder in die Verteidigung gezwungen, hätten die viel lieber - er sei Mediziner genug, um das nachvollziehen zu können - auch von ihren Schwierigkeiten, von ihrer Hilflosigkeit, von ihrem Ausge-liefertsein auch an ihre eigene Technik gesprochen. Sie hätten sich nur nicht getraut. Und wegen der unpolitischen Mediziner-Ausbildung, wüßten sie gar nicht, in welchem politischen Raum sie sich bewegen. Sie könnten die Kritik, die Fragen, gar nicht verstehen.
Nach der Hilflosigkeit der PhilosophInnen nun also die Hilflosigkeit der HumangenetikerInnen?

Das Bemühen der Humangenetiker und Pränataldiagnostikern um den Dialog kann nicht verwundern. Dagegen läßt die Haltung der Verbände und Selbsthilfegruppen der Eindruck einer gewissen Absurdität entstehen.

Denn die Gefahren, die mit der Etablierung der Selektion durch humangenetische Beratung und pränatale Diagnostik für behinderte Menschen verbunden sind, die Folgen, die sich daraus ergeben; all das wird durchaus gesehen, benannt, beschrieben, es wird davor gewarnt und es soll Mut gemacht werden zu einem 'Recht auf Anderssein'. Dabei geben sich alle betont moderat. So findet sich eine kritische Stellungnahme aus den eigenen Reihen in der Pressemappe der Veranstalter: “Eine Diskussion über das Lebensrecht behinderter Menschen kann nicht zugelassen werden. ... Pränatale Diagnostik darf kein Selektionsinstrument sein. Die Entscheidung für ein Kind muß unabhängig sein von Qualitätsmerkmalen und Normalitätskriterien. ..." fordern die Clubs und Gruppen behinderter und nichtbehinderter Jugendlicher in einer Resolution v. 1.4.1990.
Selbst das 'Kölner Manifest' des Anti-Euthanasie-Forums mit dem Boykott-Aufruf bzw. der Forderung nach Absage der Tagung findet sich in der Mappe. Offenheit nach allen Seiten.

Fraglich bleibt allerdings nach wie vor, was sich die Selbsthilfegruppen und Behinderten-Verbände eigentlich von dieser 'Kritischen Auseinandersetzung', die sie immer wieder beschwören, versprechen.
Offen bleibt auch, warum sich diejenigen, die es doch eigentlich besser wissen müßten - Klaus Dörner, Michael Wunder, Peter Radtke, Fredi Saal, Wilma Kobusch, Eva Schindele, Claus Fussek - von der Humangenetik umarmen lassen.

Ursula Aurien, Berlin

Man wird mit uns rechnen müssen!

Nachfolgend drucken wir die Rede von Horst Frehe, gehalten im Rahmen der 'Europaweiten Protest- und Informationswochen für die Gleichstellung behinderter Menschen' bei der Kundgebung am 5.5.93 auf dem Grasmarkt in Bremen, in der Überarbeitung von Swantje Köbsell. Um ausreichend Platz für die Rede in dieser Ausgabe der 'randschau' zu schaffen, mußte ein Beitrag von Ottmar Miles-Paul als Einschätzung der Aktivitäten zum ADG entfallen. Die Einschätzung war durchweg positiv.



Liebe Freunde,

als dem erwerbsunfähig gewordenen Esel das Futter entzogen wurde, der gehbehinderte Hund befürchten mußte, von seinem Herrn totgeschlagen zu werden, die zahnlose Katze ersäuft und dem impotenten Hahn der Kopf abgeschlagen werden sollte, schlossen sich die Bremer Stadtmusikanten zur ersten Behindertengruppe zusammen, zogen nach Bremen und eroberten sich dort zum Schrecken der Bevölkerung ein Haus.

Hier stehen wir nun heute als würdige Nachfahren der Bremer Stadtmusikanten und lassen uns nicht mehr wegschicken, sondern demonstrieren für gleiche Menschen- und Bürgerrechte, die nichtbehinderten Bremern selbstverständlich gewährt werden.

Wir werden immer wieder gefragt: "Brauchen wir ein 'Gleichstellungsgesetz' für Behinderte?" "Werden überhaupt Be-hinderte in unserer Gesellschaft diskri-miniert?" "Kann man denn mit solch einem Gesetz überhaupt das gesell-schaftliches Verhalten ändern?"

In anderen Ländern ist die Frage längst entschieden. In den USA gibt es seit 1990 den Americans with Disability Act. In Kanada ist ein Diskriminierungsverbot für Behinderte in der Verfassung festgeschrieben, in Australien gibt es seit diesem Jahr ein Antidiskriminierungsgesetz und in Frankreich gibt es bereits seit 1990 ein strafrechtlich orientiertes Antidiskriminierungsgesetz.

Nur bei uns wird in der politischen Öffentlichkeit noch immer auf die guten Sozialgesetze, insbesondere auf das Schwerbehindertengesetz, verwiesen und mehr auf Aufklärung und Überzeugung gesetzt, wie das folgende Zitat eindrucksvoll belegt. *"...Behinderte als einen natürlichen Teil unserer Gesellschaft zu verstehen und das eigene Verhalten darauf einzurichten, das ist Voraussetzung für die Integration der Behinderten in die Gesellschaft. Sie kann nicht durch Gesetz verordnet werden. Um dieses Verständnis zu wecken, um für die Anliegen und Belange der Behinderten zu kämpfen, bedarf es sicherlich auch in den nächsten Jahren noch intensiver Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit..."* (Dr. Horst Cramer, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 10. Juni 1980 in Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, BEHINDERTE - EINE VERNACHLÄSSIGTE Minderheit, Bonn 1980, S. 10.)

Diese Äußerung ist bereits 13 Jahre alt. Doch hat diese Strategie Erfolg gehabt? Wird berücksichtigt, daß weniger die allgemeine Bevölkerung eine bessere Teilhabe Behinderter verhindert, als vielmehr die Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung und Unternehmen? Nicht die einfachen Bürger, sondern Politiker und Verwaltungsleute sind unser Problem.

Gesetze können nicht ausschließen, daß Menschen sie übertreten. Dafür sehen sie ja Sanktionen vor. Man kann am Schwerbehindertengesetz deutlich sehen, was passiert, wenn wirksame Sanktionen fehlen. Wegen einer lächerlichen Aus-gleichsabgabe von 200 DM monatlich pro unbesetzten Pflichtplatz und wirkungs-loser Bußgeldvorschriften erfüllt kaum ein Drittel der verpflichteten Unternehmen die Beschäftigungspflicht. Die öffentlichen Arbeitgeber gehen dabei mit schlechtem Beispiel voran. Natürlich können Gesetze auch nur sehr begrenzt den persönlichen Umgang der Menschen untereinander be-stimmen. Dennoch verändert sich auch das Verhalten der Allgemeinheit, wenn sich behinderte Bürger auf die ihnen zu-stehenden Rechte berufen können und nicht mehr auf das Wohlwollen ihrer nicht-behinderten Gegenüber angewiesen sind.

In einer Zeit, in der selbst die Handhabung von Formularen rechtlich genau durchge-regelt ist, in der die Einhaltung der richtigen Höhe der Eingangsstufen zu einer Gast-stätte Zulassungsvoraussetzung für den Schankbetrieb ist, soll gerade in den bedeutendsten gesellschaftlichen Fragen eines nichtdiskriminierenden Umgangs eine gesetzliche Regelung überflüssig sein? Soll etwa die Beseitigung der Stufen weniger rechtliche Qualität besitzen als die richtige Höhe?

Wie kann ein natürlicher Umgang miteinander entstehen, wenn durch Schulgesetze die Aussonderung behinderter Kinder in Sonderschulen verfügt wird? Müssen Eltern es nicht als Abwertung ihrer behinderten Kinder empfinden, wenn die Integration in eine Regelschule und -klasse und die dafür notwendigen Hilfen jedesmal neu erkämpft werden müssen? Ist es nicht umgekehrt richtig, daß durch gesetzliche Vorschriften die Ungleichbe-handlung erst ermöglicht wird?

Ist es nicht ein Skandal, wenn die Gruppen-leiter in den Werkstätten für Behinderte nach BAT bezahlt werden und die produk-tiven behinderten Mitarbeiter nur ein Taschengeld erhalten? Was unterscheidet z.B. die Behindertenpolitik in den USA von derjenigen hier in Deutschland? Während hier Behinderten-politik praktisch mit Sozialpolitik gleichge-setzt wird, die auch nach Meinung der Bremer Sozialsenatorin Frau Gärtner nur zusätzliche Wohltaten ausschüttet, die man wie beim Landespflegegeld schon mal in einem "Deal" auf dem Altar des Finanzsenators opfert, ging es in den USA vor allem um

die rechtliche und soziale Gleichstellung mit Nichtbehinderten. Während bei uns die Schaffung sozialer Hilfen und Einrichtungen im Vordergrund stand, forderten dort Behinderte die Beseitigung baulicher, tech-nischer und organisatorischer Barrieren. Sie gingen gegen diskriminierende gesetz-liche Bestimmungen an und setzten ein gleiches Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch.
Der Behindertenbeauftragte des amerikanischen Präsidenten, Justin Dart, erklärte auf einer internationalen Konferenz der BAGH in Düsseldorf 1992: "Schon vor langen Jahren erkannten diejenigen, die sich in den USA für Menschenrechte Behinderter einsetzten, daß wir immer an den Rand der Gesellschaft gedrückt werden würden, wenn es nicht gelingt, durch ein um-fassendes Gesetz die Menschenrechte Behinderter zu gewährleisten. Ein Jahr-zehnt mußten wir kämpfen, ehe das Gesetz im Jahre 1990 verabschiedet wurde. Es ist weltweit das erste Gesetz, in dem die vollen Bürgerrechte für Behinderte sichergestellt wurden. Das Gesetz schafft die Grundlagen für volle Gleichberechtigung und die volle Teilhabe Behinderter am gesellschaftlichen Leben. Mit dem Gesetz ist aber noch nicht viel erreicht. Es ist vorerst nur ein Versprechen, an dem sich die Gesellschaft messen lassen muß."
Dieses 'Versprechen' bewirkt bereits, daß kein Bus und keine Straßenbahn mehr angeschafft werden kann, die nicht rollstuhlzugängig sind. Spätestens in 5 Jahren muß jeder Zug eine fahrzeuggebundene Einstieghilfe haben. Die Telefongesellschaften müssen ab sofort einen Übertragungsdienst bereit-halten, um Nachrichten von Gehör-losen, die zu ihnen über Schreibtelefon kommen an Hörende ohne ein solches Gerät über Telefon weiterzugeben.
Jede neu installierte Ampel muß mit Akustiksignalen für Blinde ausgestattet sein. Kein Restaurant erhält eine Schankgenehmigung, wenn es nicht über einen stufenlosen Eingang oder Lift und eine Behindertentoilette verfügt.
Wie anders klingt der Americans with Disabilities Act (ADA) im Vergleich zu dem, was unsere Regierungsbeamten zu diesem Thema beizutragen haben (s.o.): "...historisch gesehen neigt die Gesellschaft seit jeher dazu, behinderte Menschen zu isolieren, und trotz einiger Verbesserungen sind derartige Formen der Diskriminierung von Behinderten weitgehend ein ernstes und vorherrschendes Problem... Zweck des Gesetzes ist, eine eindeutige und umfassende nationale Verfügung zur Beseitigung der Diskriminierung von Behinderten festzulegen..."(Gesetz über behinderte amerikanische Staats-bürger von 1990 - ADA, (2 (a) Abs. 2 und (b) Abs. 1 ADA), zit. n. BSK, Ein Leben ohne Barrieren - Plädoyer für ein Mobilitätssicherungsgesetz, Kraut-heim 1990).
Wenn man in den USA wie selbstverständlich auf einer kleinen Fähre von San Francisco zu der Gefängnisinsel Alcatraz einen nachträglich eingebauten Treppenlift vorfindet, wenn gehörlose Studenten an der Boston University ebenso selbstverständlich ihre Gebärdendolmetscher für die Lehrveranstaltung im Studentensekretariat ordern, wenn in Berkley praktisch jedes Restaurant eine Behindertentoilette hat, wenn in New York jeder Bus nach Brooklyn über einen Lift verfügt, wenn es in renomierten Tageszeitungen zum guten Ton gehört, regelmäßig über Diskriminierungen behinderter Amerikaner zu berichten und wenn Gerichte einen Gastwirt zu mehreren 100.000 Dollar Schadensersatz verurteilen, weil er bei der Renovierung seines Restaurants die Eingangsstufen nicht beseitigt hat, dann hat sich in dieser Gesellschaft spürbar etwas verändert.

Behinderte Menschen, die so berücksichtigt und behandelt werden, sind keine bemitleidenswerten Objekte mehr, sondern gleichberechtigte Partner, mit denen man bei Interessenkollisionen auf gleicher Ebene verhandeln muß.



Es ist sicher falsch, das Prinzip der rechtlichen Gleichstellung gegen soziale Errungenschaften auszuspielen. Formelle Gleichstellung ohne die erforderlichen sozialen Hilfen ist zynisch. Soziale Hilfen, ohne wirkliche Gleichbe-rechtigung führen nur allzu oft in gesell-schaftliche 'Schonräume', die in Wirklich-keit Entmündigung und soziale Ausson-derung produzieren. Auch 'Rehabilita-tion' und 'Soziale Integration' stellen einen untauglichen Versuch einer nicht erreich-baren Anpassung an die Normalität Nichtbehinderter dar, wenn auf die Eigen-heiten und Bedürfnisse Behinderter nicht Rücksicht genommen wird. Eine wirkliche Gleichberechtigung setzt daher nicht nur mehr Toleranz, sondern auch den Willen zur Veränderung bei der Mehrheit voraus. Dazu gehört auch, eigenes liebgewordenes Verhalten, vorurteilsbeladene Denkweisen und gesellschaftliche Anforderungen an die Bedürfnisse von Behinderten anzupassen.
Wie kann das anders erreicht werden als auch durch gesetzgeberische Gebote und Vorschriften? Der Artikel 1 unseres Grundgesetzes lautet: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt". Aber die Dinge, die tagtäglich geschehen, strafen das Grund-gesetz Lügen, wie schon eine kleine Auswahl deutlich macht:
Menschen mit Behinderungen werden gegen ihren Willen in Pflegeheime einge-wiesen, "Liliputanerwerfen" wird immer noch als Kneipenvergnügen betrieben, die Gegenwart geistig Behinderter im Urlaub wurde gerichtlich als "Reise-mangel" bewertet, Bremer Professoren diskutieren in Lehrveranstaltungen und in der Öffentlichkeit über Lebensrecht Behinderter, der Kriminelle Atrott darf in Bremen eine gut besuchte Veranstaltung abhalten, bei der er die Selbsttötung an Stelle von Hilfe zum Leben propagiert. Der Wunsch nach Gesundheit und Beseitigung von Leiden führt zur Verhinderung und Beseitigung der Leidenden.
Wenn wir uns nicht WEHREN könnte es(WIEDER Einmal) ZU SPÄT sein!
In einer Arbeitsgruppe behinderter Juristen haben wir einen Vorschlag zur Neufassung des Artikel 3 Grundgesetz (GG) formuliert, der ein Diskriminierungsverbot und Gleichstellungsgebot für Behinderte mit aufnehmen würde, ein Anliegen, daß von SPD, Grünen und PDS unterstützt wird. Dagegen haben sich die CDU- und FDP-Abgeordneten bis heute sogar der Diskussion ver-weigert.
Artikel 3 des Grundgesetzes würde nach unserem Vorschlag lauten:" Niemand darf wegen seines Geschlechtes,

seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politi-schen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."

Die GegnerInnen diese Vorschlages behaupten, daß dadurch das Grundgesetz verwässert würde. Völlig unberücksichtigt bleibt der eigentliche Skandal, daß Menschen mit Beeinträchtigungen, die unter den Nazis im Rahmen der sog. "Euthanasie" ermordet worden waren, neben den Homosexuellen als einzige der von den Nazis unterdrückten und bedrohten Gruppen 1949 bei der Schaffung des Grundgesetzes "vergessen" wurden.

Es gibt auch keine Konkurrenz zwischen einer Verfassungsänderung und einem Antidiskriminierungsgesetz bzw. den Sozialgesetzen, wie oft behauptet wird. Es ist vielmehr so, daß eine entsprechende Grundgesetzänderung den Rahmen für ein Antidiskriminierungsgesetz erweitern würde. Deshalb ist es sinnvoll und wichtig, sowohl eine Verfassungsänderung als auch ein konkretes Antidiskriminierungsgesetz zu fordern.

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hat in ihrer Moskauer Erklärung vom 10. September 1991 für die Unterzeichnerstaaten unter anderem verbindlich festgestellt:"Die Teilnehmerstaaten haben sich entschieden, die Menschenrechte Behinderter sicherzustellen und Schritte zu unternehmen, ihnen die gleichen Möglichkeiten einer vollständigen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen".

Auch wir müssen in unseren Diskussionen in europäischen Dimensionen denken lernen. In wenigen Jahren wird die politische Union eine Gleichstellungspolitik auf europäischer Ebene erfordern.

Die menschenverachtende Situation von Behinderten in rumänischen Heimen, die fehlende Versorgung mit Hilfsmitteln in Russland, die schlechten Rehabilitationsmöglichkeiten in Spanien, die ins Stocken geratene Psychiatriereform in Italien und die Arbeitslosigkeit Behinderter in Finnland sind keine fernen Probleme, sondern längst europäische Innenpolitik.

Sie geht uns direkt an. Die Sicherung der Menschen- und Bürgerrechte Behinderter ist unteilbar. Nationalstaatliche Nichteinmischung in Fragen der Menschenrechte Behinderter ist zumindestens für Europa ein Anachronismus. Eine europäische Antidiskriminierungs- und Gleich-stellungspolitik Behinderter kann nur von einer BürgerInnenbewegung getragen werden, die von unten wächst. Es gibt in einer ganzen Reihe von Ländern die Erwartung, daß Deutschland dabei eine Vorreiterrolle übernimmt. Wir brauchen dazu eine neue Qualität der



Fotos: Swantje Köbsell, Bremen

Ca. 2.000 Menschen demonstrierten am 5.5.1993 in Bremen für ein Gleichstellungsgesetz. Zum Vergleich: In Kassel, auf der bundesweiten Abschlußdemonstration am 8. Mai waren es ca. 1.000.

Zusammen-arbeit Behinderter, quer zu allen Verbandsstrukturen, über ideologische Vorbehalte und Organisationsegoismen hinweg.

Wir brauchen eine BürgerInnenbewegung, die die Diskussion um ein Gleichstellungsgesetz zu dem politischen Schwerpunkt der nächsten Jahre erhebt. Wir brauchen ein neues Selbstbewußtsein und Selbstverständnis, das uns aus der passiven Rolle der Objekte einer Fürsorgepolitik zu den Akteuren einer Emanzipationspolitik werden läßt.

Wir werden nicht mehr hinnehmen,daß
- wir die Deutsche Bundesbahn um Änderungen anbetteln müssen,
- auf unsere Bedürfnisse im Wohnungsbau nur auf freiwilliger Basis Rücksicht genommen wird,
- daß eine ignorante Verkehrsplanung Akustikampeln immer noch nicht als selbstverständlich ansieht,
- wir von der Teilnahme am Leben der Gesellschaft ausgeschlossen werden, indem wir aus Kneipen geworfen, im Urlaub zum "Reisemangel" erklärt werden und dergleichen mehr
- wir bei hohem Pflege-/Assistenzbedarf in Heime interniert werden,
- kaum GebärdendolmetscherInnen zur Verfügung stehen und selten finanziert werden,
- wir in den Werkstätten für Behinderte wie rechtlose Sklaven arbeiten müssen,
- um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir reklamieren die Grundrechte für uns:
- das Recht auf Leben, daß uns im Rahmen der "Euthanasiedebatte" abgesprochen wird,
- das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das immer wieder durch (Zwangs-) Sterilisationen ohne unsere Einwilligung verletzt wird
- das Recht auf Menschenwürde, das in den Anstalten, in die wir gesperrt werden außer Kraft gesetzt wird,
- wobei auch daß Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl der Wohnung verletzt wird,
- und schließlich das Recht auf soziale Teilhabe - an dessen Wahrnehmung wir durch mannigfaltige Barrieren gehindert werden.

Um für uns gleiche Menschen- und BürgerInnenrechte durchzusetzen müssen wir uns quer zu allen Verbandsstrukturen, quer zu allen Schädigungsunterunterschieden und quer zu allen sonstigen Unterschieden und Vorbehalten zusammenschließen und dafür kämpfen.

Wir haben heute die größte Demonstration Behinderter zustandegekriegt die Bremen je gesehen hat. Es ist das erste Mal, daß Gehörlose, Blinde und MitarbeiterInnen aus den Werkstäten für Behinderte in so großer Zahl an einer Demonstration für die Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen teilnehmen. Dieses Jahr haben wir uns den Marktplatz erobert, nächstes Jahr werden wir uns die Bürgerschaft erobern und im Jahr darauf das Rathaus.

Wir lassen uns nicht mehr abschieben!
Man wird mit uns rechnen müssen!

Horst Frehe, Bremen

VOR-

Die nächste Ausgabe (Nr. 3/93, Mai/Juni) erscheint mit dem Schwerpunkt

»RASSISMUS II«

Ende Juni, Mitte Juli

Redaktionsschluß: 10.6.93

Postvertriebsstück * Entgelt bezahlt
Hg.: krüppeltopia e.V., Mombachstr. 17, 3500 Kassel
Versand: 'die randschau', Mombachstr. 17, 3500 Kassel

1 P 4356 F

Dokumentation

LASSEN SIE UNS ÜBER GELD REDEN

350 MARK. UM DIESE SUMME GEHT ES HIER. DENNOCH WOLLEN DIE BESITZER DES GELDES, EIN EHEPAAR AUS FLENSBURG, WEDER IHREN NAMEN NENNEN, NOCH SICH FOTOGRAPHIEREN LASSEN. IM SEPTEMBER 1992 SPRACH IHNEN DAS AMTSGERICHT FLENSBURG DIESE 350 MARK ALS ENTSCHÄDIGUNG ZU, WEIL SIE IM URLAUB DEN ANBLICK SCHWERSTBEHINDERTER AUSGESETZT WAREN.

Wir zitieren aus dem Urteilsspruch: "Die Kläger und ihre kleinen Kinder konnten ihre Mahlzeiten im Hotel nicht unbeschwert genießen. Der unausweichliche Anblick der Behinderten auf engem Raum bei jeder Mahlzeit verursachte Ekel." 350 Mark sind für Sie dabei rausgesprungen. War Ihnen das die Sache wert?

Wir wollen mal eines klarstellen: Wir haben nicht gegen die Behinderten geklagt, sondern gegen den Reiseveranstalter. Außerdem machen wir ja bei diesem Interview nur mit, damit wir mal unsere Sicht der Dinge darlegen können. Wir waren im Sptember 1991 zwei Wochen in einem Hotel in der Südtürkei. In der zweiten Woche kam eine zehnköpfige Gruppe Schwerstbehinderter mit ihren Betreuern in das Hotel. Ich betone das Wort "Schwerstbehinderte", denn in der deutschen Sprache unterscheiden wir sehr genau zwischen Schwer- und Schwerstbehinderten. Sie waren an ihre Rollstühle gebunden und mußten zum Teil mit großen Spritzen gefüttert und getränkt werden, so daß häufig die Nahrung über ihre Lätzchen auf den Tisch und den Boden lief.

Wieviel Prozent des Reisepreises sind denn diese 350 Mark!

Zehn Prozent. Wichtig ist uns jedoch: Wir haben nicht nur wegen der Schwerstbehinderten geklagt, sondern wegen des gesamten Verhaltens des Reiseveranstalters. Erst als er auf unsere telephonischen und schriftlichen Beschwerden nicht reagierte, sind wir vor Gericht gezogen.

Was haben Sie mit den 350 Mark gemacht?

Die haben wir in unsere Reisekasse gesteckt. Das Urteil wurde im August 1992 gefällt, und fünf Wochen später sind wir dann in den Urlaub gefahren.

Wohin?

Wieder in die Türkei, wieder in das gleiche Hotel. Wir fühlen uns dort schon fast wie zu Hause. Aber natürlich buchen wir nur noch privat.

Und wenn sie dort wieder Schwerstbehinderte treffen würden?

Die Hotelleitung hat gedroht, sich von diesem Reiseveranstalter zu trennen. Sie wußte nämlich damals gar nicht, daß Schwerstbehinderte kommen würden. Außerdem ist das Hotel wirklich nicht behindertengerecht. Es gibt Schwellen vom Zimmer ins Bad, ebenso am Aufzug, und eine ganz besonders steile Rampe vom Hotel zur Straße.

Sie haben ja damals schon einiges unternommen, wollten unbedingt andere Essenszeiten ...

Natürlich, aber das war nicht möglich, weil es ein kleines Hotel ist mit nur 130 Betten, dadurch ist auch der Speisesaal sehr klein. Zum Frühstück sind wir immer zeitig in den Speisesaal gegangen, da war die Behindertengruppe noch nicht da. Auch tagsüber konnte man ihnen aus dem Weg gehen, abends jedoch nicht.

Konnten Sie nicht auswärts essen gehen?

Das haben ganz viele der anderen Gäste gemacht. Aber wir hatten Halbpension gebucht, und unsere Kinder schliefen oben im Zimmer, die konnten wir auch nicht allein lassen. Obendrein war ich damals noch im Erziehungsurlaub und habe sechshundert Mark im Monat bekommen. Wir hätten uns das gar nicht so ohne weiteres leisten können.

Dachten Sie daran, abzureisen?

Wir haben vieles versucht. Aber kriegen Sie mal vier Plätze in der Hochsaison. Zudem war das ein dänischer und kein deutscher Reiseveranstalter, und wissen wir, wie das deutsche Recht in Dänemark greift? Zum Schluß hätte er uns das Geld für den Rückflug nicht erstatten müssen.

Haben Sie etwas gegen Behinderte?

Überhaupt nicht. In der ersten Urlaubswoche waren auch, ich sag es jetzt mal so: "normale" Behinderte da mit ihren Rollstühlen, die haben uns überhaupt nicht gestört, gegen die haben wir nicht geklagt.

Sie haben zu Beginn des Gespräches erwähnt, daß Sie nur gegen den Reiseveranstalter und nicht gegen die Schwerstbehinderten geklagt hätten. Glauben Sie denn wirklich, das ist ein Unterschied?

Der Veranstalter muß doch die Hotelleitung informieren, wenn so eine Gruppe kommt. Er muß die Gäste vorher darauf hinweisen, daß Schwerstbehinderte in dem Hotel sein könnten, daß man sich darauf vorbereiten oder umbuchen kann. Zudem wurden die Behinderten meines Erachtens nicht liebevoll betreut.: Einige von ihnen wurden bei 38 Grad im Schatten an den Swimmingpool gerollt. Mir haben sie wirklich leid getan. Außerdem wurden zwei Tage unsere Zimmer nicht saubergemacht, weil das Reinigungspersonal nicht mehr erschien. Es weigerte sich, die Zimmer der Behinderten zu säubern. Die Betreuer hatten wohl nicht mal Gummiunterlagen mitgebracht, die Matratzen mußten nach der Abreise der Gruppe weggeworfen werden. Auf den Gängen stank es nach Kot und Urin.

Das Urteil hat in der Öffentlichkeit viel Staub aufgewirbelt. Finden Sie, daß man Ihnen Unrecht getan hat?

Ja. Wir wurden als Nazis beschimpft, und das sind wir bei Gott nicht. Wir bekamen Schmäh- und Drohanrufe. Wir wehren uns dagegen, daß heute nur noch Minderheiten Befindlichkeiten haben sollen und Mehrheiten wie wir gar nicht mehr.

aus: Süddeutsche Zeitung, Magazin, 2.4.1993